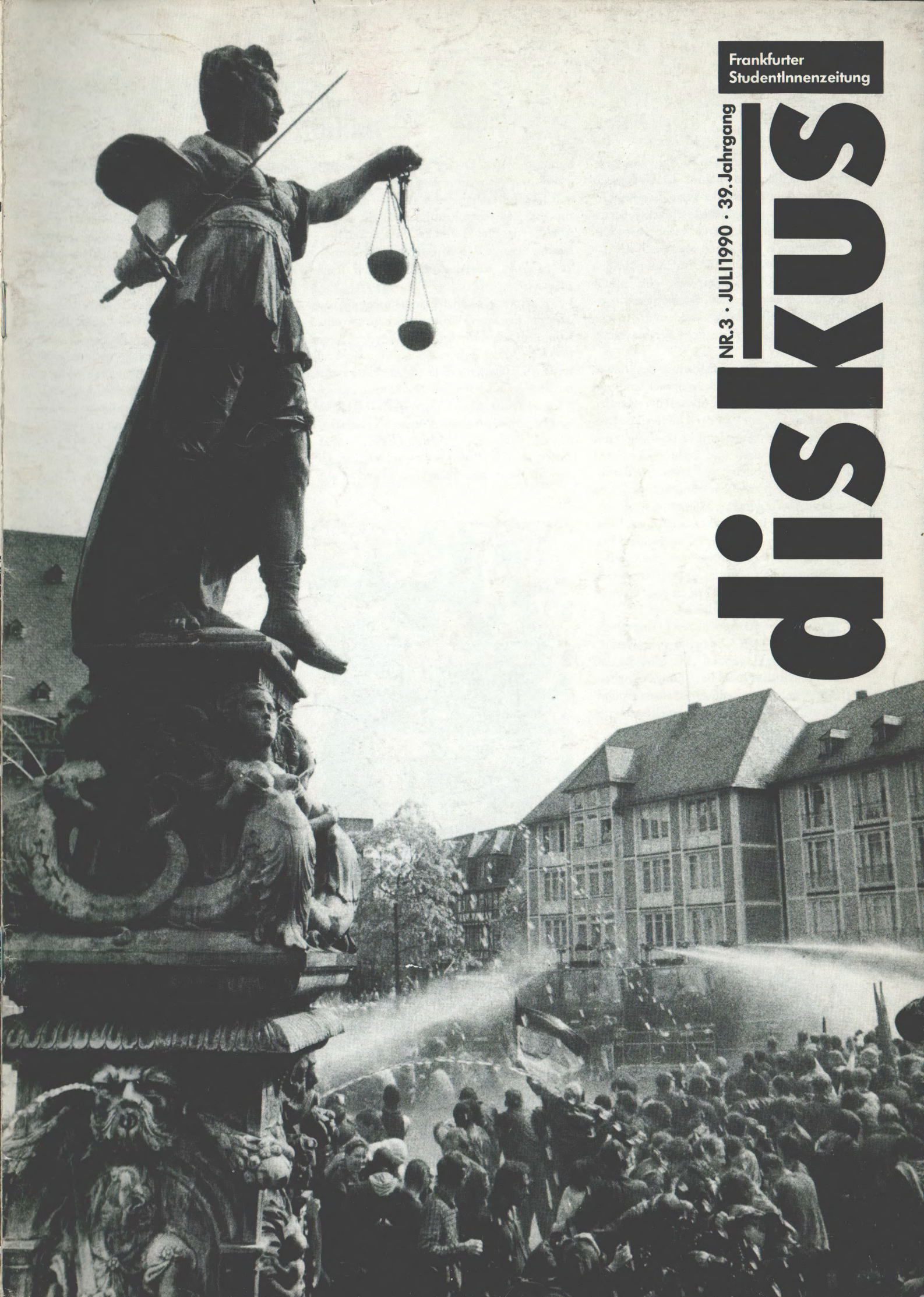


Frankfurter StudentInnenzeitung

NR.3 · JULI 1990 · 39. Jahrgang

diskus

editorial

„Der Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker besuchte am 6. Juni die Universität Frankfurt", untertitelte der letzte „Uni-Report" ein Photo, das ein reichlich erschrecktes Staatsoberhaupt zeigt, welches nur knapp einem Süßspeise-Attentat entgangen war. Auch der *diskus* bemühte sich um eine Einladung für den Empfang, doch nachdem wir eine solche zunächst erhalten hatten, wurde unsere angereiste Redakteurin kurzerhand an die frische Luft gesetzt: keine öffentliche Veranstaltung, hieß es.

Weizsäcker weilte auf Einladung des Sonderforschungsbereichs „Kulturentwicklung und Sprachgeschichte im Naturraum der westafrikanischen Savanne" an der Universität. Dessen Leiter Eike Haberland ist persönlich mit Weizsäcker bekannt und stellte diesem erste Forschungsergebnisse vor. Am Sonderforschungsbereich arbeiten EthnologInnen, KulturhistorikerInnen, ArchäologInnen, SprachwissenschaftlerInnen und GeografInnen. Diese Form von Interdisziplinarität war bei ihrer Etablierung 1988 heftig umstritten, die beteiligten WissenschaftlerInnen ignorierten bislang die Kritik. Inhaltlich haben sie gute Gründe, die Öffentlichkeit zu scheuen.

In einer der wenigen neueren Veröffentlichungen, im Heft „Forschung Frankfurt" (1988), äußerte Haberland: „Die Einsicht, daß Natur und Kultur nicht beziehungslos nebeneinanderstehen, ist heute eine Selbstverständlichkeit. Einerseits prägen Umweltbedingungen den Charakter der Kulturen, andererseits verändert der Mensch seinen Lebensraum." Damit ist klar, was Afrikaner sind: Naturvölker. „Die aktuelle Situation ist das Ergebnis weit zurückreichender Prozesse. Diese beinhalten nicht nur die Auseinandersetzung einzelner Kulturen mit ihrem Biotop, sondern auch vielfältige Kontakte friedlicher und unfriedlicher Art mit anderen menschlichen Gruppen, die ebenfalls verändernd auf die einzelnen Kulturen einwirkten." Der Naturmensch ist gleichgesetzt mit Kultur. Während „Forschung Frankfurt" einen Afrikaner mit der Unterzeile „Alter Mann vom Stamm der Miltu (Tschad), die nur noch 350 Menschen zählen", die ihn zum bloßen Exemplar einer aussterbenden „Art" degradiert, abdruckt, geht es dem berichtenden Afrikawissenschaftler „um die Rettung originalsprachlicher Zeugnisse zur Kulturgeschichte Afrikas". Fragt sich nur, für wen.

Der Sprachforscher Jungraithmayr beschäftigt sich mit dem Problem der nigerianischen Einheit und stellt sich die Frage, wie „die ihrer Natur nach auseinanderstrebenden ethnischen Kräfte zur notwendigen nationalen Einheit hin gebändigt und zusammengeschmolzen werden" können. Als er den in den 60er Jahren aufkommenden „Ethnonationalismus", den er „für zahlreiche Unruhe- und Krisenherde á la Katanga, Biafra, Eritrea" etc. verantwortlich macht, mit etwas Europäischem vergleichen will, fällt ihm sinnigerweise als erstes das Elsaß ein. Zur Zeit der Jahrhundertwende, da der Ahnvater der Frankfurter Ethnologie, Leo Frobenius, begann, den afrikanischen Kontinent zu bereisen, war das Elsaß ja auch noch „deutsch".

Der „Humanist" (Haberland) Frobenius, von dem die markigen Worte stammen: „Wo die Klinge der Schwerter und die Spitze der Speere in den Leib der Gegner zucken, wo Atem und spritzendes Blut kämpfender Menschen zusammenfließen, wächst herrliches Mannestum aus seeliger Trunkenheit", entwickelte — nebst Anhäufung von Kulturschätzen — seine sogenannte „Paideuma — Lehre". Deren Zentral-‚begriff' — das „Paideuma" — meint „die geistige Struktur eines Volkes . . ., sofern sie aus

dem kulturellen Verhalten abgelesen werden kann". Kultur entstehe, indem Menschen vom „Wesen der Dinge ergriffen" werden. „Das ‚Paideuma' übersetzen wir am Besten als ‚Kulturseele', als ‚Geist' der Kultur" (Haberland).

Solchen Blödsinn will heute kein Wissenschaftler mehr so recht verteidigen, und doch scheinen einige Ethnologen vom Geist des Alten ergriffen zu sein. „Frobenius ist der erste gewesen, der versuchte, in das scheinbare Dunkel der afrikanischen Geschichte Licht zu bringen" (Haberland). Das Institut, dessen jetziger Direktor Haberland ist, „setzt die Arbeit im Sinne von Frobenius fort". Noch heute gelte es, „mehr Licht in das immer noch vorherrschende Dunkel der historischen Zusammenhänge und Querverbindungen in diesem Raum zu bringen" (Jungraithmayr). Der „mutige, von der Wissenschaftspolitik des Tages unabhängige Geist" (Haberland) wollte mit seiner Arbeit „die Welt über das wahre Afrika aufklären" (Jungraithmayr) — wahrscheinlich mit Sätzen wie: „Wenige Individuen ausgenommen, ist diese ganze Rasse untreu, launig, schwach an Charakter und nur durch eine feste Hand oder einige Theatereffekte zu halten" oder „. . . diesen schwarzen Barbaren, dieser fremden Rasse, die nur freundlich sein kann, solange sie naiv bleibt!"

Heutzutage wird natürlich ein anderer Umgangston gepflegt. Auch braucht man keine irrationalen Lehren mehr. Und doch wird gerade durch die Spaltung von Natur und Gesellschaft, die nicht thematisierten gesellschaftlichen Verhältnisse und die Zuweisung des Forschungsgegenstandes in den Bereich von Natur und Kultur, der Irrationalismus durch die Hintertür wieder hereingeholt.

Solche „Berater" hat Weizsäcker natürlich gerne, kann er sich bei seinem nächsten Besuch im Hungergebiet doch sagen, die Neger hätten ihren Kampf gegens Biotop halt verloren und sich des weiteren mit ihren „Kulturreichtümern" trösten.

Eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit dieser Art von Forschung sollte nicht zugelassen werden. Auch eine unabhängige Berichterstattung war der Zumutung schon zuviel. Selbst der Reporter von der Frankfurter Rundschau mußte draußen bleiben.

Hingegen wartete Unipräsident Ring einige Tage später mit der Herausgabe eines „Uni-Report aktuell" auf. Darin war unter anderem zu lesen: „Beim Eintreffen des Bundespräsidenten am Haupteingang des Juridicums attackierten ihn Mitglieder der Linken Liste und universitätsfremde Sympathisanten unter anderem damit, daß sie ihn — wie feinsinnig — mit ‚Negerküssen' bewarfen; zum eigenen ‚Schutz' hatten sie kleine Kinder und Rollstuhlfahrer aufgeboten." Den perversen Phantasien von Ring konnte sich eine Woche nach dem Besuch der Senat nur anschließen. Da wurde von beamteten Wissenschaftlern die Bejahung der Frage „War ein Rollstuhlfahrer da?" schon als Bestätigung von Rings Pamphlet gewertet. Ein Plakat, auf dem Weizsäcker einer Reihe von Kamelen zuwinkt, wurde rassistisch genannt. Rassistisch ist allerdings die Vorstellung von Ring, der glaubte, in den Kamelen Afrikaner zu erblicken.

Diese Begebenheiten veranschaulichen, auf welchen Stellenwert Öffentlichkeit in der Universität heruntergekommen ist. Wie zu erwarten war, titelte der nächste „Uni-Report" mit Weizsäcker-Photo, von Auseinandersetzungen war nicht mehr die Rede.

Ereignisse werden nach außen nur noch zu Propagandazwecken aufbereitet, Informationsmöglichkeit abgeschnitten. Ein händeschüt-

telnder Weizsäcker ist ein Pluspunkt mehr fürs Ansehen der Universität. Worum es dabei geht, ist nebensächlich. Auch die Universitätsgremien sind nicht der Ort, wo die Wissenschaft, die an dieser Hochschule betrieben wird, diskutiert würde. So wird Wissenschaft zur öffentlich finanzierten Privatsache, jegliche Kritik inzwischen nur noch hysterisch ‚beantwortet'.

Bleibt uns nur noch der Hinweis auf eine Veranstaltung. Im Rahmen der Ausstellung „100 Jahre deutscher Rassismus" spricht Notker Hammerstein, Hausgeist unserer Universität, am 4. Juli um 17.00 Uhr in der Paulskirche zum Thema „Auswirkungen der Rassentheorien in der Universität Frankfurt 1933 — 1945".

Die Redaktion

inhalt

Korrespondenz 4
vom Leipziger StudentInnenrat

Frauenförderplan 6
für die Goethe-Universität

Gefahren 9
des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen

Dummes Zeug? 14
Zur Demonstration „Nie wieder Deutschland"

Ermutigend? 19
Rainer Tramperts Rede vom 12. Mai in Frankfurt

Zwerge 22
der Avantgarde auf der Experimenta 6

Luigi Nono 24
Musik zwischen Kunst und Politik

Entwicklungshilfe für die Industrie 30
Migrationspolitik in der BRD

Spurensuche 35
auf der Wartburg

Feministische Wissenschaft 37
Das Frankfurter Institut für Frauenforschung

Frauenforschung 41
Förderung, aber wie?

Demokratie, Revolution und Sozialismus 43
Ein Vortrag von Adolfo Sánchez Vázquez

Abschaffung der Todesstrafe 50
Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

impressum:
diskus
Frankfurter StudentInnenzeitung
Heft 3, Juli 1990
Anschrift:
diskus
Jügelstraße 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1
☎ 069/798-3188

Herausgeber: Tim Darmstädter, Bernd Eichhorn, Andreas Fanizadeh, Michael Hintz.
Redaktionelle Mitarbeit: Rembert Baumann, Raymund Burghardt, Gerhard Fischer, Dagmar Ganßloser, Birgit Michalek, Katharina Pühl.

Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Satz: CARO-Satz
Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.
Titelmontage: Henry Rapior
Auflage: 10000
Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 1. Oktober 1990.

Öffentliche Redaktionssitzung im diskus-Raum (Raum 106, StudentInnenhaus, 1. Stock) jeweils mittwochs 19.30 bis 22.00 Uhr.
Bürozeiten: Mittwochs von 14.00 bis 17.00 Uhr und donnerstags von 10.00 bis 13.00 Uhr.

titelbild: Jan Erik Posth

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, können jedoch weder für sie haften noch in jedem Fall Korrespondenz führen. Die Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn ihnen entsprechendes Porto beiliegt.

Eigentumsvorbehalte: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Korrespondenz aus Leipzig

In frappierender Weise finden die gesamtgesellschaftlichen Vorgänge in der DDR ihre Entsprechung in den Prozessen, die an den Hochschulen des Landes laufen. Frappierend zumindest für diejenigen, die Illusionen in bezug auf die Hochschulen hatten — und solche hatten wir.

Die Regierung schafft die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für den Anschluß — an den Hochschulen wird unter dem Stichwort der „Deutschlandkompatibilität" der notwendigen Veränderungen versucht, das Ordinarienmodell durchzuboxen. Westdeutsche Ratschläge und Berater begleiten jede Entscheidungsvorbereitung der DDR-Politiker — der Präsident der Europäischen und der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Seidel (Uni Hannover), ermahnt uns im Senat der Karl-Marx-Uni, bei der Gestaltung neuer Universitätsstrukturen „nicht in Überdemokratisierung zu verfallen". Die Bürger des Landes verlieren jedes Solidaritätsgefühl (ursprünglich als einer der vielbeschworenen, in die Einheit hinüber zu rettenden DDR-Werte apostrophiert) — die Studierenden beschäftigt vorrangig die Herstellung ihrer persönlichen Arbeitsmarktfähigkeit, was sie unkritisch jedes greifbare westdeutsche Lehrbuch verschlingen läßt und zu weitgehender politischer Abstinenz führt. Die Gesellschaft verdrängt ihren strukturellen Opportunismus der Vergangenheit mit postparanoidem Stasi-Haß — an den Hochschulen treibt der projizierte Selbsthaß die Naturwissenschaftler zu dem Vorwurf an die Gesellschaftswissenschaftler, diese seien die „geistige Stasi" gewesen. Die Linken in der DDR finden nur mühsam zu gemeinsamem Handeln — die Linken an den Hochschulen gefallen sich zum größten Teil in einer ausschließlich analytischen Position (und zeigen sich zudem anfällig für die Missionierungskampagnen der großen Belehrer von MG und dergleichen).

Das einzige, woran derzeit mit gewisser Aussicht auf breitere Aktivierung anknüpfbar scheint, ist der soziale Instinkt. Hier sind die Studenten den Arbeitern momentan ein kleines Stück voraus — wohl einfach deshalb, weil es den Studierenden neben den Mindestrentnern derzeit finanziell am dreckigsten geht und weil langsam in die Köpfe gelangt, daß Studierende keine Lobby haben, es folglich nicht unwahrscheinlich ist, daß nach der Währungsübernahme auch noch die existenzermöglichenden Vergünstigungen (Reichsbahn-Ermäßigung, billiges Mensaessen, gesichert und billige Wohnheimunterbringung) wegfallen könnten.

So konzentrierten wir uns augenblicklich darauf, mit Aktionen an diesem unmittelbaren sozialen Interesse anzuknüpfen. Zu einem Aktionstag „Kasernen zu Wohnheimen" am 22. Mai auf dem Leipziger Uni-Innenhof kamen 2000 Studenten — zehn Prozent der Studierenden aller Leipziger Hoch- und Fachschulen. Nach Berlin zum Sitzstreik vor der Volkskammer fuhren am 7. Juni etwa 500 Leipziger Studenten mit (wir hatten zusammen mit Erfurter, Weimarer, Jenenser und Hallenser Studentenräten einen Sonderzug gechartert). Insgesamt waren dort fast 10 000 Studierende gekommen.

Mit solchen Aktionen können Parteien und Regierung darauf aufmerksam gemacht werden, daß es auch noch 160 000 Studenten im Lande gibt. Möglicherweise gelingt dadurch außerdem noch, künftige Regelungen der sozialen Lage der Studierenden etwas zu beeinflussen. Zweifelhaft dagegen scheint, daß eine Studentenschaft, die durch den Aufbruch '89 nicht *nachhaltig* und *umfassend* zu politisieren war, nun über ihre persönliche soziale Betroffenheit dauerhaft zu politisieren sein wird und ein Bewußtsein eigenständiger Handlungsfähigkeit gewinnen kann. Insofern ist die DDR-Studentenschaft, in ihrer Gesamtheit betrachtet, durchaus reif für den Anschluß: als sie sich von der Masse ihrer westdeutschen Kommilitonen in der (Nicht-) Wahrnehmung eines politischen Mandats nicht unterscheidet.

Gleichwohl können wir bei der Organisierung sozialen Protests und bei der Vertretung sozialer Anliegen in Gremien wenigstens noch auf die Mitarbeit einiger Aktivisten (auf diesem Gebiet vor allem Aktivistinnen) vertrauen. Gänzlich ohne Hinterland und Feed-back steht der aktive Kern des Studenten-Rates (StuRa) dagegen bei den hochschulpolitischen Fragen da. Die aufreibende Mitarbeit in Gremien und ad-hoc-Kommissionen zu diesen Problemen geht an die Kräftesubstanz. Wirksame Transformationsmittel, hochschulpolitische Fragen bewußt zu machen als Themen, die Studenten direkt berühren, haben wir noch nicht gefunden. Mühsam motivieren wir uns immer wieder damit, daß mit der Beeinflussung hochschulpolitischer Entscheidungen nicht nur aktuelle, sondern auch und vor allem perspektivische Interessen künftiger Studentengenerationen und die Möglichkeit demokratischer Wissenschaftsentwicklung überhaupt vertreten werden.

Zentrales Thema dabei ist augenblicklich das Mitbestimmungsmodell.

Zwei vom Rektor bestellte Juristen hatten als Referentenvorlage einen neuen Universitätsverfassungsentwurf formuliert. Von diesem ausgehend, sollte eine viertelparitätisch besetzte Verfassungskommission einen Entwurf „im Konsens" erarbeiten, welcher dann zur uni-öffentlichen Diskussion und im Oktober zur Abstimmung gestellt werden sollte. Der Verfassungsentwurf der beiden Juristen war durch eine stark bayerische Diktion geprägt, und in der Verfassungskommission waren lediglich die Studierendenvertreter demokratisch legitimiert. Dies führte auf einem Arbeitskonzil am 12. Mai zum Eklat. Daraufhin wurde beschlossen, ein demokratisch gewähltes Konzil (Zustandekommen: one man — one vote, Zusammensetzung: Viertelparität) noch vor dem Semesterende einzuberufen mit der einzigen Aufgabe, eine demokratisch legitimierte Verfassungskommission zu wählen. Dabei gab es eine interessante Koalition von solchen Konzilsabgeordneten, denen es um einen tatsächlich demokratischen Verfahrensweg geht, und solchen, die die Vorlage einer neuen Uni-Verfassung gern verzögern möchten auf die Zeit nach Verabschiedung eines Landeshochschulgesetzes (letzteres setzt natürlich Bildung der Länder und Landtagswahlen voraus).

Die meisten Profs an der KMU favorisieren das Ordinarienmodell analog zur Bundesrepublik.[1] Der Großteil von ihnen sähe die Uni am liebsten als kleinen Hofstaat: der Rektor als Monarch, die Profs als Geheimräte und die Vertreter der anderen Mitgliedergruppen als Hofnarren, die das Bild etwas beleben. Die Angehörigen der anderen Mitgliedergruppen sind bezüglich des künftigen Mitbestimmungsmodells entweder unschlüssig oder gegen die Professorenmajorität. Argumentativ untersetzte Positionen gegen die Ordinarienuni gibt es bei einer aktiven Gruppe wissenschaftlicher Mitarbeiter, die sich auch um die Organisierung des Mittelbaus in eigenen Räten bemühen, und beim StuRa Kern. Infolgedessen haben wir uns zusammengesetzt und erarbeiten gegenwärtig gemeinsam einen eigenen Uni-Verfassungsentwurf.

Bei den Profs gibt es — trotz der dominanten Befürwortung der Institutionalisierung der eigenen Herrschaft — Differenzierungen. Naturwissenschaftler, Mathematiker und Mediziner sind fast durchgehend für das Ordinarienmodell — unabhängig von ihrem jeweiligen politischen Standort —, was sich wohl primär aus ihrem traditionell

konservativeren Wissenschaftsverständnis ergibt.

Bei Sozial- und Geisteswissenschaftlern ist eine bemerkenswerte Unterschiedlichkeit der Positionen zu beobachten: diejenigen, die sich in der Vergangenheit bereits gegenüber der real-sozialistischen Obrigkeit konfliktfähig gezeigt hatten, sind prinzipiell gegen jede professorale Majorisierung der akademischen Gremien; diejenigen jedoch, die jahrzehntelang intensivst an der „wissenschaftlichen" Vergewaltigung einer emanzipatorischen Weltanschauung beteiligt waren, die sogenannten Beton-Profs, sind ganz scharf auf die 51 Prozent Gremienmehrheit. Der Verdacht drängt sich auf, daß mancher von denen, die infolge ihrer politischen und wissenschaftlichen Vergangenheit ernsthaft um ihren Lehrstuhl fürchten müssen, in den absoluten Professorenmehrheiten *die* Chance sieht, seine Stellung zu retten. Neben diesem Überlebensmotiv spielt bei vielen ihr schlichtes Verhaftetsein in obrigkeitlich-technokratischen Denkstrukturen eine Rolle. (Dies spiegelt sich auch in den prägenden inhaltlichen „Neu"orientierungen unserer Sozialwissenschaften: Da ist zum einen eine starke Tendenz zur Verbürgerlichung zu beobachten, worin sich signifikant die Kontinuität von Konservatismus und Technokratismus zeigt, welcher nur die Vorzeichen zu wechseln braucht. „Unbezähmbar ist der Drang, bei den Stärkeren zu sein", schrieb Hermlin im „Abendlicht". Exemplarische Beispiele sind hierfür die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Zum anderen kann eine starke Tendenz zur Sozialdemokratisierung konstatiert werden: Der große Entwurf ist gescheitert, also versuchen wir es nun mal mit Stückwerktechniken — trial and error. Dies findet sich jetzt vor allem in Politikwissenschaft und Soziologie.)

In bezug auf die angestrebte Ordinarien-uni bleibt als Gefahr: Das hinweggefegte permanente Diktat des SED-Uni-Sekretariats könnte durch das permanente Diktat der Professorenschaft ersetzt werden. Die Chancen, dies verhindern zu können, stehen gleichwohl nicht schlecht, da außer den Profs sich noch keine Mitgliedergruppe mehrheitlich für das Ordinarienmodell ausgesprochen hat und die Beschlußfassung über die neue Uni-Verfassung entweder auf einem viertelparitätisch zusammengesetzten Konzil oder in einer Urabstimmung erfolgen wird.

Entscheidende Voraussetzung freilich ist, daß die Diskussion und Verabschiedung einer neuen Universitätsverfassung noch vor einem Landeshochschulgesetz bewältigt, also der augenblicklich rechtsfreie Raum ausgenutzt werden kann. Die größte Universität des Landes Sachsen hat hier natürlich auch eine gewisse Leit- und Orientierungsfunktion für die anderen Hochschulen. Daß sich dann Konflikte im Zuge der deutsch-deutschen Rechtsangleichung bzw. Übernahme bundesdeutschen Rechts ergeben würden, versteht sich von selbst. Doch es wären Ausgangspositionen gesetzt, von denen aus eine bedingungslose Kapitulation vor dem Hochschulrahmengesetz nicht mehr als einzige Möglichkeit erscheinen würde. Vielleicht könnten dann bei vereintem Druck aus Ost und West erneute Verfassungsklagen gegen die §§ 38 und 63 HRG[2] andere Erfolgsaussichten haben als bisher und einen Impuls dafür geben, den Diskussionen über eine tatsächliche Hochschulreform zu gesellschaftlicher Relevanz zu verhelfen.

Peer Pasternak

1 In der BRD wurde die Ordinarienuniversität mit der Hochschulreform nach 1968 abgeschafft. Das Ordinarienprinzip basierte auf der Verklammerung von Lehrstuhl und Institutsdirektion. Alleine der Ordinarius hatte Sitz und Stimme in der Fakultät, nahm also an der Selbstverwaltung teil. Ersetzt wurde dies durch das Modell der Gruppenuniversität, einer Vertretung der Statusgruppen in den universitären Gremien. Nach Ländern verschieden konnte sich die Zusammensetzung einzelner Gremien bis zu einer Drittelparität zwischen Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten ausweiten (wie zum Beispiel in Bremen). Nur in Angelegenheiten, die Forschung und Lehre, beziehungsweise die Berufung der Hochschullehrer direkt betreffen, wurde die Professorenmehrheit nicht angetastet. Doch erst 1976 konnte ein Hochschulrahmengesetz verabschiedet werden, das einheitliche Regelungen der demokratischen Organisation der Hochschule festlegte, die Errungenschaften der Studentenbewegung wieder zurückschraubte. Das derzeit gültige Hochschulrahmengesetz von 1985 führte dann die absolute Professorenmehrheit in den Gremien wieder ein. Dies ist zwar keine Rückkehr zum alten Ordinarienprinzip, bedeutet jedoch eine entscheidende Entdemokratisierung der Hochschulorganisation. (Vgl. Ludwig v. Friedeburg, Bildungsreform in Deutschland, Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt/M. 1989, S. 256 ff., 378 ff., 417 ff.)

2 Der § 38 HRG regelt die Zusammensetzung der Gremien und das Stimmrecht der Statusgruppen, der § 63 die Aufgaben der zentralen Kollegialorgane (Konvent, Ausschüsse). In beiden §§ ist die Majorisierung der Professoren festgelegt (was in § 64 auch für die Fachbereichsgremien Geltung hat).

Foto: Jan Erik Posth

FRAUENFÖRDERPLAN

FRAUENFÖRDERUNG — ... die geneigte Leserin lehnt sich leicht genervt, der geneigte Leser gelangweilt zurück: „Das haben *wir* doch nicht nötig!" — schon gar nicht an der Universität.

Nötig haben WIR das nicht, weil die Gleichberechtigung von Frauen und Männern schon seit über 40 Jahren im Grundgesetz verankert ist. „Außerdem", meint ER „hat meine Mutter es doch auch so geschafft", und SIE ist im Stillen davon überzeugt, daß dann, wenn Frauen nur endlich qualifiziert genug sind, ihr Geschlecht keine Rolle spielt.

„Im Übrigen", denkt SIE laut vor sich hin, „hat es doch keinen Sinn, wenn wir nun einfach den Spieß rumdrehen und durch Quotierung die Männer diskriminieren."

Zustimmend fügt ER diesem Argument ein weiteres, schlagendes, hinzu: „Abgesehen davon, wer möchte schon als Quotenfrau gelten, die von niemand Anerkennung erwarten kann?"

SIE nickt, schmerzlich sich der Tatsache bewußt, daß SIE es schon so schaffen muß, um vor sich selbst bestehen zu können.

Solche oder ähnliche Gespräche entstehen allerorten, wirft frau/man das Stichwort „Frauenförderung" in die Runde. So auch auf der letzten Sitzung des Konvents im Wintersemester, genauer am 21.2.90, bei der dieses Stichwort auf der Tagesordnung stand.

Diese Konventssitzung steht am Ende eines einjährigen Prozesses, in dessen Verlauf die vom Konvent beauftragte Frauenkommission nicht immer einheitliche Vorstellungen verschiedener Frauen aller Statusgruppen an der Uni[1] zu einem ersten Entwurf eines Frauenförderplans zusammengesetzt hatte.

Dies war nicht immer einfach, sind doch die verschiedenen Statusgruppen mit jeweils anderen Diskriminierungen innerhalb der hierarchischen Hochschulstruktur konfrontiert. Die Einsicht aber, daß nur ein gemeinsamer Frauenförderplan wirklich effektiv sein würde, erleichterte die Arbeit, so daß den Mitgliedern des Konvents in dieser Sitzung ein runder Entwurf zur Diskussion vorgelegt werden konnte.

Wenn die/der LeserIn nun unserem Eingangsgespräch noch folgende drei Argumente hinzufügt, kann sie/er sich fast so fühlen, als wäre sie/er bei dieser Konventssitzung dabei gewesen.

Ein Listenvertreter war der Ansicht, Frauenförderung müsse in Gremien analog der bestehenden universitären Struktur organisiert werden (wobei er sich also unter anderem gegen die Parität der Statusgruppe wandte), sonst gerate alles durcheinander. Ein anderer verwehrte sich gänzlich gegen

das Ansinnen der Kommission; Frauenförderung schade ganz allgemein der Universität, da dadurch der bürokratische Apparat immens aufgebläht werde, was ja wohl niemand ernsthaft wollen könne.

Schließlich wurde besorgt angemerkt, daß Sonderkonditionen für Frauen mit ihrer Würde nicht vereinbar seien.

Jedes dieser Argumente, von wem auch immer vorgetragen, entbehrt nicht einer gewissen Plausibilität, in ihrer Struktur aber offenbaren alle diese Argumente vor allem zweierlei:

Eine ganz bestimmte, von gesellschaftlichen Verhältnissen, die ich patriarchalisch nenne, diktierte Sicht auf die Realität und die darin enthaltene strukturelle Uneinlösbarkeit des Gleichheitsanspruchs von Frauen und Männern. Dies will ich im folgenden näher erläutern, um dann deutlich zu machen, was Frauenförderung auch und gerade an dieser Universität heißen kann.

Nicht nur in dieser Konventssitzung, aber auch dort, wurde mir in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß die Universität sowohl im nichtwissenschaftlichen als auch im wissenschaftlichen Bereich, eine Organisation darstellt, die sich ausschließlich am männlichen Lebenszusammenhang orientiert (und hier meine ich klassisch männliche; empirische Abweichungen sind mitgedacht).

Dies zeigt sich wiederum für jede Statusgruppe an verschiedenen (expliziten und impliziten) Diskriminierungsmechanismen.

Für eine wissenschaftliche Laufbahn wird die Voraussetzung einer männlichen „Normalbiographie" deutlich an den Altersgrenzen, der geforderten Zeitinvestition, an Eigenschaften wie Geradlinigkeit, Zielstrebigkeit und Kontinuität. Ausfallzeiten, praxisorientiertes Arbeiten, überwiegendes Engagement in der Lehre, ganz allgemein die Weigerung, sich 150%ig auf Karriere zu konzentrieren, aus welchen Gründen auch immer, werden zum entscheidenden (!) Nachteil.

Die Orientierung am männlichen Lebensentwurf führt aber auch dazu, daß Studentinnen in ihren Ansichten weniger ernst genommen werden als ihre Kollegen. Diese Tatsache wurde im Konvent bestritten, ist aber Bestandteil verblüffend ähnlicher Ergebnisse verschiedener Studien zu diesem Thema (vgl. Bock/Braszeit/Schmerl 1983; Mohr 1987; Stahr 1985; Sommerkorn 1981; Vollrath 1988 u. a.).

Die Verwaltungsangestellten an der Uni sind besonders betroffen von der Forderung nach ständiger Verfügbarkeit, der Diskriminierung von Teilzeitarbeit, der sozialen Unterversorgung, was Ruheräume oder Beratung auf dem Campus, billigen Wohnraum für Universitätsmitglieder etc. angeht — ganz abgesehen von der Abspeisung mit einem unverschämt niedrigen (Frauen-) Gehalt. (Auf ausführlichere Ausführungen zu den Konsequenzen einer Orientierung am männlichen Lebensentwurf habe ich unter Anmerkung 2 hingewiesen.)

Die Organisationsstrukturen der Universität sind ebenso wie die Forschung fast ausschließlich an dieser männlichen „Normalbiographie" orientiert. Ge-schlechtsspezifische Sozialisation und Arbeitsteilung, die Analyse weiblicher Lebensentwürfe, in welchem Ausmaß und wie sie von der Lebensplanung der Männer verschieden sind, wie auch mögliche neue, andere Paradigmen im wissenschaftlichen Umgang mit Natur und Technik und nicht zuletzt die Untersuchung konkreter Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft fallen einem Forschungsuniversalismus zum Opfer, der Mensch mit Mann verwechselt.[3]

An dieser Stelle gestatte ich mir einige zynische Bemerkungen bezüglich der Äußerungen einiger Konventsmitglieder, da ich die Wut über soviel Ignoranz nicht anders verarbeiten kann.

Wer heute noch behauptet, Frauenforschung in den Geisteswissenschaften sei ja ganz schön und berechtigt, bei den Naturwissenschaften wisse er aber beim besten Willen keine Ansatzpunkte, hat die letzten zehn Jahre, samt der Vielfalt an Veröffentlichungen zu diesem Thema, verpennt.

Ich habe bereits im Konvent betont, daß es nicht angehen kann, daß Frauen Männern Nachhilfeunterricht erteilen, dabei bleibe ich auch. Über Literaturhinweise ließe sich reden.

Wer zu Äußerungen fähig ist wie der „nun tun Sie doch nicht so, wie wenn Sie jeden Tag vergewaltigt würden", ist nicht nur ignorant, sondern unverschämt und selbst gewalttätig.

Hier wird vielleicht am deutlichsten, daß es Dinge gibt, die sich Männer nicht vorstellen können, etwa das tägliche Gefühl von latenter und manifester Bedrohung, überall auf dieser Welt, mit dem Frauen leben müssen.

In einer Organisation, die auf die Zeitplanung, das Denken, die Psyche und den Körper von Männern zugeschnitten ist, erscheinen Frauen als Störfälle (weil sie schwanger werden können), als Defizitwesen (wenn sie andere als „männliche" Qualifikationen, wie z. B. die Fähigkeit, mit Menschen umzugehen, zu kooperieren, zu integrieren, eine andere Kreativität u. a. mehr mitbringen), als Ausnahme von der Regel (in der Forschung z. B.), als hysterisch (wenn sie Angst vor realer Gewalt haben) bestenfalls als billige Arbeitskräfte, deren Zusatzqualifikationen qua „Weiblichkeit" stillschweigend mitvernutzt werden.

Gleichberechtigung wird in dieser Sicht der Realität zur Floskel, die ihre eigenen Voraussetzungen nicht reflektiert. Gleichberechtigt kann nur werden, was verschieden ist, sonst wäre diese Zielvorgabe sinnlos. Wichtig ist der Anspruch auf gleiche Rechte, der keinesfalls beinhaltet, daß Frauen sich dem männlichen Lebensmuster angleichen.

Heide Pfarr, Juristin und Fachfrau in Sachen Frauenförderung und Quotierung, schreibt hierzu (1987): „Gleichberechtigung heißt nicht, gleiche Rechte für alle, die Männer sind, oder die wie Männer sind, sondern gleiche Rechte für Männer *und* Frauen".[4]

Die Forderung nach Gleichberechtigung hat also, nimmt sie die Realität der Geschlechterdifferenz ernst, weitreichende Konsequenzen.

Die Frauenkommission des Konvents schreibt zu diesem Punkt: „Damit die Universität ein Ort für Frauen wird, müssen nicht nur die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten für Gleichberechtigung ausgeschöpft sein, sondern es muß auch Raum geschaffen sein für selbstbestimmte Entwürfe des Arbeitens, Forschens, Lehrens und Studierens. Dies erfordert UMSTRUKTURIERUNGEN an der Universität."[5] Ich denke, dies ist der entscheidende Punkt.

Lippenbekenntnisse reichen dazu ebensowenig aus wie väterliche Gesten wohlgesonnener Patriarchen, die all den Frauen, die endlich eingesehen haben, daß sie sich gefälligst an die Gegebenheiten anzupassen haben, wenn sie in der Universität einen Platz finden wollen, ein halbwegs erträgliches Dasein zu sichern.

Hier liegt wohl auch der Grund, warum sich einige Konventsmitglieder — und ganz sicher nicht nur sie — mit der Vorstellung einer Universität als *Ort für Frauen* schwer tun. Es wurde von der Frauenkommission bewußt nicht formuliert, „auch ein Ort für Frauen", was bedeuten würde, Frauen hier und da ein Stückchen vom Kuchen zuzugestehen, damit sie zufrieden sind.

Nein, es geht um den ganzen Kuchen, um eine Umverteilung ebenso, wie um eine Umgestaltung.

An dieser Stelle möchte ich der gängigen Verwechslung von Frauenförderung und Quotierung noch einmal entschieden entgegentreten.

Es geht *auch* um Quoten. Diese bilden aber — und gerade an der Universität — nur einen geringen Anteil des Frauenförderplans, wie er im Februar dem Konvent als Entwurf vorgelegt wurde.

Zum einen betreffen Quoten an der Universität nur die Angestellten und BeamtInnen im wissenschaftlichen Bereich, zum anderen sind sie, isoliert betrachtet und eingesetzt, ein völlig inadäquates Mittel, um Frauen wirklich zu fördern. Die Frauenkommission des Konvents hat dies im Schlußsatz Ihrer Einleitung zum Frauenförderplan klar und deutlich formuliert:

„Unser Ziel ist es also, daß die Lebensrealität, das Erfahrungswissen und die Belange von Frauen als gleichrangig begriffen werden, so daß Frauenförderung nicht ausschließlich als Verbesserung der Karrieremöglichkeiten in Orientierung an einer männlichen „Normalbiographie" verstan-

den wird."[6]

Zum Frauenförderplan (den sich jede/jeder interessierte/r Leserin/Leser im Frauenbüro in der Jügelstraße besorgen kann) im einzelnen:

Die Frauenkommission des Konvents hat diesen in zwei Teile unterteilt: Der erste Teil behandelt das Organisatorische, die Frage also, wie Frauenförderung für alle Statusgruppen der Universität wirksam realisiert werden kann. Die Entscheidung für einen FRAUENRAT als geeignetes Gremium, an dem alle Statusgruppen paritätisch beteiligt sind, wurde vom Konvent bereits gebilligt.

Die Diskussionen laufen im Moment um das Wie, vor allem um die finanzielle Ausstattung dieses Gremiums. Die Erfahrungen an anderen Universitäten, vor allem auch die leidvolle Erfahrung an der Universität Frankfurt, die als eine der letzten noch immer ziemlich unterbelichtet dasteht, was Frauenförderung angeht, haben gezeigt, daß die Fülle der Aufgaben nicht ehrenamtlich oder nebenamtlich bewältigt werden kann. Wollen die Mitglieder dieser Universität ernsthaft der verfassungsmäßigen und hochschulrechtlichen Verpflichtung zu Gleichberechtigung nachkommen, können dafür auch Gelder gefunden werden. Es ist immer wieder verblüffend, wieviele Gedanken darauf verschwendet werden, was alles nicht funktionieren könnte und wie das, was die meisten Konventsmitglieder unter Frauenförderung verstehen, am geschicktesten — sprich am ungefährlichsten — erreicht werden könnte.

Ich habe zu Beginn dieses Artikels klar gemacht, was Frauenförderung nicht ist, und ich bin völlig unnachgiebig der Ansicht, daß es ein Unding ist, wenn Menschen über einen Sachverhalt entscheiden sollen, von dem sie keine Ahnung haben (wollen). Überall sonst ist es üblich, dem Urteil Sachverständiger einen Platz in der Entscheidungsfindung einzuräumen. Die Sachverständigen sind in diesem Fall die Frauen, insbesondere jene, die sich seit Jahren mit Frauenförderung beschäftigen. Ihr Urteil sollte zumindest ernst genommen werden — auch das war im Konvent nicht immer gewährleistet —, mehr noch, es ist Voraussetzung aller Entscheidungen in diesem Punkt.

Im zweiten Teil des Frauenförderplans, der mit Maßnahmenkatalog überschrieben ist, geht es darum, die Voraussetzungen für Gleichberechtigung an der Universität zu schaffen. Dieser Katalog ist keineswegs abschließend. Er entsteht aus dem, was momentan bekannt ist an Frauendiskriminierung an der Universität. Weitere Analysen, die z. B. das nichtwissenschaftliche Personal betreffen oder die doppelte Diskriminierung von Ausländerinnen und Lesben, sind dringend nötig, ebenso wie die Berücksichtigung verschiedenster Frauenbedürfnisse, die bisher noch unter den Tisch fallen.

Folgende Maßnahmen sollen zur Veränderung beitragen:

Eine erste Maßnahme betrifft den Abbau der „Vorverständnisquote für Männer", die Veränderung der Tatsache also, daß „der Anteil der Männer an allen wichtigen Ämtern und Positionen eine bestimmte, überhöhte Menge nie *unter*schritten hat."[7]

Für die Angestellten der Universität gilt es, Arbeit, Arbeitszeit, Urlaub, Fort- und Weiterbildung bedürfnisorientiert und frauenspezifisch zu planen.

Studium, Studienberatung und Lehrinhalte müssen eine frauenspezifische Ausrichtung erfahren, was eine Berücksichtigung des weiblichen Lebenszusammenhanges bei Prüfungen und Stipendien einschließt.

Im Frauenförderplan wird wiederholt auf die Notwendigkeit von Frauenforschung hingewiesen, die ausgebaut werden muß, denn ohne Analysen kann keine effektive Veränderung stattfinden.

Da die Kommission der Ansicht ist, daß Diskriminierung bei der Sprache anfängt, wird im Frauenförderplan die Umformulierung aller Formulare, Ordnungen und Veröffentlichungen der Universität vorgeschrieben, sofern sie sexistischem Sprachgebrauch verhaftet sind.

Um die soziale Versorgung der Mitglieder der Universität zu verbessern, werden Aufbau und Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen, billigen Wohnraum, Frauennotruf sowie diverser Beratungsstellen für die Angehörigen der Universität gefordert.

Ich denke, mit diesem Instrumentarium könnten effektive Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit die Universität sich zu einem *Ort für Frauen* entwickelt.

Angela Dunker

1 Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Verwaltungsangestellte und Studentinnen sind paritätisch in dieser Kommission vertreten.

2 Vergleiche z. B. „Die Ratsfrau", Organ des Frauenrates am Fachbereich 03, Heft 1, 1989.

3 Einen ersten Überblick vermitteln: Pusch, Luise, Inspektion der Herrenkultur, Suhrkamp 1983; Hausen, Karen / Nowotny, Helga, Wie männlich ist die Wissenschaft, Suhrkamp 1986.

4 Pfarr, Heide, Was Frauen wirklich schafft ist etwas anderes, S. 91, in: Schlaeger, Hilke (Hrsg.), Die Herren der Dinge, Frauenoffensive, 1987.

5 Frauenkommission des Konvents, Entwurf des Frauenförderplans für die Universität Frankfurt/M. vom 21.2.90, Einleitung.

6 Ebenda.

7 Parr, Heide, a.a.O., S. 90.

Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen

Am 17. Mai sprach der Historiker Walter Grab im Rahmen der Reihe „Wächst jetzt zusammen was zusammengehört" in der camera an der Goethe-Universität in Frankfurt. Auf Einladung des Pupille und Schöne Neue Welt e.V. erläuterte er die „Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen".

Im Laufe der anschließenden Diskussion auf das Symbol ‚Nationalfeiertag' angesprochen, regte Walter Grab einen neuen für die Deutschen an: Nämlich den 18. März, der im Gegensatz zum 17. Juni für einen Sieg steht; gültig für Linke, Linksliberale und Rechte. Der 18. März 1848 brachte für die Barrikadenkämpfer in Berlin den einzigen Sieg im Verlaufe der Revolution. Obwohl sie dreißig Opfer zu beklagen hatten, schlugen sie das preußische Militär und verjagten es aus der Stadt. Für die Rechte den 18. März 1990: die CDU gewann die DDR-Wahl.

Im folgenden drucken wir den überarbeiteten Text von Walter Grabs Rede.

Ich danke für die Gelegenheit, daß Sie mir, einem Ausländer und Fremden, ermöglichen, über die Frage des deutschen Selbstbestimmungsrechts zu sprechen und glaube, daß ich weder Weisheiten zu verkünden noch ein Patentrezept in der Tasche habe, um Ihnen zu sagen, wie die deutsche politische Einheit zustandekommen soll.

Im Jahre 1794 schrieb Friedrich Schiller: „Zur Nation Euch zu bilden, Ihr hofft es, Deutsche, vergebens."

„Bildet, Ihr könnt es, dafür freier zu *Menschen* Euch aus." Damit hat die deutsche Aufklärung und Klassik eine kosmopolitische Position bezogen, die im Gegensatz zum Nationalismus stand: das Menschtum, das die ganze Welt umfaßt, ist wichtiger als die eigene Nation. Schiller verkündete eine Idee, die nicht nur in Frankreich zu Beginn der Revolution im Jahre 1789 die Geister entflammte: die Menschenrechte sollen auf der ganzen Welt, also auch in Deutschland, zur Geltung gelangen. Die großen Dichter und Denker der Revolutionsepoche waren keine Nationalisten, sondern Kosmopoliten und gleichzeitig Patrioten. Patriotismus ist scharf abzugrenzen vom Nationalismus: Denn der Patriot verbindet die Idee der Demokratie mit dem Selbstbestimmungsrecht. Patriotismus bedeutet, daß nur ein Demokrat ein wahrer Vaterlandsfreund sein kann, also jemand, der sowohl völkerverbindend als auch volksverbunden wirken will und der alle Nationen als gleichwertig ansieht.

Bei der Geburt der modernen bürgerlichen deutschen Nation um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert stand jedoch nicht die Aufklärung Pate, sondern vielmehr die gegenaufklärerische politische Romantik. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Haltung zum Begriff der Nation. In Frankreich siegten die Jakobiner, also die revolutionären Demokraten, unter dem nationalen Banner, während das deutsche Volk die Revolution als Inva-

sion eines fremden Volkes erlebte. Als die französischen Heere im Jahre 1792 die deutschen Grenzen überschritten, um das revolutionäre Evangelium zu verbreiten, warnte Robespierre vor dem Glauben, daß man die Idee der Freiheit auf den Spitzen der Bajonette exportieren könne und sagte, daß niemand bewaffnete Missionare liebe. Die Franzosen waren im Zeitalter der Revolution und Napoleons — also zwischen 1792 und 1814 — zwar Befreier, aber auch Unterdrücker der anderen Völker; deutsche Soldaten wurden bis nach Spanien und nach Rußland geschleppt in den Feldzügen Napoleons, und die Begriffe des Jakobinismus und der Revolution wurden im Bewußtsein des deutschen Volkes abgewertet. An seine Stelle trat der nationale Begriff der politischen Romantik, der die Abstammung, die Blutgemeinschaft betonte und die Ideen der Demokratie als fremd und undeutsch verabscheute. Ideologen wie Johann Gottlieb Fichte mit seinen „Reden an die deutsche Nation", wie Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn mit ihrem „Deutschen Volkstum" und ihrem Franzosen- und Judenhaß übten auf die studentische Jugend, die Burschenschaften, großen Einfluß aus.

Der Unterschied zwischen dem Nationalbegriff in Frankreich und in Deutschland kann gut an Symbolen demonstriert werden, denn Symbole versteht jeder. Der Nationalfeiertag, die Fahne, die Hymne — alle drei Symbole der Nation in Frankreich entstammen der Revolution. Die blauweißrote Trikolore ist die Fahne der Revolution. Der Nationalfeiertag, der 14. Juli, ist der Tag, an dem das französische Volk das Symbol des Despotismus gestürzt hat, die Bastille. Und in der Hymne, der Marseillaise, heißt es „Vorwärts, Kinder des Vaterlandes", „Enfants de la patrie". Hier ist zu erkennen, daß ‚patrie' und Patriotismus, also Verteidigung der Revolution, als höchste Werte galten. Das Volksverbundene kommt also schon in den nationalen Symbolen Frankreichs zum Ausdruck. Deswegen gibt es in Frankreich seit der Revolution einen starken linken Patriotismus, ein starkes linkes Nationalgefühl, im Gegensatz zu Deutschland. In Frankreich hat die Revolution die Nation zusammengeschweißt, die Revolution hat in einem ungeheuren nationalen Aufschwung das Ancien Régime, die Privilegienordnung, den Adel, den König, die Kirche besiegt, die alte ständische Ordnung beseitigt, um eine moralischere, bessere Welt zu errichten. Das prägte stark das Bewußtsein Frankreichs.

Hingegen sind die drei nationalen Symbole Deutschlands, also die Fahne, der Nationalfeiertag und die Hymne, nicht revolutionären Ursprungs. Die schwarzrotgoldene Fahne entstammt der Tradition der Burschenschaften von 1813, der sogenannten Befreiungskriege. Aber in den Befreiungskriegen hat sich ja nicht das deutsche Volk selbst vom fremden Joch befreit, sondern vielmehr nur seine Fürsten von der Oberherrschaft Napoleons. Diesen Satz sagte Goethe im November 1813 in einem Gespräch mit dem Historiker Heinrich Luden. Deutschland kannte also keine Selbstbefreiung, wie Frankreich, vom alten mittelalterlichen Ballast, sondern vielmehr gab es im Vormärz anstatt dem einen großen Napoleon 30 kleine Metterniche in den verscheidenen deutschen Kleinstaaten und Zwergdespotien, lauter Millimetterniche. Die schwarzrotgoldene Fahne der Burschenschaften war also eine Fahne gegen den Erben der Revolution, gegen Napoleon, der die Ideen der Revolution im ‚Code Napoleon' bewahrte und verbreitete. Ein Gesetzbuch, das turmhoch überlegen war allen deutschen und überhaupt allen feudalen Gesetzbüchern, zum Beispiel dem ‚Allgemeinen preußischen Landrecht', denn es beruhte auf der Gleichheit vor dem Gesetz. Unter dieser antidemokratischen, antiaufklärerischen, antirevolutionären, antiwestlichen, antifranzösischen Fahne bildete sich der deutsche Nationalbegriff. Daher verabscheute Heine die schwarzrotgoldene Fahne.

Nehmen wir nun das zweite Nationalsymbol: Bis zum Jahr 1871 gab es keine Hymne, und dann, im „Zweiten Reich" von Bismarck, wurde zur Hymne „Heil Dir im Siegerkranz". Heil wem im Siegerkranz?, dem Kaiser, dem alten Gottesgnaden-Herrscher des Mittelalters. Dem ruft man „Heil" zu im Siegerkranz. Warum im Siegerkranz? Nur, weil er gegen dieses verdammte revolutionäre Frankreich gesiegt hat 1871, als das deutsche Volk gleichsam Rache genommen hat an der napoleonischen Vorherrschaft 70 Jahre zuvor. Das heißt mit anderen Worten, daß die Hymne die politische Funktion besaß, dem Volksbewußtsein den Obrigkeitsgehorsam, den Untertanenrespekt einzuprägen, damit der Kaiser das Volk einst zu neuen Ufern führen und die Weltmacht erringen soll: „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen", wie Emanuel Geibel 1861 dichtete. Im Kaiserreich war der Nationalfeiertag der 27. Januar, der Geburtstag von Wilhelm II. Also auch hier etwas, was nichts zu tun hatte mit einer progressiven Bewegung, sondern wieder mit dem Gottesgnaden-Herrscher. Nach dem Sturz der Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges proklamierte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert im Jahre 1922 „Deutschland über alles" als Reichshymne. Das, was heute von den Rechten gesungen wird, „Deutschland über alles", wird überall so verstanden, daß alle anderen Völker, Staaten oder Nationen weniger wert sind. Vielleicht meinte Hoffmann von Fallersleben sein „Lied der Deutschen" im Jahre 1841 nicht so, aber darauf kommt es nicht an. Also auch in der Hymne sehen Sie etwas Antidemokratisches, Dünkelhaftes, Überhebliches, eine Verachtung der anderen Nationen. Das sind einige Unterschiede zwischen dem französischen Patriotismus und dem deutschen Nationalismus.

Und nun die Frage, wozu braucht man überhaupt diese nationale Ideologie, was soll das? Hier ist etwas zu betonen, was vielleicht nicht im allgemeinen Bewußtsein ist, aber historisch stimmt. Die alten Vorstellungen einer allgemeinen Christenheit verschwanden, die Religion war als politisch maßgebende Ideologie nicht mehr möglich, weil die Welt sich säkularisierte am Ende des 18. Jahrhunderts, im Zeitalter der Aufklärung, weil die neuen Produktionsmittel, die neuen Verkehrsformen, die neuen Gesellschaftsbeziehungen ein neues Bewußtsein erforderlich machten. Daher wurde zum gemeinsamen Band, das die Menschen brauchen, um sich als Kollektiv zu verstehen, die Nation, die an die Stelle der Religion trat. Mit anderen Worten, während die Religion die Ideologie des Feudalismus ist, ist die Nation die Ideologie der siegreichen Bourgeoisie. Und dies war eine Idee, die die Massen ergriff und im Sinne von Marx zur materiellen Gewalt wurde. Wir leben seither im bürgerlichen Zeitalter des Nationalismus. Das Zeitalter, das 1789 begonnen hat, ist noch keineswegs zu Ende. Das nationale Bewußtsein, das nationale Selbstbestimmungsrecht sind Erbschaft der französischen Revolution — allerdings im verkehrten Sinne in Deutschland antirevolutionär verstanden.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik **18**

Aufklärung und Verdrängung

Psychoanalyse und politische Macht; Antisemitismus als Destruktionskraft; Kulturkritik nach Auschwitz; Vergangenheit, Analyse des Unbewussten und Konfliktverarbeitung; Heidegger und Nationalsozialismus

P. Parin, G. Parin-Matthèy, D. Claussen R. Heim, E. Reinke, V. Farías, M. Züfle

Diskussion

Rassismus und Psychiatrie: M. Rufer
Reform- oder Antipsychiatrie? P. Lehmann
Sozialarbeit und Komplizenschaft: U. Ruckstuhl
Gentechnologie und Ethik: Ch. Rehmann
Technik oder Leben? NOGERETE

Berichte

Faschismus im Alltag; Dialektik der Aufklärung: Th.W. Adorno; Kritik und Emanzipation: H. Marcuse

Rezensionen / Zeitschriftenschau

160 Seiten, Fr. 12.–
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich

Eine Anekdote soll begreiflich machen, was Nation zu Beginn des 19. Jahrhunderts bedeutete. Am Wiener Kongreß von 1815 sah der bedeutende preußische Staatsmann Freiherr vom Stein mit Unmut und Ärger, wie seine große Hoffnung, ein starkes, einheitliches Deutschland zu errichten, nicht errungen wurde. Stein bat um eine Audienz beim Kaiser Franz von Habsburg, Franz II. von Österreich, und schlug ihm vor: „Wollen sich Eure Majestät nicht an die Spitze der deutschen Nation stellen?" Und da erwiderte Franz: „Nation — das klingt jakobinisch."

Der Kaiser wußte, daß die revolutionären Jakobiner in Frankreich unter der nationalen Fahne kämpften. Der Nationalbegriff der bürgerlichen Revolution umfaßt alle Einwohner, denn wer Nation sagt, sagt nicht reich und arm. Alle waren Franzosen; der letzte Bauer im letzten Dorf und der Großbürger, der sich auf Kosten der arbeitenden Massen bereicherte, gehörten derselben Nation an. Und alle mußten im Interesse des Sieges der Revolution zusammengefaßt werden, im Nationalbegriff. Deshalb verabscheute ihn der österreichische Kaiser, denn er hat ja sein ganzes Leben gezittert vor einer Wiederkehr dieses Jakobinismus; Franz II. erlebte noch die Juli-Revolution von 1830, und hat auch damals wieder gezittert. Die Anekdote von Stein und Franz II. zeigt also, daß die nationale Idee ursprünglich ein linker Gedanke der Jakobiner war, ein Gedanke der Selbstbefreiung, einer neuen Gemeinschaft, die nicht mehr religiös war in der säkularisierten Welt und der die Massen begeisterte.

Machen wir einen Sprung bis zur Mitte des Jahrhunderts, zum Jahr 1848 und dem gescheiterten Versuch der deutschen Demokraten und Liberalen, das in Deutschland nachzuholen, was in Frankreich 60 Jahre zuvor gelungen war, nämlich die alten Gewalten revolutionär zu besiegen und ein befreites Land zu schaffen. Erst im Jahre 1848 erkannten die Konservativen, was für ein ungeheurer ideologischer Schatz die Begriffe der Nation und des Nationalismus sind. Die Beziehung zwischen Konservativismus und Nationalismus ist ein Ergebnis von 1848, als sich das Bürgertum aus Angst vor den bereits in Umrissen zu erkennenden proletarischen Massen mit den adeligen Konservativen verbündete. Die moderne industrielle Entwicklung Deutschlands begann in den dreißiger Jahren mit dem Eisenbahnbau, es entstanden die großen Fabriken der Schwerindustrie, besonders an Rhein und Ruhr, in Sachsen und Schlesien, die Bergwerke von Kohle und Eisen, und die moderne industrielle Entwicklung bahnte sich an. Die Arbeiterschaft schien das bürgerliche Eigentum zu bedrohen. Die Bourgeoisie war daher mit der Fortdauer der Herrschaft der Adeligen einverstanden und ging mit den preußischen Junkern ein Bündnis ein; sie verzichtete auf die politische Macht, um volle wirtschaftliche Freiheit zu erhalten. Diese Unterwerfung unter die traditionellen Gewalten kontrastierte mit der Entwicklung in Frankreich. Dort war die Bourgeoisie bereits seit 1789 an den Schalthebeln der politischen Macht. Vier Jahre später, im Jahre 1793, traten die Sansculotten, also die Unterschichten, die Besitzlosen mit eigenständigen Forderungen hervor; zuerst Jacques Roux, dann Hébert, schließlich Babeuf. Die Bourgeoisie und die Unterschichten kämpften also vier Jahre, 1789-1793, gemeinsam gegen den Adel. Dieses Bündnis zwischen Bürgertum und Sansculotterie war das Geheimnis des Sieges der französischen Revolution.

Im Gegensatz dazu kündigten sich in Deutschland die Vorboten der proletarischen Gefahr bereits vier Jahre *vor* der Revolution an, nämlich im Jahre 1844 durch die Erhebung der schlesischen Weber. Sie erhoben sich sowohl gegen die Ausbeutung der Kapitalisten, die sie an den Rand des Hungertods brachten, als auch gegen die feudale Herrschaft des Adels. Der Weberaufstand hatte also sowohl anti-adelige als auch anti-bourgeoise Ursachen. Die Vorboten des Proletariats jagten den bürgerlichen Unternehmern Schrecken ein, und als die Revolution ausbrach, kam es zu keinem BÜndnis zwischen Bürgern und Besitzlosen. Das ist einer der Hauptgründe, warum die Revolution von 1848 versagte, denn ohne gemeinsames Vorgehen war die Sache von vornherein verloren. Das begriffen die Adeligen schnell; sie ernannten einige bourgeoise Liberale zu sogenannten „Märzministern", die bei der sogenannten Reichsverfassungskampagne von 1849 die Partei der Fürsten ergriffen. In Frankreich erschienen also die Unterschichten vier Jahre nachdem das Bürgertum bereits die Macht errungen hatte in der politischen Arena, in Deutschland umgekehrt — vier Jahre bevor die bürgerliche Revolution begann. In diesem Sinn ist das Diktum von Marx sehr bedenkenswert, das er schon 1843 zu Papier brachte, also noch vor der gescheiterten Revolution — Deutschland befand sich nur einmal in Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Beerdigung.

Was war die Folge der Revolution von 1848? Die preußische Vorherrschaft, denn Preußen hat die Revolution ja im Blut erstickt, mittels seines Militärs. Militarismus, Fortdauer der Adelsherrschaft und preußisches Dreiklassenwahlrecht bestimmten das politische Leben Deutschlands bis 1918. Im Reichstag fielen keine politischen Entscheidungen; das Dreiklassenwahlrecht räumte den Adeligen achtmal soviel Stimmen ein wie den Arbeitern. Um auf die Differenz zwischen Deutschland und Frankreich nochmals zu sprechen zu kommen: In Frankreich erhob sich das Volk, die Nation, in einem gewaltigen Aufschwung gegen die alten Gewalten und beseitigte sie ein für allemal. Einige Grundsätze der Revolution sind niemals mehr in Zweifel gestellt worden: die Gleichheit vor dem Gesetz und die persönliche Freiheit. Sie sind im ‚Code Napoleon' enthalten, der bis zum heutigen Tag besteht. Und in Deutschland? Wie und wann ist die deutsche Einheit zustande gekommen?

Die französische Revolution, sagte Marx, schlug den feudalen Boden in Stücke und mähte die feudalen Kohlköpfe ab, die darauf gewachsen waren. Das hat es in Deutschland nicht gegeben. Der Boden wurde auch nicht entschädigungslos dem Bauern übergeben wie in Frankreich. Dort konnten die Bauern den Boden für entwertete Assignaten erwerben, also fast umsonst. In Deutschland hingegen mußten sie den Adeligen noch 60 Jahre nach der Revolution von 1848, bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges, Entschädigungen zahlen. Die deutsche Einheit ist durch drei Kriege gegen angebliche oder wirkliche äußere Feinde geschaffen worden: 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich, 1870/71 gegen Frankreich, unter Beibehaltung und Führung der alten Gewalten. Im Volksbewußtsein erhielt der Begriff der Nation den Sinn des Untertanengehorsams, des Obrigkeitsrespekts, der Anerkennung, daß die alten Gewalten weiter an der Macht bleiben sollen. Die anachronistische Junkerkaste herrschte bis zum Jahre 1918 unter der angeblich glorreichen Kanzlerschaft von Bismarck und seiner Nachfolger. Der Militarismus, die Beibehaltung von wichtigen Resten der alten Ständegesellschaft, die antidemokratische Haltung der Beamtenschaft prägten das geistige Antlitz Deutschlands und förderten das Bewußtsein, daß „am deutschen Wesen die Welt genesen" werde. Nicht die alten, überlebten, anachronistisch gewordenen Machthaber sind laut dieser Ideologie Feinde des Volkes, sondern andere Völker, andere Staaten. Dies schuf in weiten Teilen des deutschen Volks Überheblichkeit und Dünkel; und daher existierte auch im Bewußtsein der anderen Völker keine besondere Liebe zu jenem Volk, das nicht bereit oder nicht imstande war, die eigenen Machthaber revolutionär zu besiegen, wie es andere Völker vollbrachten — etwa die Holländer, die sich gegen die Spanier erfolgreich erhoben, oder die Engländer, die ihren König ebenso wie die Franzosen um einen Kopf kürzer machten. Auch die Amerikaner führten einen Befreiungskrieg, man lese nur die Unabhängigkeitserklärung Jeffersons aus dem Jahre 1776.

Im Jahre 1914 schickten sich die deutschen Gewalthaber an, die Welt zu erobern; es kam zum Griff nach der Weltmacht. Was heißt das? Bismarck erklärte wiederholt, Deutschland sei saturiert und das beanspruche keine Grenzerweiterung. Aber man kann nicht auf Jahrzehnte hinaus etwas Erstarrtes befehlen. Die Nachfolger Bismarcks übertraten diesen Grundsatz der Saturierung Deutschlands nicht deswegen, weil sie dumme, böse oder unfähige Menschen waren, sondern weil die wirtschaftliche Entwicklung dieses mächtigen, starken, militaristischen Deutschlands sie zur Machterweiterung und zur Eroberung neuer Märkte zwang. (Ich spreche jetzt über die Jahrhundertwende und nicht über das Jahr 1990.) Die politische Saturiertheit des großen Bismarck-Reiches kontrastierte mit den Interessen der Inhaber der Hochöfen, der Schlüsselindustrien und der großen Bergwerke, also der Wirtschaft, die vom Bürgertum beherrscht wurde. Der Staat unterstützte die industrielle Entwicklung durch ein dichtes Netz von Fa-

charbeiterschulen; die berühmte „deutsche Wertarbeit" hängt nicht zusammen mit übernatürlichen Fähigkeiten, sondern mit der Tatsache, daß die bessere Ausbildung der Facharbeiter staatlich mehr gefördert wurde als anderswo, damit das Bürgertum sich zufrieden gebe mit dem ökonomischen Kraftzuwachs und keine politischen Ansprüche erhebe. Diese wirtschaftliche Macht kollidierte im Laufe von dreißig Jahren, bis zum Jahr 1914, mit der politischen Erstarrung und „Saturiertheit", die von oben befohlen wurde. Daher kam der Griff nach der Weltmacht, der Versuch, wie es damals hieß „den Platz an der Sonne" zu erobern.

Eine Anekdote soll diese gefährliche Entwicklung illustrieren. Bismarck wurde im Jahr 1890 vom Kaiser entlassen und saß verärgert und grollend in Friedrichsruh, nicht weit von Hamburg. Sechs Jahre später, im Jahre 1896, begann die „Weltpolitik" Wilhelms: „Deutschlands Zukunft liegt auf den Wassern." Des Kaisers Admiral Alfred von Tirpitz ließ eine riesige Schlachtflotte bauen. Eines Tages kam Tirpitz zum alten Bismarck und setzte sich mit ihm in die Kutsche, um ihm den Flottenbau in den großen Werften und Docks des Hamburger Hafens zu zeigen. Bismarck erblickte einen Haufen riesiger Kriegsschiffe, die gebaut wurden und sagte zu Tirpitz: „Das ist ein Unglück, denn wenn diese Flotte fertig sein wird, bedeutet sie den unauslöschlichen Haß Englands. England kann sich niemals mit einer großen deutschen Seemacht zufrieden geben. Da wir schon zwei Feinde haben, weil sich Rußland und Frankreich gegen uns verbündet haben, wird nun auch England unser Feind, was ich immer versuchte zu vermeiden. Das bedeutet einen Zweifrontenkrieg." Und Bismarck fügte hinzu: „Friedrich der Große, der Schöpfer Preußens, hat in drei Kriegen, nämlich in den zwei Schlesischen Kriegen und im Siebenjährigen Krieg, Preußen zur europäischen Großmacht gemacht. Aber nach seinem Tod haben die Erben Friedrichs sein Erbe verspielt, und zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs (1786) war die Totalniederlage Preußens: 1806, in der Schlacht bei Jena. Ich habe in drei Kriegen Deutschlands Großmacht geschaffen. Wenn dieser Flottenbau fertig sein wird, und wenn der Haß Englands so gewachsen ist, daß es sich unseren Gegnern anschließt, dann wird zwanzig Jahre nach meinem eigenen Tode Deutschland zugrunde gehen." Bismarck starb 1898, zwanzig Jahre später war die Niederlage von 1918. Diese Anekdote zeigt die Gefahren des unbeschränkten nationalen Selbstbestimmungsrechts, des übersteigerten Nationalismus, des Bewußtseins der Überheblichkeit: „Wir können's aufnehmen mit der ganzen Welt."

Machen wir einen Sprung zum Jahre 1925. Bekanntlich scheiterte der erste Versuch des Griffs nach der Weltmacht; die meisten Nationalisten kamen zum Schluß, daß man einen zweiten ‚verbesserten' Versuch unternehmen und brutaler und energischer vorgehen müsse. Während der Konjunktur der Weimarer Republik vereinbarte der deutsche Staatsmann Gustav Stresemann 1925 den sogenannten Locar-

no-Pakt mit dem französischen Außenminister Briand. Dort erkannte Deutschland an, daß Elsaß und Lothringen in französische Hände übergegangen war. „Wir verzichten", hat Stresemann ausdrücklich erklärt, „auf Elsaß und Lothringen, und wir sind bereit, mit Frankreich dauerhaften Frieden zu schließen." Dafür erhielten beide, Briand und Stresemann, den Friedensnobelpreis. Aber nicht nur im Westen trat Deutschland nach 1918 Gebiete ab, sondern auch im Osten. Die Gebietsabtretungen gegenüber Polen, nämlich Westpreußen, Posen, Danzig und ein Teil Oberschlesiens erkannte Stresemann jedoch nicht an. Er sagte: „Ein Ost-Locarno wird es nie geben! Wir verzichten unter keinen Umständen auf die deutschen Gebiete, die Polen erhalten hat." Diese Aussage ist sehr bedeutungsvoll. Die polnische Westgrenze ist keine relativ unwichtige Grenze, wie etwa die Grenze zwischen Schweden und Norwegen. Das ist eine blutende Grenze, nicht nur seit 1925 oder 1914, sondern schon im 19. Jahrhundert. Sie ist die Grenze, die den Anlaß zum Zweiten Weltkrieg gegeben hat wegen Danzig und dem polnischen Korridor. Die polnische Westgrenze ist nicht irgend etwas, worüber man mit Redefloskeln hinweggeht. Das ist ein Problem, das es genau unter die Lupe zu nehmen verdient.

Ich komme allmählich zur Gegenwart, werde jedoch nicht zu viel darüber sprechen, denn bekanntlich ist der Historiker der Prophet, der in die Vergangenheit blickt und nicht in die Zukunft. Über die Bedeutung der deutsch-polnischen Grenze werde ich ihnen jetzt zwei oder drei Sätze vorlesen. Ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken; ich entnehme sie einem Vortrag, den der Hamburger Völkerrechtler Professor Helmut Rittstieg am 29. März 1990, also vor ungefähr sechs Wochen, in der Humboldt-Universität in Ost-Berlin gehalten hat. Er war so freundlich, mir das Manuskript seines Vortrags zu übergeben. Er kennt sich als Jurist über die polnische Westgrenze gut aus. Nun sind wir beim Kern des Problems des nationalen Selbstbestimmungsrechts und seiner Gefahren angelangt. Rittstieg schreibt: „Das Deutsche Reich und die Grenzen vom 31. Dezember 1937."

„Die juristische Fortexistenz des Deutschen Reiches ist eine vom Bundesverfassungsgericht mehrfach als Verfassungsinhalt bekräftigte Staatsdoktrin der Bundesrepublik. Nach dieser Doktrin ist das Deutsche Reich weder 1945 noch durch die Gründung beider deutscher Staaten als Staat und Völkerrechtssubjekt erloschen. Die Bundesrepublik Deutschland sei laut dieser Doktrin vielmehr gleichzeitig das Deutsche Reich. In bezug auf die räumliche Ausdehnung sei sie ‚teilidentisch' mit dem Deutschen Reich, sagt das Bundesverfassungsgericht. Nun", sagte Rittstieg, „man könnte versucht sein, diese Doktrin als die Kyffhäuser-Legende des bundesdeutschen Staatsrechts zu bezeichnen."

Ich hoffe, daß Sie verstehen, was gemeint ist. Kyffhäuser ist der Berg bei Eisenach in der DDR, in Thüringen, wo nach der Sage Kaiser Friedrich I. von Hohenstaufen sitzt und darauf wartet, um wiederzukehren und sein Volk zu befreien. Er herrschte 1152-1190, in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, und war tatsächlich ein Herrscher, dem alle anderen Fürsten Europas gehuldigt haben. Es hat also wirklich eine Zeit gegeben, wo Deutsche — soweit der Begriff Deutschland für das 12. Jahrhundert gelten kann — die Oberherrschaft über ganz Europa besaßen. Und nun wartet der Rotbart darauf, an der Spitze seines Heeres wiederzukehren. Und wenn die rechte Stunde kommt, so wird er gewaltig sich rütteln. Die gute Fahne ergreift er dann — diese schwarzrotgoldene — und ruft: „Zu Pferde, zu Pferde! Sein riesiges Volk erwacht und springt laut rasselnd empor von der Erde." Das ist aus dem Versepos „Deutschland, ein Wintermärchen" von Heine. Diese „Kyffhäuser-Legende der Bundesrepublik" ist mehr als eine romantische Sage. Denn laut dieser Doktrin, nämlich dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, hat die Vorstellung, es gebe noch immer ein Großreich in den Grenzen von 1937, das unberührt geblieben ist von Niederlage, von Teilung und von all dem, was geschehen ist seit 1945, an Realitätsgehalt und Gefährlichkeit zugenommen. Hören wir weiter, was der Völkerrechtler Helmut Rittstieg zu sagen hat:

„Die juristische Fortsetzung des Deutschen Reiches durch die Bundesrepublik hat vor allem auch territoriale Bedeutung. Bei der Lektüre des Warschauer Vertrags und des Moskauer Vertrags wird oft übersehen, daß die Bundesrepublik in diesen Verträgen nur für sich die Oder-Neiße-Grenze als unwiderruflich anerkannt hat. Sie hat es jedoch *nicht* für das nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts handlungsunfähige Deutsche Reich getan. Daher hat sie auch keine Verfügung über den künftigen territorialen Status Deutschlands getroffen."

Und nun als Abschluß: „Vollzieht sich die deutsche Einheit durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, so wäre nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch die erweiterte Bundesrepublik territorial noch immer nicht identisch mit dem Deutschen Reich, denn dieses umfaßte auch Gebiete, die heute polnisch sind. Die Politik der deutschen Wiedervereinigung müßte also von den Organen der erweiterten Bundesrepublik fortgesetzt werden, bis die Grenzen von 1937 erreicht werden." Diese Auffassung eines renommierten Gelehrten wollte ich Ihnen nicht vorenthalten.

Mit der Darstellung der Gefahren des nationalen Selbstbestimungsrechts bin ich fast am Ende. Ich habe eine kleine historische, oberflächliche und kursorische Übersicht gegeben und möchte noch ein Wort sagen. Ich bin gebürtiger Österreicher und habe in meiner Jugend am 13. März 1938 den rasenden Jubel der Wiener Bevölkerung beim Anschluß an Nazi-Deutschland mit angesehen, als Hitler vor der Hofburg in Wien seine Rede hielt. Hunderttausende haben damals gebrüllt „Ein Volk, ein Reich, ein Führer". Nun, das „Reich, ein Führer" haben sie im Herbst 1989 in der DDR nicht gebrüllt. Aber „ein Volk" hat man gebrüllt. Und diese Begeisterung der DDR-Bevölkerung ist sehr ähnlich der Begeisterung in Österreich 1938. Und weshalb? Es ist in Österreich damals sehr schlecht gegangen. Eine halbe Million Arbeitslose in dem kleinen Land und der Glaube, Hitler habe es in Nazi-Deutschland vermocht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Natürlich hat er es getan durch Mobilisierung, durch Rüstung, Arbeitsdienst, Wehrdienst und Autobahnen als Kriegsvorbereitungen. Aber im Bewußtsein der Menschen war dort eben keine Arbeitslosigleit, und in Österreich war große Not. Die Menschen wollten besser leben. Viele waren keine Nazis, sondern Menschen, die ratlos und verzweifelt waren. Und ähnlich war das Bewußtsein der Massen, die aus der DDR flohen und all jener, die begeistert waren in diesen Monaten. Das ist die erste Ähnlichkeit. Auch in der Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze gibt es eine Parallele, obwohl es nicht dieselbe Westgrenze ist wie 1925, die Stresemann nicht anerkennen wollte. Die dritte und wichtigste Parallele besteht aber darin, daß die Herren der deutschen Hochfinanz und der Großindustrie, also etwa Flick und Krupp — die beide nach dem Krieg als Kriegsverbrecher vor das Tribunal gestellt worden sind, denen aber nichts passiert ist —, daß sie und ihre Erben weiterhin an den Schalthebeln der politischen Macht sitzen. Dieselben wirtschaftlichen Kräfte, die Hitler unterstützt haben, sind auch heute an der wirtschaftlichen Macht.

Heute befindet sich die Bundesrepublik in einer Hochkonjunktur. Es gibt zwar zwei Millionen Arbeitslose, aber im großen und ganzen geht es den Menschen zweifellos unvergleichlich besser als es ihnen in der Weimarer Republik gegangen ist und wahrscheinlich auch im Kaiserreich. Solange die Hochkonjunktur andauert, besteht keine Gefahr. Mein Referat handelte von „Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts". Aber wir wissen, daß eine Konjunktur nicht ewig dauert. Sie kann in eine Krise umschlagen. *Wann* das geschieht, weiß ich nicht. Aber *daß* es geschieht, ist keine Kunst vorherzusagen. Dazu braucht man kein Prophet zu sein. Die Völker Europas haben aus zwei Gründen große Befürchtungen vor der Möglichkeit einer deutschen Machtentfaltung: erstens, weil dieselben sozialen und ökonomischen Strukturen existieren, wie vor dem Machtantritt der Nazis, und zweitens, weil die politische Misere der deutschen Geschichte, die ich Ihnen kurz skizziert habe, von der Französischen Revolution bis 1945, im historischen Bewußtsein weiterlebt.

Niemand weiß, was die Zukunft bringen wird. Eines ist aber sicher. Zweimal in diesem Jahrhundert, 1914 und 1933/39, hat bereits Deutschland versucht, sein nationales Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Beide Male war es eine Katastrophe für die anderen Völker Europas.

Walter Grab

Foto: Jan Erik Posth

»Was soll denn das dumme Zeug hier?«

»Nie wieder Deutschland« und die politische Öffentlichkeit

Bereits im Vorfeld der Demonstration „Nie wieder Deutschland" beschworen Polizei und Medien bürgerkriegsähnliche Zustände herauf. Die Polizei bemühte sich am 12. Mai in Frankfurt redlich, die eigenen Prophezeiungen zu erfüllen.

Auch einige Links-Intellektuelle kritisierten, daß unter „realitätsfernen" Parolen wie „Gegen deutschen Kolonialismus — Gegen die Kolonialisierung Osteuropas — Gegen die Annexion der DDR" demonstriert würde. Der Hauptvorwurf der Kritiker lautete zusammengefaßt: Sektierertum. Zumindest in diesem Punkt hat die Demonstration sie blamiert. Rund 15 000 Menschen gingen in Frankfurt auf die Straße. Es wurde eine große Manifestation, auch ohne „realpolitische" Konzessionen.

An der Reaktion der Öffentlichkeit läßt sich ablesen, wie schwer es eine außerparlamentarische Opposition hat, sich in dieser Gesellschaft überhaupt noch Gehör zu verschaffen. Die Demonstration „Nie wieder Deutschland" hatte sich gegen eine eigentümlich uniforme Front von Presse, Polizei und Parteien durchzusetzen. Polizei und Verfassungsschutz instruierten die Medien, das terroristische Umfeld von RAF und Revolutionären Zellen werde an der Demonstration teilnehmen, Krawalle seien vorhersehbar. Die Medien berichteten demgemäß, die Bevölkerung wurde entsprechend eingestimmt. In der taz war die Demonstration ein Tabu-Thema, vor dem 12. Mai durfte nur in bezahlten Kleinanzeigen berichtet werden. Die Frankfurter Rundschau schrieb in den fünf Zeilen ihrer

Vorankündigung, DKP, MLPD und zwei grüne Fundis würden am Samstag auf die Straße gehen. Den Zweck unterschlug sie ebenso wie die Information, daß fast die gesamte radikale Linke in der Bundesrepublik diese Demonstration unterstützte.

Pünktlich vor der Tagesschau am 12. Mai passierte dann das, was der Einsatzleiter der Polizei und der Bundesgrenzschutzeinheiten der Demonstrationsleitung in Vorgesprächen bereits angekündigt hatte: nämlich die Demonstration zerschlagen zu können, wann es ihm passe. Die Abschlußkundgebung wurde von paramilitärischen Einheiten unter Wasserwerferbeschuß aufgerollt, eine Viertelstunde lang wurden mediengerechte Szenen produziert.

Am darauffolgenden Montag lauteten die Überschriften der Presse: Extreme Linke für den Kommunismus / Viele Verletzte (FAZ), Die Saat der Gewalt (Neue Presse), Randale auf dem Römerberg (FR), So verhöhnen sie Deutschland (Bild) ... Die Frankfurter CDU und die rechte Presse bliesen zur Jagd auf bekannte DissidentInnen der Grünen, die sich an der Demonstration beteiligt hatten. Die bei ihnen hernach eingegangenen anonymen Drohungen belegen, daß die Signale verstanden wurden.

Eine Sternstunde politischer Kultur erlebte der Hessische Landtag in seiner Aktuellen Stunde zur Frankfurter Demonstration. Die Abgeordneten von CDU/FDP verfolgten die „Spur der Gewalt" von der Hafenstraße, der Startbahn-West über das Attentat auf Herrhausen bis zu den Realo-Grünen. Sie verlangten von den Realo-Grünen, sich von den „Linksextremisten" und einer Demonstration zu distanzieren, mit der die Armen nun wirklich nichts zu tun hatten. „Ich denke", so erklärte Innenminister Gottfried Milde (CDU), „es ist schon unglaublich, daß es im Landtag keine gemeinsame Abwehr gibt, sondern daß Einzelne sich in höchst merkwürdiger Form noch *halb* auf die falsche Seite stellen." So wurde aus Rupert von Plottnitz (Die Grünen) ein halber Verfassungsfeind und Agent „einer Plattform für Gewalt in Frankfurt", obwohl er unter den Zwischenrufen von CDU-Abgeordneten erklärte:

„Die Grünen haben in Hessen und auf Bundesebene deutschlandpolitische Beschlüsse gefaßt, denen sie entnehmen können, daß wir nichts gegen Deutschland und die deutsche Einheit haben. (Dr. Jung, CDU: Distanzieren sie sich doch einmal von der Gewalt!) ... Im übrigen verhalten wir uns anders als unsere Vorredner. Wir sind keine Staatsanwälte. Es kam dort zu Ausschreitungen, es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Wir wissen nicht, wer dafür die Verantwortung trägt, dafür sind die Staatsanwaltschaften zuständig. (Dr. Jung, CDU: Distanzieren sie sich doch einmal wenigstens von der Gewalt) ... Der Union geht es überhaupt nicht um Gewalttätigkeiten, Ausschreitungen oder ähnliche. Sie wollen das alte Feindbild des vaterlandslosen Gesellen und Vaterlandsverräters wieder salonfähig machen. (Sturmovski, CDU: Was soll den das dumme Zeug hier!) ..."

Halb stehen die Realo-Grünen schon auf der richtigen Seite, aber eben doch nicht ganz. Dazu fehlt ihnen noch der Schaum vorm Maul.

Beim Thema Vaterland und Innere Sicherheit gerät auch die Sozialdemokratie regelmäßig unter Rechtfertigungszwang. Unter dem unerbittlichen Druck einer hegemonialen Rechten hat sie immer wieder von neuem den Nachweis ordnungsliebender, patriotischer Gesinnung zu erbringen. Eine nie verjährende Erbschuld, von der diesmal Ex-Innenminister Winterstein seine Partei zu entlasten versuchte. Den Angriff der CDU, der Frankfurter SPD-Bürgermeister hätte die Demo verbieten müssen, konterte und überbot der Sozialdemokrat auf folgende Weise: er warf dem CDU-Innenminister vor, dieser habe zu wenig Polizeitruppen in Marsch gesetzt. Winterstein empfahl sich selbst für die kommende Legislaturperiode:

„Ich lese in der Zeitung, daß etwas mehr als 2000 Polizisten zum Einsatz gekommen seien. Wenn man weiß, daß das gesamte Gewaltpotential der Bundesrepublik in Frankfurt zusammenkommt, stellt sich die Frage, ob das Polizeiaufgebot hinreichend war oder nicht. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß bei einem höheren Polizeiaufgebot Eigentum besser geschützt worden wäre. Hätten wir ein höheres Polizeiaufgebot gehabt, hätten wir keine 27 verletzten Poli-

Foto: Jan Erik Posth

zisten."

Die gröbsten Ausfälle erlaubten sich die Abgeordneten von der FDP. So pöbelte der Liberale Hahn:

„Ihre Parteifreunde, verehrter Kollege von Plottnitz, haben eine Demonstration mitorganisiert. Ihre Parteifreunde haben die Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt am Main für eine Demonstration mißbraucht ... Sie müssen zur Kenntnis nehmen — insbesondere die Grünen in diesem Hause, die sich gern als die Schickeria geben —: Sie haben draußen Stoßtrupps, Schlägertrupps, und die haben sie nicht im Griff. — Nein! Diese Schlägertrupps nutzen sie. Sie organisieren Veranstaltungen für diese Schlägertrupps, damit die Demokratie gefährdet wird. (Fischer, Grüne: Sie haben einen Knall! Entschuldigung, Sie haben einen völligen Knall!) ..."

Der FDP-Abgeordnete Hielscher bemängelte, daß bei den Frankfurter Uni-Grünen Leute mit undeutschen Namen mitmachen dürften. Seine völkische Äußerung sicherte ihm den Beifall der KollegInnen von der CDU und FDP. Hielscher bezog sich auf eine polemische Äußerung der Uni-Grünen, die es dem Oberbürgermeister Hauff verübelten, daß er sich bei den prügelnden Polizisten wegen des 12. Mai bedankt und erklärt hatte: „Hier wurde Gewalt und Haß gegen Polizeibeamtinnen und Beamte gesät. Es gibt keine Sache auf der Welt, die dies rechtfertigt."

Daraufhin fragten die Uni-Grünen in einem Leserbrief: „Wessen Bürgermeister ist er eigentlich, der Hauff?" Diese Frage geisterte dann durch den Landtag.

Insbesondere auf die CDU-Abgeordnete Roth machte sie Eindruck: „Die Frankfurter Bürger warten darauf, daß die SPD eine Distanzierung von der Gewalt vornimmt. Seit heute morgen wissen wir, daß auch die Vereinigte Linke, der AStA fragt: Wessen Oberbürgermeister ist Herr Hauff? Distanzieren Sie sich! Dann stehen wir an Ihrer Seite ..."

Demonstrationsparolen wie „Der größte Dreck, der uns bekannt, das ist das deutsche Vaterland", sind gegenwärtig nicht sehr populär. Trotzdem reagierte die offizielle Öffentlichkeit nicht antidemokratischer als sonst. Der hessische Ministerpräsident Wallmann hat während seiner Amtszeit als OB von Frankfurt Demonstrationen verboten (Verbote, die allerdings von den Gerichten wieder aufgehoben wurden). Auch für die Demonstration am 12. Mai forderten CDU und FDP ein Verbot. Der Frankfurter CDU-Vorsitzende Tragesser begründete dies mit den „zu erwartenden Krawallen" und mit dem Verdacht auf Verfassungsbruch. Denn die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet nicht nur Politiker, sondern alle Bürger, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die von Polizei und Bundesgrenzschutz initiierte Randale auf dem Römerberg ermöglichte es den Medien, viel von Gewalt und wenig über die Demonstration zu berichten.

An solchen Abläufen verdeutlicht sich der weitgehende Zerfall einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Prozesse einer Meinungsbildung, die nicht das Signum staatlicher Parteipolitik tragen und deren Absicht etwa darin bestehen könnte, der aktuellen Regierungspolitik zu widersprechen, werden routinemäßig marginalisiert und abgewürgt. Eine Entwicklung, die auch von liberalen Theoretikern erkannt und beschrieben wird.

„Im übrigen werden die Parteien über dem Geschäft, die soziale Befried ung durch staatliche Interventionen herbeizuführen, selber von einem expandierenden Staatsapparat mehr und mehr aufgesogen. Mit dieser Verstaatlichung der Parteien verlagert sich aber die demokratische Willensbildung in ein politisches System, das sich weitgehend selbst programmiert ... Die Massendemokratie westlichen Zuschnitts ist von Zügen eines gesteuerten Legitimationsprozesses geprägt" (Jürgen Habermas, 1990). Eine Gesellschaft verliert so die Integrationsfähigkeit gegenüber außerinstitutionellen Bewegungen. Der Stabilisierung politischer Herrschaft dient bei versagender Massenintegration zunehmend der staatliche Gewaltapparat als Krisenreserve. „Die Repressionsmaßnahmen richten sich deshalb vorrangig ... (auch) ... gegen ‚autonome', das heißt nicht in das bestehende institutionelle System von Massenintegration integrierbare Bewegungen und nichtkonzessionierte Formen politischer und ökonomischer Interessenwahrnehmung. Insbesondere die harte Reaktion des staat-

Foto: Thomas Malorny

Foto: Thomas Malorny

lichen Gewaltapparates auf diese Bewegungen belegt deren politische Brisanz: Sie unterlaufen die institutionalisierten Formen von politischer Willensbildung und Interessenartikulation, deren Aufgabe die systemkonforme Filterung und Kanalisierung von Massenbedürfnissen und Ansprüchen ist (Partikularisierung, Zuständigkeitsregeln, Repräsentation, delegierte Interessenwahrnehmung, Bürokratie). Damit bedrohen sie Formprinzipien, die für das Gelingen politischer Massenintegration unverzichtbar sind" (Joachim Hirsch, 1986).

So haben sich die gewaltbereiten Truppen der Exekutive am 12. Mai nicht brutaler als zu ähnlichen Anlässen verhalten. Insbesondere die in Frankfurt stark vertretenen Autonomen Gruppen wissen, daß für sie die Bürgerrechte nur noch eingeschränkt gelten. Dieses Phänomen markiert allerdings eine allgemeine Tendenz der Verselbständigung des Staatsapparates. Sie ist keine bundesdeutsche Besonderheit und nicht eigens wegen der Autonomen (oder Radikalen Linken) erdacht.

Gegenteiliger Auffassung waren offensichtlich die meisten RednerInnen auf der „Nie wieder Deutschland"-Demonstration. Für Rainer Trampert waren „die Polizeiüberfälle heute ein Signal, wieviel antideutsch dieser Staat ertragen mag". Und für Siggi Fries (MdB, Die Grünen) war es der „Versuch der Unterdrückung und Kriminalisierung von Positionen gegen die Wiedervereinigung". Solche Einschätzungen verwechseln Ursache und Wirkung und basieren auf geschichtssophistischen Betrachtungen. Tramperts Rede war der Abgesang auf ein „großdeutsches Imperium", ein „deutsches Monstrum", basierend gerade nicht auf der Beschreibung einer „hemmungslosen deutschen Gegenwart" im Kontext ihrer Geschichte. So meinte er, daß es 1914 vaterländisch zuging, 1939 arisch und sich daraus ableiten lasse, daß heute wieder „das deutsche Wesen Pate bei Eroberungen" stehe. Siggi Fries tat es ihm gleich. Sie erwähnte, daß sie aus der Stadt der Mengeles käme, in der es heute immer noch reaktionäre Fabrikbesitzer gleichen Namens gebe. Dies ist ein Beleg für die personelle Kontinuität von Eliten, war aber von Fries als Beleg einer gesellschaftlichen Kontinuität des Faschismus in Deutschland angeführt.

Karl Heinz Roth verglich auf der Auftaktkundgebung am Opernplatz die Annexion der DDR mit dem Anschluß Österreichs von 1938 ans 3. Reich. „Und diese Geschichte besagt", so Roth, „daß die sozialen und politischen Folgeprobleme einer Annexion sich am effektivsten dadurch lösen lassen, daß weiter expandiert und annektiert wird". Solche historischen Vergleiche berücksichtigen nicht, daß die politisch-ökonomische Strategie des BRD-Kapitalismus nicht so ohne weiteres mit jener der NS-Zeit gleichzusetzen ist. Von 1933-45 sollten territoriale Eroberungen und militärische Sicherung der einheimischen Industrie die Märkte erst öffnen. Heute ist die Bundesrepublik eine Japan und den USA nahezu ebenbürtige Wirtschafts-Großmacht. Für die Operationen des westdeutschen Kapitals existieren allenfalls protektionistische Grenzen. Für die weitere national-wirtschaftliche Expansion dürfte die Lateinamerikanisierung Ost-Europas das lukrativste Modell sein. Eine Bedingung dieser Offensiv-Strategie ist gerade die Beibehaltung politischer Herrschaft in den bestehenden national-staatlichen Grenzen zum Osten (siehe diskus 2/1990, S. 33). Die Prognose einer forcierten ökonomischen Expansionspolitik trifft die gegenwärtige Situation viel eher als die Gleichsetzung mit dem 3. Reich. Die eigene These schien Roth selbst nicht ganz geheuer. Gegen Schluß seiner Rede schränkte er ein, daß „sich die eingesetzten Machtmittel heute und vor 50 Jahren (unterscheiden), und auch die daran gekoppelten politischen Instrumente einen völlig anderen Charakter" haben. Insofern habe der deutsche Imperialismus gelernt, sich wie eine „normale Wirtschaftsgroßmacht zu verhalten". Roth wäre nicht Roth, würde an diese Bemerkung nicht umstandslos der Satz anschließen: „Aber er (der deutsche Imperialismus, A. F.) verfolgt seit dem Herbst 1989 wieder — wie 1938/40 und wie im Ersten Weltkrieg — territoriale Ziele." Und somit ist „der Anschluß der DDR Teil einer großan-

gelegten Ost-Europa Strategie" und „mit der Zerstörung der Produktionsstruktur (wird) — so ist die Absicht — Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung der DDR untergehen". Die deutsche Arbeiterbewegung wurde nicht etwa 1933 zerschlagen, sondern erst 1990.

Daß es immer nur „die politischen Eliten" gewesen sein sollen, die den Massenkonsens „inszenierten", scheint unplausibel. So war die Arbeiterbewegung nach dem Faschismus in Westdeutschland reif für die Sozialpartnerschaft und entzog diesem Modell die Zustimmung bislang nicht. Die ostdeutschen KollegInnen fordern derzeit das gleiche System für sich ein. In der DDR sind die Überbleibsel einer emanzipatorischen Arbeiterbewegung nach 1945 dem Stechschritt linientreuer Parteikommunisten zum Opfer gefallen. Dafür brauchte es nicht erst eine Wiedervereinigung.

Was dem Karl Heinz Roth die politische Elite, war den AnarchistInnen „das deutsche Volk". Ob nun „die europäische Großraumplanung der Nazis, mit 40jähriger Verspätung, durchgesetzt" wird, oder „der run der DDR-Männer auf die Produkte westdeutscher Porno-Hersteller schon begonnen" hat, für alles gab es im anarchistischen Redebeitrag eine Erklärung. Und die lautete: Deutschland. Die AnarchistInnen erklärten: „Der Begriff Deutschland gilt den Völkern der Welt nicht als Synonym für revolutionäre Umtriebe. Eigenständigkeit des Denkens ist keine deutsche Tugend. Speichelleckerei und Kadavergehorsam schon eher. Der deutsche Herrenmensch, buckelnd nach oben und nach unten tretend, bestimmt den Gang der deutschen Geschichte vom wilhelminischen Kaiserreich bis heute."

Auffällig war der regressive Stil ihrer Rede, allein die Häufung dumpfer und organischer Sprachbilder ist merkwürdig: „ideologisches Gewaber, Brei, Suppe, Hirne überschwemmt, herzensverkleisternd, kriecherisch ...".

Foto: Jan Erik Posth

„Wir haben Probleme mit Staat und Obrigkeit", stellten die AnarchistInnen zweifellos richtig fest. Für sie ist es ein und derselbe „Obrigkeitsstaat", ob er monarchistisch, nazistisch oder bürgerlich verfaßt ist.

Die Parallele, die Lucienne Rombaut als Rednerin auf dem Römerberg zwischen der westdeutschen und der nazistischen Polizei zog, ist subjektiv verständlich, aber deswegen nicht richtig (Lucienne Rombaut war Widerstandskämpferin in Belgien und überlebte, von den Nazis inhaftiert, das KZ). Für die Gleichsetzung erhielt sie von den DemonstrantInnen mit den größten Applaus. Denn sie erlaubte ihnen, sich als Opfer polizeilicher Überwachung mit den Verfolgten des Naziregimes zu identifizieren, und in Verkennung der eigenen Relevanz den Oppositionswillen moralisch statt politisch zu begründen („Polizei-SA-SS"). Ganz zu schweigen davon, daß es angenehm ist, sich historisch überhöht zu sehen. Eine Selbstüberschätzung, die gerade die militante Linke in der Bundesrepublik zu fatalen Fehlurteilen verleitet hat.

Wie sehr ein moralischer Überhang den Blick auf die realen gesellschaftlichen Verhältnisse versperrt, zeigte der zweite Teil des autonomen Kundgebungsbeitrags. Hier übermittelte der antiimperialistische Flügel die „allergefühlvollste Umarmung" der in Spaniens Knästen „auf Leben und Tod" hungerstreikenden Gefangenen der GRAPO (Antifaschistische Gruppe 1. Oktober/Rekonstituierte kommunistische Partei Spaniens). Gegen barbarische Haftbedingungen einzutreten ist notwendig; ebenso nötig ist es, das, was da als revolutionärer Kampf ausgegeben wurde, zu kritisieren. Die GRAPO definiert den heutigen spanischen Staat als faschistisch, in den Sozialdemokraten sieht sie, getreu dem Kurswechsel der Kominternpolitik von 1928 (!), Sozialfaschisten.

Sicherlich lassen sich die Reden von Rainer Trampert und den AntiimperialistInnen oder von Karl Heinz Roth und Siggi Fries nicht als eine denken. Doch gab es bei mehr als den hier zitierten Stellen theoretische Überschneidungen und zumindest eine gemeinsame Konsequenz. Die RednerInnen lenkten von den Verhältnissen in der Bundesrepublik ab und belegten jede mißliebige gesellschaftliche Erscheinung mit der Mystifikation des „Deutschen". Die Tabuisierung der BRD-Wirklichkeit (die auch einen Großteil jener in der DDR bestimmt) scheint sich auch aus den verdrängten Niederlagen der westdeutschen Linken zu erklären.

So hätte eine starke Opposition gegen den Anschluß der DDR nur aus einer starken antikapitalistischen Opposition in der BRD hervorgehen können. Da es diese nicht gibt, hatte die anfänglich emanzipatorische Bewegung in der DDR nach dem Kollaps der SED-Regimes keine Entwicklungsmöglichkeit. Bei der Aufrechterhaltung der Zwei-Staatlichkeit wäre es um die Konkretion der vielgeschmähten Suche nach einem „dritten Weg" gegangen. Und dies direkt vor der Haustür einer der Großmächte der Welt. Die BRD-Eliten hätten zwar nicht tatenlos zugesehen, wenn sich da eine gesellschaftliche Alternative zu ihrem System formiert und ihre Herrschaftslegitimation in Frage gestellt hätte. Dennoch hätte die Entfaltung einer entschiedenen inneren Opposition in der BRD der Massenbewegung in der DDR einen größeren Spielraum zur Entwicklung einer System-Alternative verschaffen können. Die ostdeutsche Bevölkerung hat sich nicht viel anders entschieden als kürzlich jene Mehrheit in Nicaragua. Mit dem feinen Unterschied, daß die einen im Hinterhof bleiben und die anderen diesen nun mitverwalten dürfen.

Der BRD-Kapitalismus dehnt sich auf das ostdeutsche Territorium aus, das Wohlstandsgefälle verschiebt sich an die Grenze zu Polen und ein vereinigtes Deutschland könnte aus dem Schatten Hitlers treten, um schließlich auch außenpolitisch den Rang einzunehmen, den es wirtschaftlich schon länger und ohne territoriale Expansion beanspruchen konnte.

Die Frankfurter Demonstration war bestimmt nicht der Anfang einer Bewegung gegen diese bedrohliche Tendenz. Dazu war sie inhaltlich zu ungenau, zu phrasenhaft und darin „sektiererisch". Aber immerhin hat sie dokumentiert, daß eine sozialistische und internationalistische Linke mit Oppositionswillen in der Bundesrepublik noch existiert. Obgleich sie eine interventionsfähige Perspektive erst noch entwickeln muß, hat sie in Frankfurt wenigstens eines unter Beweis gestellt: Sie wird sich gewiß nicht über eine Verfassungsdiskussion in den herrschenden Konsens bürgerlicher Politik reintegrieren lassen.

Andreas Fanizadeh

Foto: Jan Erik Posth

Die heutige Demonstration ist ermutigend

Rede von Rainer Trampert auf der Demo ‚Nie wieder Deutschland'

Rainer Trampert, Hamburger Öko-Sozialist und ehemals Bundesvorstandssprecher der Grünen, sprach am 12. Mai auf der Demonstration „Nie wieder Deutschland" in Frankfurt am Main. Nach den bedingungslosen Regierungskoalitionen der Grünen mit der SPD in Hessen und in West-Berlin, die die Schwäche der Linken in den Grünen offenkundig machte, verließen die Öko-SozialistInnen um Trampert und Ebermann dieses Frühjahr die Partei. Sie gehören nun zu den Köpfen der Radikalen Linken, die sich bemüht, von der DKP bis zu den Autonomen Gruppen, den Diskussions- und Organisationsprozeß in der Linken voranzutreiben. Über die Perspektive dieses Unterfangens läßt sich noch wenig sagen, Kritik gibt es von allen Seiten (Sektierertum, Surrealsozialisten, Hört, Hört usw.).

Seit Jahren wurden die Öko-SozialistInnen und deren Positionen der Öffentlichkeit unterschlagen. In Organen der „Linken", wie der taz und einstig auch mal dem Pflasterstrand, hatten sie Schreibverbot und wurden systematisch ausgegrenzt — lange vor der ersten Koalition. Gerade in Frankfurt gehen und gingen die Wächter eines gesäuberten Diskurses besonders gründlich zu Werke — wir drucken die Rede Tramperts im Wortlaut. Sollen die LeserInnen doch selbst entscheiden ob die „HamburgerInnen" nun wirklich so blöde sind, wie die „FrankfurterInnen" seit 1968 nicht müde werden zu behaupten.

Die Polizeiüberfälle heute waren ein Signal, wieviel antideutsch dieser Staat ertragen mag, egal, ob er nun blau-gelb, rot-grün oder schwarz-rot-gold regiert wird. Laßt uns darauf antworten: Wir werden alles versuchen, diesen Tag zum Beginn einer größeren Bewegung zu machen, gegen die Bestrebungen, unsere Lebensinteressen, unsere Entfaltung deutschnational zuscheißen zu lassen.

Die heutige Demonstration ist ermutigend, insbesondere wenn wir bedenken, wer alles heute nicht mehr wagt, zu einer antideutschen Demonstration aufzurufen.

In dieser Zeit wird wieder viel Vaterland angeboten und dazu gibt es eine historische Faustregel: Immer wenn das Reich groß wurde und noch größeres vorhatte, gaben

sie dem Volk „Vaterland". Andersrum: Wenn's viel Vaterland gibt, soll den Menschen immer etwas genommen werden, Freiheiten, Versorgung, am Ende häufig das Leben. Deutschland hat Großes vor, u. a. die ökonomische und politische Eroberung des Ostens, und große Vorhaben lassen sich besser durchsetzen, wenn die Zentrale, die Operationsbasis „Deutschland", in nationaler Gesinnung mitzieht.

Ich will das Zusammenspiel von nationaler Stimmungsmache und Eroberung einmal bebildern. Dazu ein Rückblick:

Kaum war im Bundestag das Deutschland-Lied verklungen — die Grünen Abgeordneten saßen schon wieder —, da rief der eilig entstaubte Willi Brandt: „Deutschland wird zusammenwachsen", Johannes Rau rief: „Alle Deutschen müssen ein nationales Opfer bringen", Kohl rief — wie immer —: „Vaterland", und währenddessen krempelte der VW-Chef Hahn die Ärmel hoch und sagte: „Die Welt ist in Bewegung. Osteuropa wird jetzt aufgeteilt. Wer nicht dabei ist, der verliert."

Der Thyssen-Chef fügte hinzu: „Wir werden erleben, daß Europa die Chance hat, in einem Jahrzehnt die stärkste Region der Welt zu sein, wirtschaftlich und vielleicht auch politisch. Und in diesem Haus Europa wird Deutschland nicht das Souterrain bewohnen. Das Haus reicht dann bis zum Ural." Er sagt: Europa beherrscht die Welt, Deutschland beherrscht Europa und das ganze reicht dann endlich bis zum Ural. Ein alter Traum der Thyssens, der nur vorübergehend unterbrochen werden mußte. Das ist übrigens das Geheimnis vom europäischen Haus, über das so viele schwafeln.

Dann stiegen die Politiker in Berlin wieder auf das Gerüst, um dort die Deutschland-Hymne zu quälen, da schrieb der alte Chef der deutschen Bank, Christians sein berüchtigtes Konzept, wie die Region Kaliningrad, das — wie er schrieb — von den deutschen Ordensrittern gegründete Königsberg, zurückgewonnen werden könne. Mit der Sowjet-Union sei man schon gut vorangekommen, den Raum in eine Freihandelszone für deutsche Industrieansiedlungen zu verwandeln. Er fügte hinzu: „Wenn es zudem gelänge, einen Teil der ausreisesuchenden Deutschstämmigen in dieser ... Kulturzone anzusiedeln", stünden auch hochmotivierte Menschen zur Verfügung. Also: Erst erschließt das Kapital den Raum, dann wird völkisch besiedelt; irgendwann darf auch dort deutsches Selbstbestimmungsrecht verlangt werden.

Die Zeiten sind jedenfalls vorbei, in denen deutsche Kapitalisten es ratsam fanden, wegen vergangener Greueltaten nach außen Zurückhaltung zu heucheln. Im allgemeinen Gesinnungswandel protzen sie wieder mit ihren Eroberungen. Die Deutsche Größe wieder zur Schau zu stellen, ist kalkuliert, weil die Dummen sich daran aufrichten sollen und damit es zum deutschen Hordenverhalten kommt, das dem Symbol der Stärke hinterherläuft.

Die neue Offensive wird ihnen allerdings sehr leicht gemacht, weil diesmal der nichtkriegerische Einmarsch in den Osten in Gestalt des Retters, des Hilfreichen geschehen kann. Von Gorbatschow bis Walensa, von der DDR bis Ungarn wird die deutsche Wirtschaft angebettelt, sie möglichst zu besetzen. Und das läßt die sich nicht zweimal anbieten. Sie handelte so schnell, daß ein italienischer Unternehmer, der auf der Leipziger Messe noch etwas abbekommen wollte, feststellte: „Die Westdeutschen haben schon alles abgegrast. Gegen die kommen wir einfach nicht an."

Wir müssen mit der historischen Tatsache leben, daß nicht nur der deutsche Kapitalismus reich und mächtig ist, sondern daß Trübseligkeit und Unterdrückung, die im Namen des Sozialismus angeboten wurden, nicht den Weg freimachten für die nächsthöhere, irgendwie klassenlose Gesellschaft, sondern den Wunsch nach Marktwirtschaft oder sogar nach engem Nationalismus beförderten.

Osteuropa läuft mit wehenden Fahnen zum Westen über und will von einer linken Befreiungsidee nichts mehr wissen. In der DDR gibt es keine politische Organisation mit Aussichten auf mehr als 1 %, die nicht schnell ihr Programm auf „einig Vaterland" und „Marktwirtschaft" umgeschrieben hat. Und auch bei uns fragen sich Linke, ob nicht doch — angesichts eines bröckelnden Dachsimses in Leipzig — Marktwirtschaft das Gegebene sei.

Wie nun funktioniert die Beglückung mit Marktwirtschaft? Ich will wieder zurückblicken. Herbst '89:

Die Hamburger SPD hatte noch alle Hände voll zu tun, Roma und Sinti verprügeln zu lassen, weil einige Hunderte von ihnen ein unerträglicher Anblick in der Stadt seien, da mußte sie unterbrechen, um das Begrüßungsfest für die Millionen mit deutschen Nasen zu organisieren. Die wurden mit 100 Mark zum Anfixen durch die Kaufhäuser geschleust und viele von ihnen schworen sich: „Wir wollen auch Marktwirtschaft haben."

Viele von ihnen hatten sich schon lange als Deutsche zweiter Klasse gefühlt und wollten endlich aufsteigen. Aber, die letzte Gehirnwäsche erfolgte im Kaufhaus, dem Monument der Marktwirtschaft.

Zu Hause hißten sie schwarz-rot-gold, brüllten „einig Vaterland", „Gysi ist kein Deutscher", in Betrieben hingen Transparente mit der Aufschrift: „Helmut, gib uns Arbeit und Lohn". Die Oppositionellen der Frühzeit wurden an die Wand gedrückt und VietnamesInnen und MosambiquanerInnen zunehmend als undeutsche Schmarotzer ausfindig gemacht.

Halten wir für die Theorie fest: So etwas Revolution zu nennen, verbietet sich. Von Helmut Kohl beherrscht werden zu wollen, kann einfach nicht revolutionär sein, auch dann nicht, wenn der alten Staatsführung das Bett im Altersheim mißgönnt wird.

Stellen wir uns nebenbei vor, Millionen Türken, Kurden, Tamilen und andere Nicht-Deutsche wären eingedrungen. Die Phantasie, was dann passiert wäre, ist ein Barometer für Nationalismus und Rassismus hierzulande. Meine Prognose lautet: Statt 100 Mark zur Begrüßung hätte es einen Schießbefehl gegeben.

Dann kam das, was sich die meisten gewünscht hatten: Marktwirtschaft wie sie leibt und lebt. Die Großen machten sich über Bergwerke, Kraftwerke, Verlage, Schiffbau, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau her, also alles das, was so typisch ist für ein armes Land.

Sie übernehmen nicht nur, sie zerstören vieles, um deren Binnenmarkt und den Osthandel in eigener Regie zu führen. Sie zerschlagen die Währung, die noch ein gewisser Schutz für die eigene Produktion gewesen wäre.

Wohnungshaie strömten in die Dörfer, um schon mal ihr künftiges Eigentum zu vermessen. Die Touristikbranche kaperte den Ostseestrand. Und im Gefolge der Großen schwärmten die Kleinen aus: Spekulanten, Geldschieber, Zuhälter, Dealer, Heino, Lindenberg, die Parteien, die TAZ. Sogar brave deutsche Familien rissen sich schnell billige Wurst, Kinderkleidung und halbe Schweine unter den Nagel; alle marktwirtschaftlich ausgebildet.

Wir durften, wie in einer Theatervorführung, erleben, was Marktwirtschaft aus Menschen macht, aus Großen wie aus Kleinen. Eine einmalige Chance für jene Linke, die das System gar nicht mehr so richtig hassen, aber aus Routine weitermachen, wieder Ekel und Haß zu empfinden. Ich weiß nicht, ob sie die Chance genutzt haben.

Schon Christoph Columbus hatte etwas Wichtigeres entdeckt als Amerika. Er schrieb in einem Brief aus Jamaica, 1503: „Gold ist ein wunderbares Ding. Wer dasselbe besitzt, ist Herr von allem, was er wünscht. Durch Gold kann man sogar Seelen in das Paradies gelangen lassen."

Wie so oft, hat dann Karl Marx die Sache etwas genauer analysiert. Mit der Marktwirtschaft sei es gelungen, sagte der, alles — einschließlich Menschen — in Ware zu verwandeln, die dazu da ist, das Geld der Eigentümer zu vermehren. Menschen, sagte Marx, würden sich nur noch als Charaktermasken ihrer ökonomischen Verhältnisse gegenüberstehen.

Und so stand die DDR-Bevölkerung diesem marktwirtschaftlichen Zwangscharakter ziemlich hilflos gegenüber. Und in wenigen Monaten wurde aus dem 10. größten Industrieland der Welt ein kollektiver Sozialfall: Betteln um Rente, Ersparnisse, Arbeitsplätze, erschwingliches Wohnen, Kindergartenplätze. Der siegreiche Deutsche aber, der noch vor Monaten von Freiheit, Selbstbestimmung und Glück sprach, ver-

höhnt heute — wie ein Kolonialherr — jeden abweichenden Gedanken und diktiert mit Staatsvertrag die Unterwerfung.

Umso mehr freue ich mich, wenn ich lese, daß Demonstrationen und Blockaden in der DDR anzeigen, daß einige aufwachen und gegen die Richtigen kämpfen, statt sich vermeintlich Schwächere zu suchen, ob Fremdenhaß oder ob Frauen aus ihrer Existenz vertrieben werden sollen.

Was ich allerdings nicht mehr hören mag, ist, wenn PDS, Grüne oder Bürgerrechtsgruppen Marktwirtschaft ausdrücklich wollen, aber die dazugehörigen Dinge nicht, wie Arbeitslosigkeit, Preisauftrieb, Geldgier. Wer Marktwirtschaft will, aber über ihr Wesen jammert, der ist blöde oder heuchelt. Die Mischung aus beidem heißt immer Sozialdemokratie.

Für andere osteuropäische Länder wird es mit Marktwirtschaft schlimmer kommen als für die DDR. In der Erkenntnis, daß der Kapitalismus in seiner marktwirtschaftlich vernetzten Welt überwiegend nur Armut anbieten kann, prognostiziere ich, daß Polen, Ungarn, Rumänien oder große Teile der Sowjet-Union mit Marktwirtschaft zwischen Portugal und Argentinien landen werden. Die werden nicht selber reiche BRD, wie sie hoffen, die werden Lieferanten für die Bereicherung Deutschlands.

Für mich ist eine wichtige Zukunftsfrage: Worin werden die vielen Enttäuschungen münden? In enge Nationalitäten, in Pogrome, Fremdenhaß? Oder wendet sich die Enttäuschung gegen die Okkupanten, gegen das neue deutsche Reich?

Was aber läßt sich dann ein großdeutsches Imperium, das seine Siege förmlich geschenkt kriegt, wieder abnehmen, sei es von Aufständischen oder von Konkurrenten? Wie wird Deutschland zurückschlagen und in welche nationale Pflicht werden dann erst die Deutschen genommen?

Eines zeigt die deutsche Geschichte von Beginn an: Der deutsche Größenwahn wächst mit seiner materiellen Basis „Großes Reich“ und wirtschaftliche Kraft, die nach außen drängt.

Schon 1846 schrieb der liberale Vorkämpfer für ein Vaterland, Friedrich List: „Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die germanische Rasse durch ihre Natur ... von der Vorsehung vorzugsweise zur Lösung der großen Aufgaben bestimmt ist, die Weltangelegenheiten zu leiten.“

In der nächsten großen Aufgabe, dem Krieg gegen Frankreich, wurde dann 1871 das erste deutsche Reich geschweißt. 1890 stand die große überseeische Aufgabe in China an und Kaiser Wilhelm der II. sagte zu den Soldaten: „Mithin sind nur die alten Aufgaben, die das römische Reich nicht hat lösen können“ vom deutschen Reich zu lösen.

1914 ging es vaterländisch um die Vormachtstellung in Europa und 1939 um das arische Weltreich.

Heute schreibt Augstein, Deutschland werde sich weder von Polen noch von Juden aufhalten lassen, Auschwitz sei von der Geschichte überholt, und wörtlich: „Deutschland muß wieder eine lebendige Funktion unter den Völkern gewinnen, die es, blutend entzweigerissen, nicht erringen kann.“ Wieder steht das deutsche Wesen Pate bei Eroberungen.

Ich will festhalten: Mir genügen jeweils deutsche Geschichte, hemmungslose deutsche Gegenwart und die Zukunftsvision, um zu sagen: Für die Menschen überall auf der Welt ist ein zerhacktes Deutschland das beste. Wer sagt, das sei im Moment unrealistisch, hat wohl recht. Genauso mag „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ und vieles andere unrealistisch sein. Aber, es ist gut, sich dafür stark zu machen, statt seine Kraft auf dem Friedhof der Realpolitik zu begraben.

Ich hielte es für den bedeutendsten Akt internationaler Solidarität, wenn es einmal gelänge, dieses deutsche Monstrum von innen zu schwächen.

Laßt uns deshalb alle unterstützen, die ihre eigenen Interessen gegen nationale Notopfer verteidigen und sie nicht gegen andere Menschen richten. Laßt uns Leute suchen und neue überzeugen, die das Vaterland nicht mitgestalten wollen, sondern ganz und gar destruktiv Sand ins Getriebe streuen wollen, und die sich aus vollem Herzen freuen, wenn sie als vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen gelobt werden.

Foto: Jan Erik Posth

Im Blutregen der Guillotine

Heiner Müllers »Der Auftrag« während der Experimenta 6

Früher bekamen Jungens einen Experimentierkasten geschenkt. Mit dessen Hilfe sollten sie lernen, einfache Naturerscheinungen und -zusammenhänge zu erfahren. So konnten sie etwa, unter Verwendung einer einfachen Batterie, Wasser in seine Bestandteile zerlegen. Befolgten sie die Versuchsanweisung genau, dann wurde der Erfolg durch einen Knall bestätigt. So kam es, daß bei den Jungens die Effekte besonders beliebt waren. Diese konnten nicht grob genug sein, und mit ihnen die sinnlichen Reize. So machte damals das Experimentieren Spaß. Es führte aber auch dazu, daß im Laufe der Zeit die Experimentierkästen durch Baukästen ersetzt wurden, denn man war ja an den Ergebnissen mehr interessiert als an den Zusammenhängen, die diese hervorbringen. So bastelte man ein Radio, um Radio zu hören, und ein Feuchtigkeitsanzeigegerät, um sicher entscheiden zu können, ob es draußen regnet oder nicht.

Das waren Zeiten.

Und heute, wozu sollte man heute experimentieren und basteln, wo doch das Produkt fertigt zu haben ist? Man ist heute für das Nützliche. Man steckt das Fleischthermometer in den Braten und weiß so, wann er gar ist. Man bastelt es sich doch nicht erst. Manchmal sehnt man sich jedoch nach dem Ungewissen, dem Experiment. Dann legt man ein rohes Ei in die Mikrowelle. Und man ist überrascht. Oder doch nicht?

Experimentieren fällt heute nicht leicht, auch in der Kunst und besonders im Theater. Auch da scheint man für das Nützliche, das Vorgegebene zu sein: Bilder werden auf eine Leinwand projiziert und auf neun Monitore verteilt, gleichzeitig werden über Lautsprecher Text und Geräusch verbreitet — einige nennen das Collage, manche sogar Montage, so gehen die Bedeutungen der Begriffe verloren —, das Bühnenbild scheint zufällig so zu sein, später merkt man, daß der Heimcomputer, der auf einer Schulbank steht, und das Tonbandgerät von Neunzehnhundertsechzig ganz nützlich sind — es war wirklich eine gute Idee, durch ihre Betätigung den Übergang zu Bild und Lautsprecherton herzustellen —, ein Junge, der gekleidet ist wie ein alter Mann, spielt einen Matrosen, was man aber nur weiß, wenn man das Stück kennt, drei Laien lesen den Text, alle zusammen sind bemüht, das Beste daraus zu machen. Und ist man überrascht?

Experimentieren fällt eben heute nicht leicht. Fünfzehn Jahre lang hatte man die Konsequenz gezogen. Irgendeinen inneren Drang aber, vielleicht eine Notwendigkeit muß es geben, um so viele Veranstalter (Deutsche Akademie der Darstellenden Künste e. V. in Zusammenarbeit mit: Akademie der Künste, Berlin [DDR], Schauspiel und Oper Frankfurt, TAT, Schirn Kunsthalle, Künstlerhaus Mousonturm, OFF-TAT, Professur für Theaterwissenschaft Fb 10 UNI Frankfurt, Hessischer Rundfunk, Portikus/Städelschule, Verlag der Autoren und alles mit finanzieller Unterstützung durch: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Hessisches Ministerium für Wissenschaften und Kunst sowie die Stadt Frankfurt am Main) zu veranlassen, erneut nach so langer Zeit ein Festival der Experimente zu zelebrieren.

Thema und Gegenstand der Experimenta 6 war das Werk Heiner Müllers denn kein anderes „literarisches Werk eines lebenden Autors erzeugt so vielfältig Wirkung und Anregung für die Gegenwartskunst" versichert die Festivalleitung. Günther Rühle (Schauspiel Frankfurt) erklärt: „Als wir 1988 die Experimenta zu denken begannen, war dies der Aspekt: Das so geteilte Werk hüben und drüben zusammenzuführen, vorzuzeigen in seiner Entwicklung, seiner Breite, als eine gemeinsame deutsche Substanz. Diese Disposition wurde durch die politischen Ereignisse überholt." Frau Wilms, die Bundesministerin für Innerdeutsche Beziehung, verweist auf die Unstrittigkeit der Einheit der deutschen Kulturnation und auf diejenigen Künstler, die sich ganz bewußt als Deutsche verständen, und beglückwünscht „die Veranstalter zu Zeitpunkt und Auswahl der Werkschau Heiner Müllers". So wird das Festival zu einem Teil des Experiments der Deutschen Einheit, zum kulturellen „Laboratorium sozialer Phantasie".

Wie weit diese Phantasie reicht und wo sie hinführen kann, zeigt eine Produktion des Theaters am Turm, die szenische Lesung von Heiner Müllers „Der Auftrag. Erinnerung an eine Revolution". Hier werden die bürgerliche Revolution, die politischen Auseinandersetzungen Ende der sechziger Jahre, die man später Revolte nannte, weil welche diese Auseinandersetzungen außerhalb der Parlamente führten, der bundesdeutsche Terrorismus und das Ende eines Staatssystems, das sich sozialpolitisch nannte, zum Mittel, den Versuch zu unternehmen, *die Politik* ins Theater zu bringen. Oder zumindest die Protagonisten einer Politik.

Die drei Hauptfiguren des Stücks, drei Emissäre des französischen Konvents, die mit dem Auftrag nach Jamaika kommen, dort einen Sklavenaufstand gegen die Herrschaft der britischen Krone im Namen der Republik anzuzetteln, werden gelesen von Daniel Cohn-Bendit, Horst Mahler und Christof Wackernagel. Das ehemalige DDR-Politbüromitglied Günter Schabowski wird über Video eingespielt. Schabowski liest die Sequenz „Der Mann im Fahrstuhl", die Geschichte eines Mannes oder eher der Alptraum des Untergebenen, der auf dem Weg zu seinem Chef, den er Nummer Eins nennt und von dem er annimmt, daß der ihm einen Auftrag erteilen will, durch eine Irrfahrt mit dem Fahrstuhl von seinem Ziel abgehalten wird. Der Programmzettel des TAT läßt die Bedeutung erkennen, die die Produzenten der Besetzung des Stücks beimaßen. Man findet dort von jedem der vier Hauptpersonen eine Polit-Biographie und erfährt so, daß Mahler 14 Jahre, Wackernagel nur 10, dafür aber in 8 verschiedenen Haftanstalten der BRD inhaftiert waren. Dies weist beide als echte Revolutionäre aus und die dürfen sie auch vorlegen. Cohn-Bendit als Stadtrat muß Debuisson lesen, denn der ist ein Verräter. So einfach ist das mit der Politik im TAT.

Das Publikum, größtenteils in der Erwartung eines Spektakels gekommen, lauscht konzentriert, und es lauscht noch, als das Stück schon zu Ende ist. Und hätte nicht einer der Vortragenden darauf hingewiesen, daß das alles sei, dann hätte man noch etwas gewartet, aber nicht etwa in der Erwartung, daß da noch etwas kommen müsse, sondern aus Höflichkeit, so als ob man noch eine kleine Chance geben wolle. Am Ende weiß keiner recht, was das sollte. So ist das oft mit Experimenten, wenn die Effekte ausbleiben.

In diesem Fall ist das gut so, denn so ist die anmaßende Absicht der Produzenten, Teile der Geschichte der bundesdeutschen Lin-

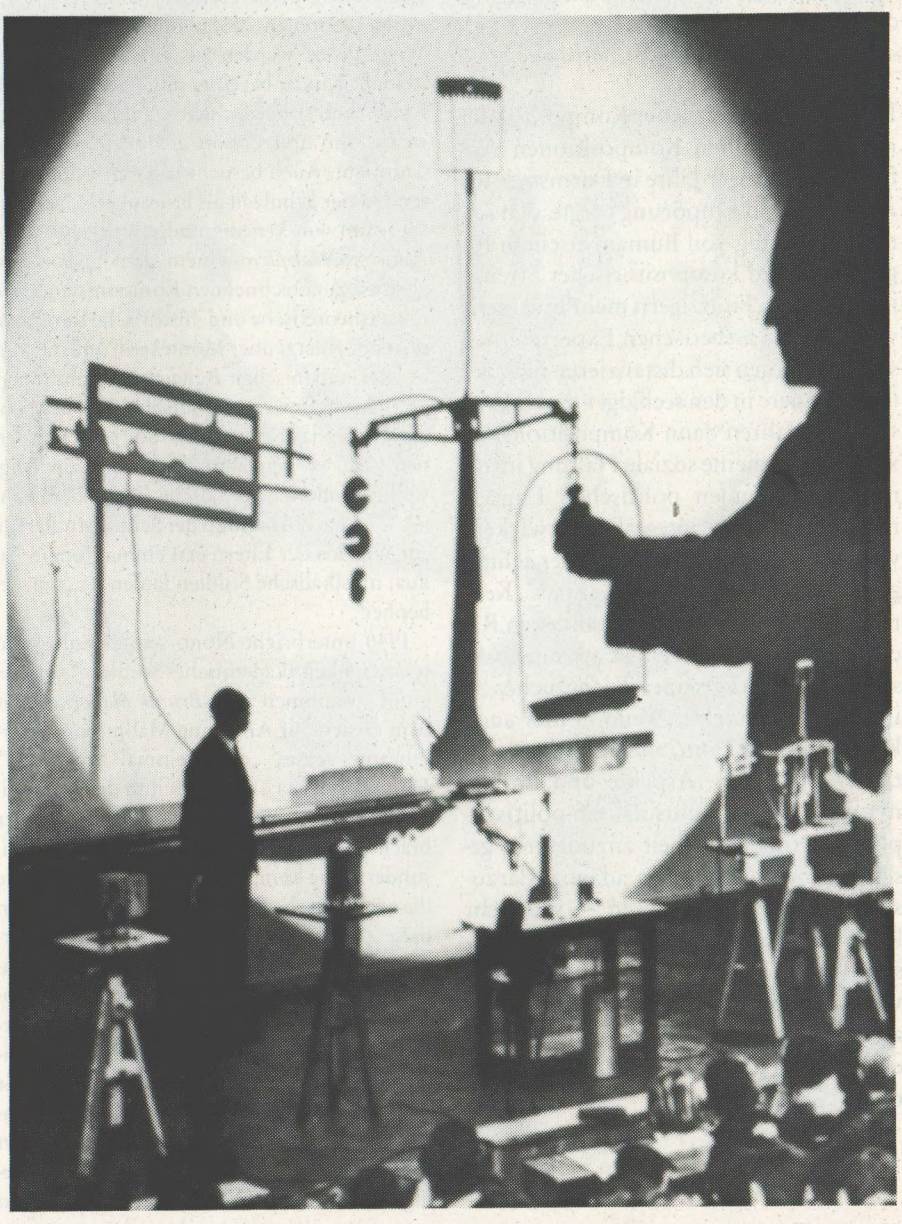
ken und mit ihr Personen gegeneinander auszuspielen und zu denunzieren gescheitert. Die größte Unverfrorenheit, auch ihrer billigen Wahl der Mittel wegen, aber stellt das Video über Günter Schabowski dar. Schabowski, der den Text übrigens professionell liest, hatte anscheinend vor oder nach den eigentlichen Dreharbeiten belanglose Fragen zu den Fahrstühlen in der Parteizentrale der SED bei noch laufender Kamera beantwortet, die dann, in absurder Reihenfolge zusammengeschnitten, der Lesung des Textes vorangestellt wurden. Für das Publikum eine willkommene Entspannung, nach so viel Warten auf nichts konnte man endlich lachen. Das Wort Fahrstuhl war fortan der Initialzünder für Lacher. Schade nur, daß es im späteren Verlauf des Stückes nicht mehr vorkommt. Obwohl, spätestens als die Absicht klar wurde, blieb das Lachen im Halse stecken. Es hat weder mit politischer Auseinandersetzung noch mit Kunst zu tun, sondern zeugt von Phantasielosigkeit und von Unfähigkeit zur Kritik, wenn man einen ehemaligen Politiker als debilen Schwätzer über Fahrstühle, Paternoster und Proletenbagger darstellt, um so die Verbindung zwischen Arschkriecher, erhofftem Auftrag mit weltgeschichtlicher Bedeutung und dem Ducken vor „Nummer Eins" vorzubereiten. Das hier in Szene gesetzte „Laboratorium sozialer Phantasie" ist so beengt, daß es außer der Schmähung vermeintlich Besiegter nichts hervorbringt. Wahrlich ein Teil deutscher Kultur, zumindest wie sie sich der bessere Deutsche, der Sieger vorstellt. Zum Glück völlig wirkungslos.

Heiner Müller, ein unbestritten renomierter Bühnenautor mit sicher auch innovativem Einfluß hat es allerdings mitzuverantworten, daß diese Inszenierung so möglich war. So reizvoll das Spiel, das er gestaltet, ohne Zweifel ist, so riskant entpuppt es sich im neuen Kontext. Mag sein, daß in der DDR zu Zeiten drohender Repressionen durch die Organe des Staates im Namen der Partei eine dramatisch gestaltete, auf verschiedene Zeit- und Raumebenen verschobene Diskussion über den Verrat an der Revolution und die Dialektik der Herrschaft durchaus subversiv war, hier und heute bewirkt sie das Gegenteil. Das Spiel mit den Masken als „Part im Theater der Gesellschaft" relativiert die historischen Zusammenhänge und denunziert die transzendierende Fähigkeit des Subjekts. Der Mensch wird zum Objekt seiner Umstände. Veränderung wird zur Maske und Handlung wird unverbindlich.

Debuissons „erste Liebe" ist der Verrat, geboren und genährt durch das angenehme Leben, das ihm als Sohn von Sklavenhaltern auf Jamaika zuteil wird. Seine „zweite Liebe" ist die Revolution, bis er erkennt: „Die Revolution ist die Maske des Todes. Der Tod ist die Maske der Revolution." Als verlorener Sohn kehrt er nun nach Hause in den Schoß seiner Familie zurück, um dort das Erbe anzutreten, die Gewißheit, daß „alles Alte besser als alles Neue ist". Fortan denunziert er die Revolution und ihre Errungenschaften, wo es nur geht: Die Revolution sei eine Hure, die Freiheit eine Hure, die Gleichheit, die Brüderlichkeit alles Huren. Debuisson kann sich die Maske der Revolution aufsetzen oder sie abnehmen, er bleibt ein Verräter. Anders seine beiden Mitstreiter: Galloudec, ein Bauer, „der die Revolution hassen gelernt hat im Blutregen der Guillotine", weiß sich bis zu seinem Tod seinem Auftrag verpflichtet, und Sasportas, selbst einmal Sklave, ist ein glühender Verfechter der Revolution, als Antoine aber resümiert auch er: „Die Freiheit führt das Volk auf die Barrikaden, und wenn die Toten erwachen, trägt sie Uniform. Ich werde dir jetzt ein Geheimnis verraten: Sie ist auch nur eine Hure".

Alle Beteiligten sind Gefangene ihrer Umstände, zum Verräter geboren oder zum Revolutionär gezwungen, aus Unfähigkeit, einmal gefaßte Prinzipien revidieren zu können. Das aber ist im Grunde unwichtig, denn gleich welche die Motive des Handelns sind, das Positive droht immer ins Negative umzuschlagen.

Vor diesem Hintergrund ist das Zitat Heiner Müllers verständlich, das von den Produzenten des Stückes für den Handzettel ausgesucht wurde: „Im Moment hat es den Anschein, als würde die DDR '68 nachholen. Sicherlich hat man von den Formen gelernt — Demonstrationen, Sit-ins. Aber '68 war eine Studentenrevolte im Dienste der Industrie. Das hat Pasolini als erster erkannt, als er die Studenten als verwöhnte Söhne der Bourgeoisie kritisierte und für die Polizisten Partei ergriff, weil es Arbeiterkinder sind. (...) Wenn man die Analyse Foucaults hinzuzieht, daß es die eigentliche Funktion der Studentenbewegung war, die Universitäten entsprechend den neuen Bedürfnissen der Industrie zu verändern, macht die These einen Sinn. Heute funk-



tionieren die '68, oder sie saufen und nehmen Drogen." So einfach ist das, mit wenigen Sätzen hat der Dichter einen Teil der Geschichte der westeuropäischen Linken unter Kontrolle. Warum nicht gleich ein Stück daraus machen?
Aber vielleicht hat Heiner Müller-Debuisson recht: „Die Poesie war schon immer die Sprache der Vergeblichkeit." Oder Walter Benjamin? „Zu keinem, wenn auch noch so utopischen Zeitpunkt wird man die Massen für eine höhere Kunst, sondern immer nur für eine gewinnen, die ihnen näher ist. Und die Schwierigkeit, die besteht gerade darin, die so zu gestalten, daß man mit dem besten Gewissen behaupten könne, die sei die höhere. Dies wird nun für fast nichts von dem gelingen, was die Avantgarde des Bürgertums propagiert."

Rembert Baumann

Non consumiamo Luigi Nono

Zeitgenössische Musik zwischen Kunst und Politik

„Nicht die Logik ist es, die in der Dichtung singt,
sondern das Leben
Auch wenn nicht das Leben der Dichtung Gestalt verleiht,
sondern die Logik." (Antonio Machado)

Luigi Nono ist tot. Jener Komponist, der mit seinen frühen Kompositionen Anfang der fünfziger Jahre in Darmstadt für Aufsehen und Empörung sorgte, den seine Verbindung von humanistischem Rigorismus und kompositorischer Strenge in den späten Fünfzigern mehr und mehr von den rein ästhetischen Experimenten seiner Kollegen sich distanzieren ließ, der insbesondere in den sechziger und frühen siebziger Jahren dann Kompositionspraxis und allgemeine soziale Haltung im direkt eingreifenden politischen Engagement des Musikers integral zu entwickeln versuchte und der seit Anfang der achtziger Jahren viele mit einer meist als „Kehre in die Innerlichkeit" verstandenen Radikalisierung seiner Arbeit am musikalischen Ausdruck, seiner Klangsuche, zu irritieren vermochte. Wenn es hier auch kaum gelingen kann, auch nur die wichtigsten Stationen, Aspekte und Problematiken seiner musikalisch-politisch-philosophischen Arbeit anzudeuten, geschweige denn halbwegs adäquat darzustellen und zu diskutieren — vielleicht können einige sicher eher fragmentarische Erinnerungen, Notizen und Hinweise das „Phänomen Nono" ein wenig aufhellen und zur weiteren näheren Auseinandersetzung mit seiner Musik anregen.

I.

Ein besonderer Drang zu höheren musikalischen Weihen scheint dem 1924 in Venedig geborenen Nono nicht gerade in die Wiege gelegt worden zu sein: Er habe zwar „wie alle Kinder bei einer sehr netten Lehrerin Klavierunterricht gehabt", aber dies „langweilte" ihn und so hört er nach zwei Jahren damit auf. Auch besucht er zwar schon während seiner Schulzeit als Externer das Konservatorium von Venedig und erwirbt bei *Gian Francesco Malipiero*, einem dem „Neoklassizismus" zuzurechnenden Komponisten, erste musiktheoretische und -historische Kenntnisse (nicht zuletzt über Monteverdi und die Musik der italienischen Renaissance) und fängt an zu komponieren — im Rückblick bezeichnet Nono das Konservatorium jedoch als einen Ort, wo man ihm „viele durchaus langweilige und vielfach falsche Dinge beibrachte". Und nach Abschluß der Schule studiert er auf Wunsch der Eltern erst einmal Jura in Padua; musikalische Studien laufen da „nur nebenbei".

1946 unterbricht Nono sein „sinnlos und oberflächlich akademisches Studium" und beginnt zusammen mit *Bruno Maderna*, mit dem er sich auf Anregung Malipieros in Verbindung setzte, „noch einmal von vorn". Durch Maderna öffnet sich ihm die musikalische Welt — „ein wundervoller Lehrer: er brachte mir nicht Kompositionslehre bei, sondern eine kompositorische Mentalität, die die akademische Begrenzung nicht kennt". In diese Zeit fällt auch seine erste Auseinandersetzung mit den theoretischen Schriften Antonio Gramscis, dessen kulturpolitische Konzeption Nonos Begriff von kritisch engagierter, und in diesem Sinne eben „zeitgenössischer", Musik nicht unwesentlich beeinflußt hat. Auf Anregung Malipieros besuchen Maderna und Nono 1948 einen internationalen Dirigierkurs von *Hermann Scherchen* in Venedig, als dessen Privatschüler in Zürich Nono seine Studien der Musik Schönbergs, Weberns und Dallapiccolas vertieft und Zugang zur Sinfonik Mahlers findet. „Mahlers Sinfonien zeigten mir, daß Kunst, also auch Musik, nichts Metaphysisches ist, nichts Abstraktes, Fernes und Entlegenes, auch nichts, was bloß unter ästhetische Kategorien fallen würde, sondern ein Mittel, um eine historische Situation, eine Realität kennenzulernen, oder, vom Standpunkt des Künstlers aus, um von einer Realität Kenntnis zu geben."

II.

Scherchen bringt Nono auch zu den „Kranichsteiner Ferienkursen für Neue Musik" und dirigiert dort 1950 dessen *„Variazioni canoniche"*, ein seriell komponiertes Orchesterwerk, dem eine Reihe aus Schönbergs op. 41, der „Ode an Napoleon", zugrundeliegt und 1951 *„Polifonica-Monodia-Ritmica"* für sechs Instrumente und Schlagzeug. Bis Ende der fünfziger Jahre nimmt Nono nun eine führende Rolle in der sich alljährlich in Darmstadt zusammenfindenden Gruppe junger Komponisten und Musiker ein, bildet zusammen mit Boulez und Stockhausen so etwas wie das Zentrum der musikalischen Avantgarde.

In einem Interview Ende der sechziger Jahre erläutert Nono rückblickend seine kompositorische Arbeitsweise, sich gegen die allzu etikettenhafte Einordnung ins „serielle Lager" wehrend: „Ich schrieb schon damals nicht, was die Presse durchorganisierte Musik hieß: Ich arbeitete immer sozusagen in drei Stufen. Zuerst wählte ich das Material, das intervallische, das klangliche, das rhythmische. Dann experimentierte ich mit diesem Material, unterzog es auch verschiedenen prädeterminierenden Prozessen, aber nur um zu sehen, in welcher Richtung es sich entwickeln könnte. Und dann komponierte ich, leitete also aus dem Material und den ihm einbeschriebenen Möglichkeiten eine ihm gemäße Form ab. Dabei war für mich das Komponieren nie

bloß die Konkretisierung von vorgeformten Strukturen, stets spielten improvisatorische Momente mit; ich hielt mir die Entscheidungen bis zum letzten Augenblick offen."

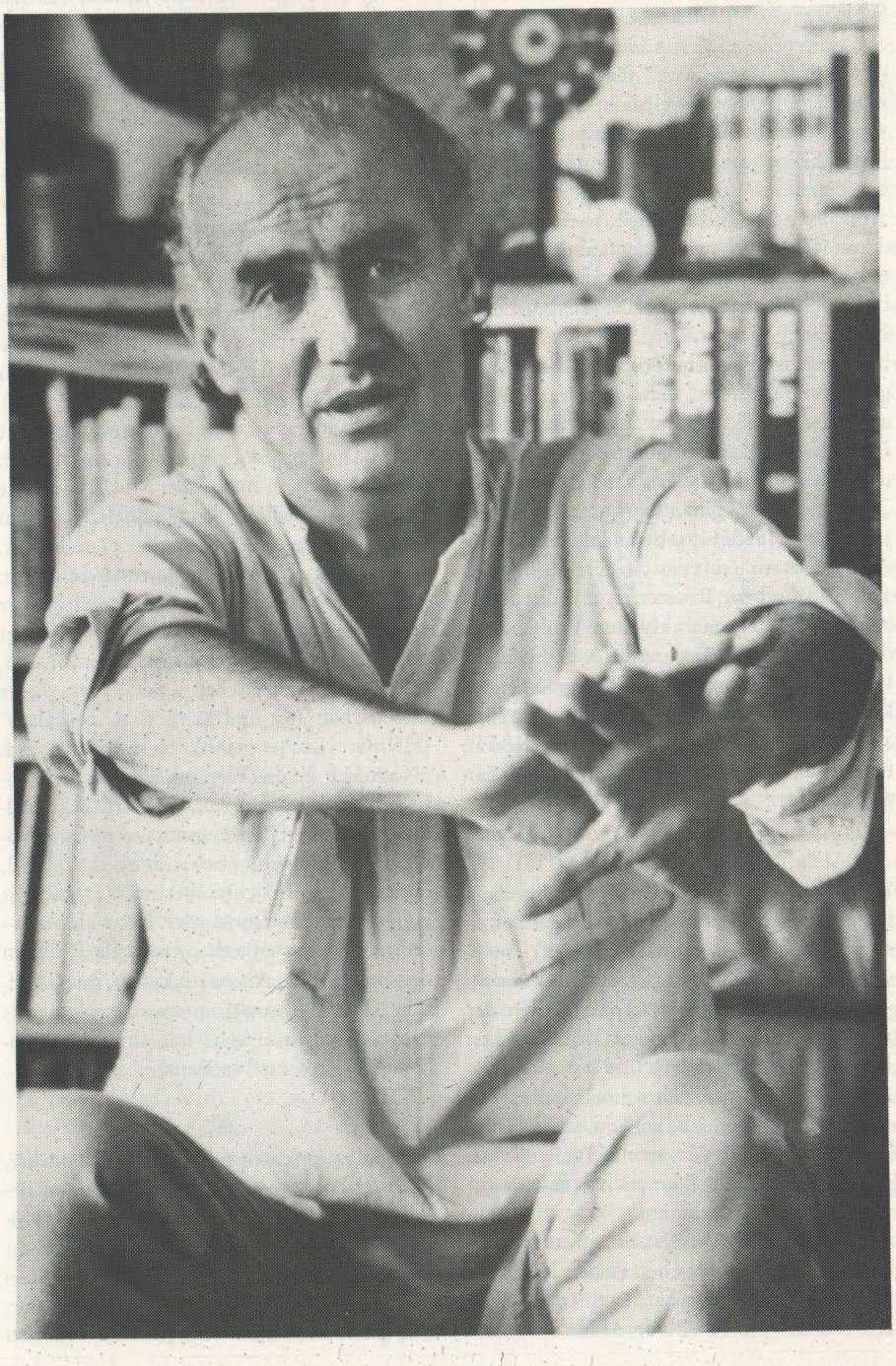
Dabei versucht Nono in diesen und anderen seiner frühen Stücke, alle Töne bzw. Klänge und ihre Eigenschaften, also Höhe, Klangfarbe, Lautstärke und Dauer, aber auch die Längen von Pausen gleichberechtigt in ihrer Verschiedenheit in Beziehung zu einander zu setzen. Dies entspricht seiner allgemeinen Vorstellung davon, wie die Menschen zueinander in Beziehung stehen sollten: gleichberechtigt in ihrer jeweiligen Eigenart sind sie — unreduziert in ihrer Differenz — Teil eines Geflechts offener Beziehungen. „Punktuell habe ich nie komponiert; das ist eine Erfindung der Kritiker (so z.B. Stockhausen, MH). Ein musikalisches Denken, in dem jeder Tonpunkt in sich hermetisch geschlossen ist, entspricht einem Denken, das mir völlig fremd ist. Das würde ja, auf den Alltag übertragen, bedeuten, daß jeder Mensch nur sich selbst genug sei und darauf ausgehen müsse, sich selbst zu realisieren. Für mich aber stand schon immer fest, daß ein Mensch sich ausschließlich in Beziehung zu den Mitmenschen und zur Gesellschaft realisieren kann. In meinen frühen Stücken sind denn auch die Tonpunkte gar nicht so wichtig; es kommt zum Beispiel nicht so sehr auf die Tonhöhen an als vielmehr auf die Intervalle, die Beziehungen zu den umliegenden musikalischen Figuren; und diese Beziehungen erschöpfen sich nicht einmal in dem, was man so vertikal und horizontal nennt, sondern ergreifen alle Schichten des Komponierten — wie ein Netz, das sich in alle Richtungen spannt."

III.

War Nono im großen dreiteiligen *„Epitaph auf Federico Garcia Lorca"* (1952/53) in seinen kompositorischen Mitteln noch eher unentschieden[2], so findet er nach dem auf einen Text von Paul Eluard geschriebenen *„La victoire de Guernica"* für gemischten Chor und Orchester (1954) insbesondere in dem über Texte aus Abschiedsbriefen von zum Tode verurteilten KämpferInnen des antifaschistischen Widerstandes komponierten *„Canto sospeso"* für Sopran-, Alt- und Tenor-Solo, gemischten Chor und Orchester (1955/56) zu dem ihm eigenen Komponieren von Stimme und Sprache. Der hier konsequent entwickelte neue Chorstil teilt die Wörter auf in Silben oder auch nur einzelne Laute und läßt diese durch den gesamten Chorsatz wandern, eine „horizontale melodische Konstruktion, die sämtliche Register ergreift; ein Schweben von Laut zu Laut, von Silbe zu Silbe: eine Linie, die manchmal aus der Abfolge von Einzel-Tönen oder Einzel-Tonhöhen entsteht und manchmal sich verdickt zu Klängen".

Seine Technik der Sprachaufspitterung des Textes und dessen musikalischer Rekomposition, in der die phonetisch-semantische Struktur des Textes für das kompositorische Resultat, dessen musikalischen Ausdruck bestimmend ist, wird meist nur als ein weiteres Moment der Isolierung akustischer Ereignisse verstanden und stößt ebenso auf Unverständnis wie sein vermeintlicher „Pointillismus". Auf den Vorwurf Karl-Heinz Stockhausens, er habe die Texte willkürlich zerstört, ja sogar „ganz bewußt bestimmten Textstellen die Bedeutung ‚ausgetrieben'", die Sprache auf reine Laute reduziert und diese dann rein formálistisch permutiert, entgegnet Nono: „Durch die sukzessive Verteilung der Worte in verschiedene Stimmlagen ist die Einheit der linearen Deklamation gleichsam im Sinne eines Chorals gewahrt, gleichzeitig aber auch gelockert, um neue Beziehungsmöglichkeiten zwischen den Eigenschaften der gesungenen Klanggestalt der Worte zu schaffen, so daß durch die komponierte musikalische Gestalt ein Wort gemäß seinem semantischen Gehalt in seiner Beziehung zu semantischen Gehalten des ganzen Textes, d.h. zum musikalischen Ausdruck des Ganzen, abgestuft werden konnte."

Programmatisch erklärt er zur allgemeinen Problematik der Vokalmusik und den aus dem entwickelten Stand der modernen Kompositionstechniken sich ergebenden Möglichkeiten: „Unser Bewußtsein um die Beziehung von Sprache und Musik kommt von einer Tradition her, in welcher der Komponist das Wort gleichsam als Transportmittel eines semantischen Gehalts behandelte, wobei die Beziehung der phonetischen Struktur eines Wortes oder Satzes zu dem semantischen Kern, wenn überhaupt, so nur in dem Grade



erkannt oder berücksichtigt wurde, als sie zusammen mit den gebräuchlichen kompositorischen Elementen wirksam werden konnte. Heute ist der Weg frei, um die Beziehung zwischen phonetischem Material und semantischem Gehalt in der Komposition nutzbar zu machen. (...) Wie die kontrapunktischen und melodischen Elemente in der Musik keine Funktion mehr haben, in welcher die einfache Linearität der Ereignisse durch eine neue Vielschichtigkeit von Beziehungen nach allen Richtungen abgelöst wurde, hat sich auch für die Sprache nun eine Welt neuer Kombinationsmöglichkeiten ihrer semantischen und phonetischen Elemente in der Komposition erschlossen."

Weitere charakteristische Vokalkompositionen dieser Phase sind *„La terra e la compagna"* für Sopran- und Tenor-Solo, Chor und Instrumente (1956/57) nach einer Dichtung von Cesare Pavese, das 1958 für Chor und Schlagzeug komponierte *„Cori di Didone"* aus „La terra promessa" von Guiseppe Ungaretti sowie *„Sarà dolce tacere"* für acht Solostimmen (1960), dem das Gedicht „La terra e la morte" von ebenfalls Cesare Pavese zugrundeliegt. Die neorealistische Lyrik mit ihrem aus der Resistenza sich herleitenden Bezug zum „Volk" gibt Nonos Sehnsucht nach einer „anderen Welt" die Sprachbilder (auf die besondere Bedeutung Paveses für die frühen Kompositionen Nonos hat Jürg Stenzl im angegebenen Nono-Buch hingewiesen). 1960 entsteht Nonos erste Tonbandkomposition, das *„Omaggio a Emilio Vedova"*, dem geistesverwandten abstrakten Maler, mit dem ihn bis zuletzt Freundschaft und Zusammenarbeit verbindet. Als Abschluß dieser Phase kann die erste „azione scenica" genannte (Quasi-)Oper *„Intolleranza"* (1960/61) gelten, in der er die Auseinandersetzung mit der Geschichte, dem Faschismus und der Resistenza, mit der gegenwärtigen (1960 gerade aktuellen) Problematik des algerischen Befreiungskrieges gegen die französische Kolonialmacht und anderer konkret-historischer Ereignisse zur Modellierung als exemplarische Brennpunkte der Reflexion für ein aktives zeitgenössisches Bewußtsein nutzt.

IV.

Vor dem Hintergrund der in den sechziger Jahren sich entwickelnden Kämpfe der Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika und der Klassenauseinandersetzungen in Italien, der Fabrikkämpfe vor allem der IndustriearbeiterInnen in den Großbetrieben des italienischen Nordens und der Aktionen und Debatten einer sich schnell radikalisierenden StudentInnenbewegung, stellt Nono fest, daß „heute mit dem intellektuellen Engagement vergangener Jahre nichts mehr zu erreichen (sei)" und schränkt seine musikalischen Aktivitäten insgesamt ein zugunsten der praktischen politischen Arbeit im Kader des PCI. In dieser Zeit hat für ihn der größte Teil dessen, was als Neue Musik definiert wird, „eine ganz reaktionäre Funktion: sie ist nur neu in einem bürgerlichen, einem ästhetischen Sinn". Nono versucht demgegenüber, seine Arbeit als politischer Aktivist nicht von der als Komponist abzutrennen, will die neu gewonnenen elektronischen Mittel ausnutzen und „in den Dienst der ideologischen Aussage stellen", da auch die Arbeit des Musikers dadurch, daß er aktiv oder passiv, bewußt oder unbewußt Stellung beziehe zu den gesellschaftlichen Kräften, eine gesellschaftliche Wirkung erziele. Als Musiker, als Komponist zu arbeiten ist für ihn von seinem sonstigen politischen Handeln nicht zu trennen, jede Entscheidung des Musikers bzw. Komponisten ist für Nono auch „zugleich eine politisch-parteiliche Entscheidung": Er proklamiert, es gelte „Mensch von heute zu sein als Musiker von heute und Musiker von heute als Mensch von heute, aktiv im frontalen, gegenwärtigen Kampf" und meint lapidar, daß man eben „nicht trennen kann zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Denken, dem Lieben und Leben". „Die Schönheit setzt sich der Revolution nicht entgegen" — dieser Satz von Ernesto Che Guevara, den Nono in den Textcorpus zu seiner zweiten Quasi-Oper „Al gran sole" aufnahm, kennzeichnet das politisch-ästhetische Programm Luigi Nonos.

Über die Begrenztheit der Möglichkeiten, mittels künstlerischer Beiträge die revolutionäre Bewegung zu befördern, gibt es für Nono bei aller expressiver Begeisterung, die immer wieder die Rhetorik, den Duktus seiner Aussagen in dieser Zeit prägt, keinen Zweifel: „Sicher wird eine Partitur ebensowenig je eine Revolution auslösen können wie ein Bild, ein Gedicht oder ein Buch; aber Musik kann wie ein Bild, ein Gedicht oder ein Buch Nachricht geben vom desolaten Stand der Gesellschaft, sie kann mitwirken, kann Bewußtsein stiften, wenn ihre technischen Qualitäten sich auf der Höhe der ideologischen halten." Und er sieht durchaus die Probleme, die mit dem Versuch, sich „als schöpferischer Künstler zu dieser Gesellschaft frei und kritisch zu verhalten" (Helmut Lachenmann), verbunden sind: „Natürlich ist die Verbindung zum Klassenkampf äußerst komplex; sie betrifft die Stellungnahme und Haltung derer, die Musik machen, die kritische Verwendung der Mittel, die uns die Geschichte überliefert (also nicht einfaches Übernehmen der Entwicklung — siehe Stockhausen), das wirkliche Problem der sogenannten Alternativkultur, ihre Schaffung, ihrer Organisation, ihres ‚Konsums' als Provokation und Agitation, ihrer Möglichkeit, Klassenkampf zu werden."

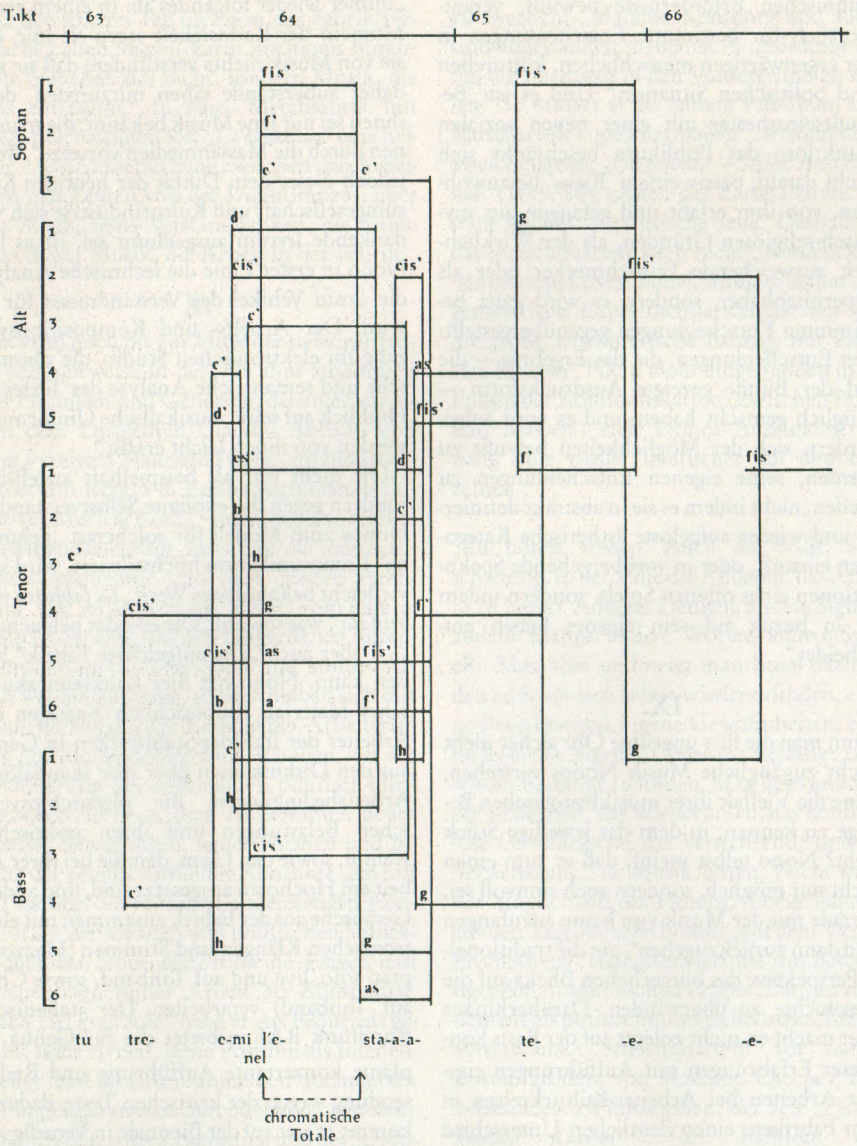
V.

Sein Selbstverständnis als Musiker-Politiker, sein Verständnis von Kultur wie seinen Begriff des kritischen Intellektuellen leitet Nono nicht zuletzt von Gramsci her: „Wenn Gramsci von den Intellektuellen sprach, verstand er sie nicht so, wie sie heute gesehen werden, gleichsam als eine Kategorie für sich, also in einer individualistischen, autonomistischen Position, sondern als Objekt und Subjekt, die an einem sozialen, historischen und geographischen Kontext teilhaben und in ihm handeln, die analysiert werden müssen, und für die es kein Ausgangsmodell gibt." So muß eine neue Tendenz in der Kunst, der Musik, wenn sie nicht so ohne weiteres einfach an eine im Volk fest verankerte, lebendige Tradition anknüpfen kann, bei ihren Versuchen, in der „Volkskultur" Wurzeln zu schlagen, an jenem spezifischen Bewußtsein anknüpfen, das Gramsci den „bon sens" genannt hatte, den „gesunden Kern des Alltagsverstandes", der es „verdiene, weiter entwickelt und kohärent gemacht zu werden", da er „eine Dosis von ‚Experimentalismus' und, wenn auch empirisch begrenzt, von Wirklichkeitsbeobachtung" enthält.

Von einer notwendigen „Organik der Kultur" als seinem konzeptionellen Ausgangspunkt sprechend, zielt Nono damit auf eine „Kultur im wirklichen Sinne einer Konzeption des gesamten Lebens, also in jedem Bereich, die Musik, die Malerei und die Dichtung nicht nur als Einzelerscheinungen, sondern als Werdendes, als Geschaffenes, als Gebrauchtes, d.h. ihre Funktion", denn die gesellschaftliche Funktion „belebt, bestimmt den ästhetischen, sozialen, ideologischen Wert; es ist der dialektische Bezug, nicht das bloße Faktum oder die in sich geschlossene Monade, sondern die Beziehung, die das Phänomen zur Entstehung, zum Werden, zur Organisation und Transformation in sich selbst bringt". Für die Kunst ist deshalb entscheidend, in welchem gesellschaftlichen Kontext und wie sie möglich ist: „Wer welche soziale Klasse bestimmt, welche drückt es aus, welche soziale Klasse gebraucht und organisiert es." Im Rückgriff auf Gramsci formuliert Nono gegens herrschende (Ein-)Verständnis der mehr oder weniger rein ästhetischen Konzeption der Kunst und des Künstler-Intellektuellen als isoliertem Individuum die Notwendigkeit einer neuen „Organizität" des kritischen Intellektuellen und der modernen Kunst. „Überprüft wird sie allerdings am Gesamtwerk des Menschen und Musikers, an seiner Haltung und an seiner Wahl hinsichtlich der technischen und expressiven Gestaltungs- und Kommunikationsmittel, an seiner Erkenntnis der Gegenwart, an der Qualität seines poetisch-schöpferischen Eindringens in die Wirklichkeit der eigenen Zeit, an der Gültigkeit seines Zeugnisses, und schließlich zusammen mit und im Verhältnis zur ökonomisch-ideologischen Auseinandersetzung, die die Epoche kennzeichnet."

VI.

Nicht allein die inhaltlich „richtige" Aussage über die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Antagonismen/Kämpfe kann für Nono Kriterium eines der sozialen Situation adäquaten Beitrages fortschrittlich-engagierter Künstler sein — deutlich warnt er vor einem



sich hinter plakativem sozial-revolutionärem Anspruch versteckenden ästhetischen Dilettantismus: „Das Engagement erschöpft und bestätigt sich natürlich nicht im bloßen Bekenntnis: Das ist nur Anlaß und Ausgangspunkt unseres Wirkens. Erst das Resultat (die Musik, das Können, die technische und formale Erfindungsgabe, die kommunikative und expressive Gestaltungskraft) kann unser Engagement bestätigen und steht zur Diskussion." Deshalb stellt Nono auch die Notwendigkeit heraus, daß die kritischen Musiker auch „die technischen Möglichkeiten unserer Zeit prüfen (und das heißt, als historisches Subjekt erkennen und wählen) müssen, die auch in der Musik zur psychischen, körperlichen und sozialen Befreiung (. . .) beitragen". Ohne diese kritischen Untersuchungen ist es nach Nonos Auffassung nicht möglich, sich dem Einfluß zu entziehen, „daß die herrschende Macht in der offiziellen Musik immer gegenwärtig ist — und dies hat Folgen in der Kompositionstechnik, in der Verwendungsweise der neuen technischen Mittel".

Wenn Nono erklärt, „daß der größte Teil dessen, was als Neue Musik definiert wird, gesellschaftlich reaktionär ist", so kommt diese Situation ja nicht von ungefähr: Für seinen ehemaligen Kompositionschüler Helmut Lachenmann ist das Komponieren überhaupt „in eine fast ausweglose Problematik geraten. *Für* diese Gesellschaft oder *gegen* sie komponieren ist für diese dasselbe und birgt die Gefahr, womöglich gerade dann, wenn man diese Gesellschaft ganz empfindlich treffen will, sich von ihr heimtückisch umarmen zu lassen." Insofern ist für ihn die kompositorische Problematik Nonos „der zentrale Konflikt dieser musikalischen Epoche: wie befreie ich mich endgültig von der offenkundig überlebten Tonalität, ihren Denkmodellen und Mitteilungsformen — anders ausgedrückt: wie gelange ich zu einer Musik außerhalb jener Erfahrungsgesetze des tonalen Bewußtseins und dessen ästhetischen Clichés?"

VII.

Seit Anfang der sechziger Jahre setzt sich Nono intensiv mit den Möglichkeiten des Einsatzes elektronischer Mittel auseinanander. Neue Wege und reichhaltigere Möglichkeiten eröffnen sich so zum einen für Nonos Kompositionstechnik der „intensiven Verklammerung und des fließenden Übergangs" der Laute, Töne und Klänge (Konrad Boehmer), weil nun sich kontinuierlich ändernde Klänge nicht mehr nur durch das Zusammenspiel, sondern (präzise analysiert und kontrolliert) elektronisch produziert werden können. Auswirkungen ergeben sich aber auch auf Nonos Experimente bezüglich der Einbeziehung von Sprache in den Kompositionsprozeß der Musik: er untersucht die jeweilig verwendete Sprache phonetisch (speziell darauf abgestimmt, wie einzelne Personen oder soziale Gruppen einzelne Wörter aussprechen, in welchem Sprachrhythmus, mit welcher „Melodie"), um dann zusammen mit Sänger- oder SchauspielerInnen deren Ausdrucksmöglichkeiten in Bezug auf den Text zu erproben; nimmt die Ergebnisse dieser Untersuchungen auf Tonband auf und wählt Material aus, das elektronisch bearbeitet wird und so den Hintergrund bzw. die Grundlage für zusätzliche live-Stimmen bildet, eventuell mit zusätzlichem rein elektronischem Material oder mit aufgenommenen „dokumentarischen" Realgeräuschen verbunden. Nicht zuletzt aber weisen elektronische Stücke auf Tonband in der Aufführungspraxis (über Lautsprecher) auch über den Konzertsaal hinaus und kommen so Nonos Intentionen entgegen, das Publikum für seine Musik dort zu finden, wo die Menschen arbeiten, wohnen und leben: „Ich würde am liebsten für die Plätze, die Felder, die Straße schreiben. Das Theater ist vom Sozialen und vom Räumlich-Baulichen her nichts mehr für unsere Zeit."

Exemplarische Werke dieser Zeit sind die Tonband-Kompositionen *„La fabbrica illuminata"* (1964) für Mezzosopran und Tonband, *„A floresta é jovem e cheja de vida"* (Der Wald ist jung und voller Leben; 1966) für drei Stimmen, Sopran, Klarinette, Kupferplatten und Tonband, *„Contrappunto dialettico alla mente"* (Dialektischer Kontrapunkt für den Verstand; 1968) nur für Tonband, *„Y entonces comprendió"* (Und dann begriff er — für 6 Frauenstimmen und Tonband; 1969/70) sowie *„Como una ola de fuerza y luz"* (Wie eine Woge von Kraft und Licht; 1971/72) für Sopran, Klavier, Orchester und Tonband — die Widmungen weisen auf die konkret-historischen Bezüge hin: den Arbeitern der Italsider-Werke in Genua, dem Befreiungskrieg der FNL in Vietnam, dem Kommandanten der venezuelanischen Befreiungsfront FNL-

FALN Douglas Bravo, Che Guevara und allen Genossen der Sierras Maestras der Welt, dem chilenischen Revolutionär Luciano Cruz. Abschließender Höhepunkt dieser Phase ist wiederum eine „azione scenica", das 1975 in Mailand uraufgeführte *„Al gran sole carico d'amore"* (Unter der großen Sonne von Liebe beladen; 1972/75), das in einer überarbeiteten Version 1978 in Frankfurt zu Anfang der Gielen-Ära realisiert wurde.

VIII.

Die „komplexen Folgen einer möglichen formenden Begegnung der verschiedenen Künste heute in den neuen, schöpferischen, sprachlich-ausdrucksmäßigen Methoden" ließen Nono früher als die anderen Vertreter der neuen Musikavantgarde zur Oper zurückkommen bzw. besser: zur Problematik eines wirklich „zeitgenössischen" Musiktheaters voranschreiten — „Das Musiktheater ist noch unterwegs." Die Grundkonzeption der traditionellen Oper kritisierend geht es ihm um eine „Begegung, in der Musik, Malerei, Dichtung und Bühnendynamik in ihren gegenwärtigen Dimensionen einen Beitrag leisten, nicht zu einer Synthese der Künste, die, durch eine vereinheitlichende Summierung gekennzeichnet eine einfache Entsprechung zwischen Ton, Farbe und Bewegung herstellen würde, sondern zu einer neuen Freiheit der schöpferischen Phantasie. (...) Also nicht mehr eine Abhängigkeit in der Zusammenarbeit: zuerst der Text, dann die Musik, dann die Regie und damit die szenische und musikalische Ausführung (fast wie ein in seinen Elementen vorfabriziertes Produkt zusammengesetzt wird), sondern eine direkte und gleichzeitige Beteiligung."

So tritt für Nono „an die Stelle einer im wesentlich statisch-theologischen Konzeption der traditionellen europäischen Oper (ein einziger optischer Brennpunkt; eine einzige Klangquelle; liturgisches Verhältnis zwischen Publikum und Bühne, das Ganze in starrer Weise bestimmt, beinahe wie Newtons ‚Himmelsmechanik') eine dynamische Konzeption wechselnder Beziehungen (Möglichkeit optischer Brennpunkte und Klangquellen im ganzen Saal, daraus folgende Erweiterung des Verhältnisses Raum — Zeit (Einstein); größere Fülle an Dimensionen und Elementen für die dramatische Komposition; infolgedessen Erweiterung der aktiven Teilnahme des Publikums.)"

Ein dergestalt in den Produktions- und Rezeptionsverhältnissen sowie im Inhalt, den Material-Form-Beziehungen transformiertes, gleich den allgemeinen historischen Veränderungen ständig sich transformierendes, auf sie kritisch reagierendes, eingreifend sich begreifendes Musiktheater ist „total *engagiertes* Theater, auf struktureller und sprachlicher wie auf sozialer Ebene: vom Musiker, Librettisten und Regisseur über den Bühnenbildner bis zum letzten Elektriker und Bühnenarbeiter sind alle Handelnde und Erneuerer im betreffenden Aussageelement, sich der zur Verfügung stehenden neuen Möglichkeiten und technischen Erfordernisse bewußt, verantwortlich für bestimmte Entscheidungen in der gegenwärtigen menschlichen, kulturellen und politischen Situation." Und es ist „Bewußtseinstheater mit einer neuen sozialen Funktion: das Publikum beschränkt sich nicht darauf, passiv einem ‚Ritus' beizuwohnen, von ihm erfaßt und gefangen aus mystisch-religiösen Gründen, als der Wirklichkeit ausweichende Feinschmecker oder als Opernliebhaber, sondern es wird ganz bestimmten Entscheidungen gegenübergestellt: den Entscheidungen, die das Ergebnis — die auf der Bühne gezeigte Ausdrucksform — möglich gemacht haben; und es wird aufgefordert, sich der Möglichkeiten bewußt zu werden, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, nicht indem es sie in abstrakt definierte und wieder aufgelöste ästhetische Kategorien einstuft, oder in vorübergehende Spekulationen eines offenen Spiels, sondern indem es in bezug auf sein eigenes Leben entscheidet."

IX.

Kann man die fürs ungeübte Ohr sicher nicht leicht zugängliche Musik Nonos verstehen, ohne die Vielfalt ihrer musikhistorischen Bezüge zu kennen, in dem das jeweilige Stück steht? Nono selbst meint, daß es zum einen nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll sei, „gerade mit der Musik von heute anzufangen und dann zurückzugehen", um die traditionelle Perspektive des bürgerlichen Blicks auf die Geschichte zu überwinden. Darüberhinaus aber macht er, nicht zuletzt auf der Basis konkreter Erfahrungen mit Aufführungen eigener Arbeiten bei Arbeiter-Kulturkreisen in den Fabriken, einen deutlichen Unterschied zwischen dem „normalen" bildungsbürgerlichen Konzertpublikum des herrschenden Musikbetriebs, „das ausgewählt ist nach den restriktiven Prinzipien des Musiklebens, die die restriktiven Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft spiegeln" und eben beispielsweise den ArbeiterInnen in den Zeiten der Fabrikkämpfe im Italien der sechziger und frühen siebziger Jahre: „Überraschend für mich war: es wurde niemals darüber diskutiert, ob dies überhaupt Musik sei oder nicht, ob es eine Art von Komposition sei oder einfach Lärm, eine Frage, die man oft in anderen, bürgerlichen Kreisen hört." Dagegen stellt Nono fest: „Ein politisch bewußter Arbeiter unserer Tage bringt Kunst notwendigerweise in Verbindung mit seiner Tätigkeit, seiner Lebenssituation, seiner ökonomischen Lage, mit den realen Schwierigkeiten, denen er innerhalb und außerhalb der Fabrik ausgesetzt ist, mit seiner durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten Entfremdung. Natürlich bedeutet ein solches Herangehen das Ende des bürgerlichen Ästhetizismus, des abstrakten Humanismus und aller auf ihnen beruhenden traditionellen Kriterien und Maßstäbe . . ." Trotzdem spielt sich natürlich auch bei seinen Begegnungen mit ArbeiterInnen „immer wieder folgendes ab: In einem ersten Moment der Ratlosigkeit sagen sie mir, daß sie von Musik nichts verstünden, daß sie sich daher außerstande sähen mitzureden, denn ihnen sei nur jene Musik bekannt, die man ihnen durch die Massenmedien vorsetze." Wenn jedoch dieser dem Diktat der heutigen Konsumgesellschaft und Kulturindustrie sich verdankende Irrtum ausgeräumt sei, ist es laut Nono in erster Linie die technische Analyse, die „zum Vehikel des Verständnisses für sie wird: Der Arbeits- und Kompositionsvorgang im elektronischen Studio, die phonetische und semantische Analyse des Textes im Hinblick auf seine musikalische Umformung werden von ihnen leicht erfaßt."

Oft nicht nur als beispielhaft angeführt, sondern gegen das explizite Selbstverständnis Nonos zum Modell für solcherart „gelungene" Kommunikation hochstilisiert, wird sein vielleicht bekanntestes Werk *„La fabbrica illuminata"*, was sowohl „Die er- oder beleuchtete . . .", aber auch „Die aufgeklärte Fabrik" heißen kann. Nono hat hier konkretes akustisches Material, hauptsächlich Aussagen der Arbeiter der Italsider-Stahlwerken in Genua aus den Diskussionen über ihre skandalösen Arbeitsbedingungen, die physisch-psychischen Belastungen und ihren politischen Kampf, sowie den Lärm, dem sie bei ihrer Arbeit am Hochofen ausgesetzt sind, und andere Geräusche aus der Fabrik zusammen mit elektronischen Klängen und Stimmen (Mezzosopran solo, live und auf Tonband, sowie Chor auf Tonband) verarbeitet. Der italienische Rundfunk RAI verbietet die für Genua geplante konzertante Aufführung und Radiosendung wegen der kritischen Texte, dadurch kommt es erst auf der Biennale in Venedig zur Uraufführung, zusammen mit Schönbergs „Pierrot lunaire" unter Bruno Maderna. Carla Henius, die den Solopart singt, berichtet: „Diesmal haben wir überraschenderweise keinen Skandal (wie bei der Uraufführung von „Intolleranza", MH), sondern einhellige Zustimmung der Hörer." Die bis ins Parlament reichenden Proteste gegen die Zensurpolitik der RAI führen dann dazu, daß es doch noch zu einem RAI-Konzert in Rom und einer Studioaufzeichnung in Mailand fürs Radio kommt, die auch der späteren Schallplattenproduktion bei Wergo zugrundeliegt.

Nonos eigenen Angaben zufolge sind die Reaktionen der Arbeiter recht unterschiedlich — die einen sagen ihm: „gut, du wolltest unsere Arbeitsbedingungen wiedergeben, aber was du gemacht hast, ist nicht so stark wie unsere Arbeitssituation; der Ort, wo wir arbeiten, ist viel härter, als du komponiert hast", während andere meinen, durch seine Musik „sei ihnen die Akustik, der Lärm in dem Raum, in dem sie arbeiten müssen, erst deutlich geworden, sie seien so sehr ‚Roboter' geworden, daß sie gar nicht mehr merkten, unter welchen Bedingungen sie arbeiten müß-

ten". Wieder andere kritisieren, daß er mit seiner Musik die schlechte Situation einfach nur verdopple: „Weshalb machst du uns, nachdem wir den ganzen Tag im Lärm der Fabrik verbracht haben, diesen Lärm nochmals hören? Wir brauchen das nicht, sondern Musik, die uns entspannt." In einer Metallfabrik mit 6000 Beschäftigten löst „La fabbrica" eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern und Leuten von der Direktion aus: über das Stück, seine Verständlichkeit, die Funktion dieser Musik, die Arbeit in der Fabrik.

X.

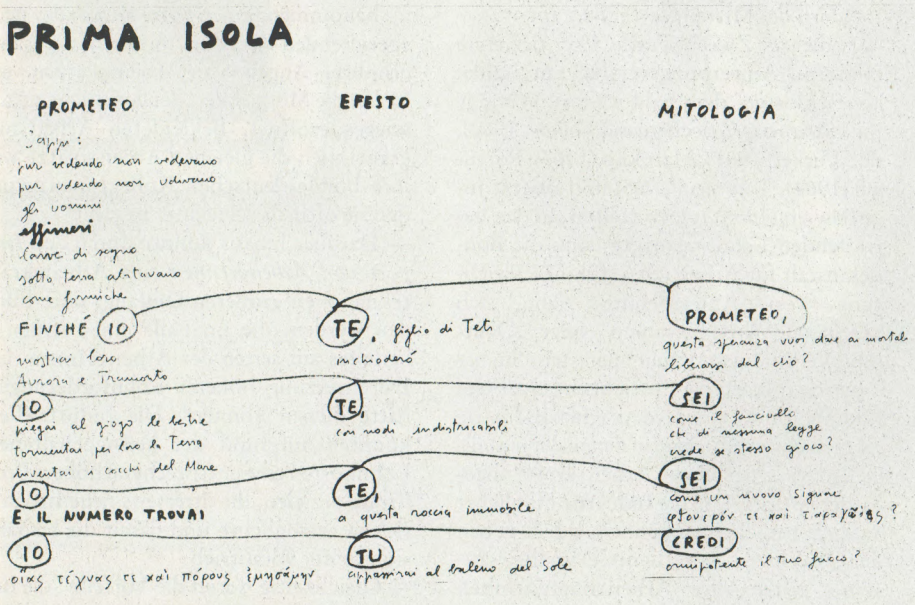
Hat er so noch bis zur Mitte der siebziger Jahre beispielsweise in der von ihm zusammen mit Freunden und Genossen, darunter vor allem dem Dirigenten Claudio Abbado und dem Pianisten Maurizio Pollini, im Industriegebiet um Reggio di Emilia gegründeten Initiative „Musica/Realtà" versucht, eine direkte Auseinandersetzung zwischen der musikalischen Avantgarde und dem „neuen Publikum", der Arbeiterklasse, abseits vom kapitalistischen Markt und den bürgerlichen Rezeptionsformen zu entwickeln und kontinuierlich werden zu lassen, so verschieben sich mit dem Niedergang der Kämpfe der ArbeiterInnen und StudentInnen auch in Italien, mit der Veränderung des allgemeinen politisch-ideologischen Terrains, dem Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, neuer Formen und Inhalte der gesellschaftlichen Konflikte und mit der darüber vermittelten andersartigen Konstitution der sozialen und politischen Subjekte auch für Nono die Probleme, Fragen und Perspektiven seiner Arbeit als Komponist. Nach „Al gran sole" habe er das Bedürfnis gehabt, seine Arbeit, seine Position als Intellektueller und Musiker unter den veränderten Bedingungen neu zu durchdenken, „um neue Möglichkeiten der Erkenntnis und des Schöpferischen zu entdecken". Nicht nur müßten die Erfahrungen verarbeitet werden, vor allem sei es nötig, sich offen und frei für Neues zu machen: „Manche Konzepte und Ideen sind abgestanden, heute ist es unbedingt nötig, die Phantasie in den Vordergrund zu stellen." So erklärt er zu seinem Publikum und Musikkritik gleichermaßen irritierenden Streichquartett *„Fragmente — Stille, An Diotima"* (1979/80): „Auch das Zarte, Private hat seine kollektive, politische Seite." Deshalb sei das Streichquartett auch nicht „Ausdruck einer retrospektiven Linie", sondern seines „gegenwärtigen Experimentierstandes: ich will die große, aufrührerische Aussage mit kleinsten Mitteln". Nicht mehr eingebunden in die Fragen der Kommunikation „zwischen Partei und Massen", zielt Nonos Auseinandersetzung nun wieder deutlicher auf den Einzelnen.

„Zu hören wissen. Auch die Stille. Sehr schwierig, in der Stille die Anderen, das Andere zu hören. Anderes Denken, andere Signale, andere Klänge, andere Wörter, andere Sprache. Man hört und neigt manchmal dazu, in den anderen sich selbst wiederzufinden, eigene Projektionen, eigene Gewohnheiten, eigene Systeme, eigenes Charisma bestätigt oder wieder bestätigt zu finden. Man liebt und will die Sicherheit, das Wiederholen, das konfliktlose Gewöhnliche, das Versichernde und die Versicherung.Die Musik hören. Nicht *in einer* Möglichkeit des Hörens." Diese Sequenz aus den Tagebüchern Nonos „auf dem Weg zu Prometheus" charakterisiert die ihn beschäftigenden musikalischen Fragestellungen nach dem oft als politische und ästhetische „Kehre" verstandenen Streichquartett. Vor seinem dritten großen, von Massimo Cacciari, dem befreundeten Philosophen, der seit *„Das atmende Klarsein"* (für Baßflöte und 8stimmigen Chor; 1980/81) zu Nonos Kompositionen die Texte zusammenstellt, bezeichnenderweise eine „tragedia dell'ascolto" (Tragödie des Hörens) genannten Werk *„Prometeo"* (1980/84) sind insbesondere *„Io, frammento dal Prometeo"* (für 2 Soprane, Kammerchor, Baßflöte und Kontrabaßklarinette; 1980/81), *„Quando stanno morendo"* (Wenn sie zum Sterben kommen — für 4 Frauenstimmen, Baßflöte und Violoncello; 1982) und *„Guai ai gelidi mostri"* (Wehe den eiskalten Ungeheuern — für 2 Contraalte, 6 Instrumente und „live electronic"; 1982/83) als herausragende Beispiele für die neuen Entwicklungen in Nonos Kompositionsweise zu nennen. Und auch die Arbeiten nach dem „Prometeo" verfeinern und verdichten einzelne Aspekte der hier zusammengefaßten Materialauseinandersetzung.

Bei all ihrer formalen Strenge produziert Nonos Arbeit seit Ende der siebziger Jahre keine fertigen „Werke", ein für alle mal gedacht, notiert und nur noch zu reproduzieren, also „fixiert" — darauf weisen Änderungen und Varianten im (und durch den) Einsatz von Live-Elektronik hin. Immer spezifisches, konzentriert dichtes Resultat eines gleichzeitig kontrollierten wie offenen Experimentierens und Analysierens der Klänge (Mikrotöne und -intervalle) und des Raumes („beweglicher Klang") sind sie doch nur ein vorläufiges und geben als solches Einblick in eine bis ins allerkleinste Detail gehende beispiellose Suche nach dem „anderen Klang". An Nonos Musik bleibt, was Helmut Lachenmann anläßlich der Frankfurter Produktion des „Prometeo" schrieb: „Heute, wo wir in den gegenwärtigen Produkten der gängigen Avantgarde uns gleichsam den schlaffen Resten eines geplatzten oder zumindest geschrumpften Ballons gegenübersehen, trifft uns die Musik Nonos auf zweifache Weise: Auf der einen Seite hat sie schon lapidar klassisches Format, auf der anderen Seite steht sie, wohl als einzige, nach wie vor ein für jene typische Erfahrung von Unruhe, die heute sowenig wie in den 50er Jahren den Hörer gleichgültig läßt."

Für Hinweise, Anregungen und Kritik danke ich Isabella Brauns.

Michael Hintz



1 Die Zitate von Luigi Nono finden sich im wesentlichen in Luigi Nono: Texte — Studien zu seiner Musik. Hrsg. von Jürg Stenzl. Zürich und Freiburg im Breisgau 1975.

2 Für Heinz-Klaus Metzger ist allerdings beispielsweise Nonos Bearbeitung von Rhythmen der spanischen Folklore in der rhythmischen Struktur dieses Werkes ebenso wie der von Metzger („ich bin kein Spezialist dieser Materie") als „gregorianisch oder ambrosianisch" charakterisierte Gesang, die „oft tonale Harmonik" und die „äußerst primitiven Sprechchöre" Ausdruck davon, daß Nono nach seinem Eintritt in den PCI (1951 oder 52) der ideologisch motivierten Forderung nach „leichtverständlicher (...) politischer Massenkunst, wie sie von fast allen Diktaturen gefordert wird", „verfiel".

»Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen«

Migrationspolitik und verschärftes Ausländergesetz in der BRD

Im letzten Heft berichteten wir über „Die multikulturelle Gesellschaft und ihre Freunde". Unser Autor stellte fest: Was gemeinhin als weltoffenes, antirassistisches Konzept begriffen wird, ist gerade die Begleitmusik für den Ausbau der Festung Europa.

So möchte die konservative Regierungskoalition den Zuzug von AusländerInnen in die Bundesrepublik je nach Marktlage dosieren. Den Import von Arbeitskräften „müßte die Bundesregierung von Jahr zu Jahr regeln und nach Bedarf erhöhen. — Dies setzt aber voraus, daß die Asylfrage geklärt wird und der unkontrollierte Zugang verhindert wird" (Heiner Geißler). Gegen diese Betrachtungsweise hat sich bislang eine eher schwache Opposition herausgebildet. So stimmte auch Daniel Cohn-Bendit (grüner Multidezernent) kürzlich den Thesen Geißlers noch einmal ausdrücklich zu.

Zur Behandlung von „Lückenbüßern und Resteverwertern" wurde im Mai das auf das „Europa der Nationen" zielende Ausländergesetz verabschiedet. Das Abendland verbarrikadiert sich. Die westdeutsche Bevölkerung müßte mit diesem Phänomen spätestens seit den sechziger Jahren bestens vertraut sein.

Seit den dreißiger Jahren hatten sich in den USA fordistische Produktions- und Reproduktionsstrukturen herausgebildet, die sich in der Nachkriegszeit zunehmend auch in den entwickelten Ländern Westeuropas fest etablierten. Deren Grundlage war der „Übergang von einer ‚extensiven' zu einer ‚intensiven', auf tayloristischer Arbeitsorganisation und Massenproduktion von Konsumgütern gestützten Akkumulationsstrategie"[1]. Durch Fließband- und Schichtarbeit, das heißt verstärkte Arbeitsteilung, entstand ein erheblich gesteigerter Bedarf an Arbeitskräften mit geringerer Qualifikation.

In der BRD konnte dieser zunächst durch die „Flüchtlingswellen" der Nachkriegszeit (sogenannte „Vertriebenenwelle" bis 1950 und die Zuwanderung aus der SBZ (sowjetische Besatzungszone) bzw. später aus der DDR), die etwa 9,7 Millionen Personen umfaßte[2], kompensiert werden. Dann aber machte es die rapide fortschreitende ökonomische Expansion auch für die BRD erforderlich, den nationalen Arbeitsmarkt zu öffnen, um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit weiterhin sichern zu können. Sie schloß sich also der im benachbarten Ausland bereits praktizierten gezielten Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen aus den Ländern des Mittelmeerraumes an.

Zu diesem Zweck wurde 1955 der erste bilaterale Anwerbungsvertrag mit Italien abgeschlossen, dem bald weitere Verträge mit Spanien, Griechenland (beide 1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und zuletzt Jugoslawien (1968) folgen sollten. In den betreffenden Ländern sorgte dann die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) für die Einrichtung von Anwerbebüros, die sich „Deutsche Kommissionen" oder „Deutsche Verbindungsstellen" nannten. Sie bearbeiteten gegen die Entrichtung einer Gebühr die von der bundesdeutschen Industrie eingereichten Anträge, in denen der jeweilige Bedarf an der Ware „Arbeitskraft" angefordert wurde. Um die Industrie möglichst akkurat bedienen zu können, wurde neben der Qualifikation und dem Gesundheitszustand potentieller ArbeitsmigrantInnen auch gleich noch deren strafrechtliche und insbesondere auch die politische Vergangenheit einer eingehenden Prüfung unterzogen. Den so Ausgewählten wurde von ihrem jeweiligen „Arbeitgeber" ein Jahresvertrag vorgelegt, der die Ausbezahlung des tariflich garantierten Mindestlohnes festschrieb. Da die Industrie zu diesem Zeitpunkt noch verpflichtet war, für die Unterbringung der ArbeitsmigrantInnen zu sorgen, steht am Anfang der Arbeitsmigration in der BRD die hierzulande offensichtlich unvermeidliche „Unterbringung in Holzbaracken auf dem Firmengelände".

Ökonomische und soziale Ausbeutung der ArbeitsmigrantInnen

Die bundesrepublikanischen Interessen waren durch die Einführung des „Gastarbeitersystems" in mehrfacher Hinsicht *optimal* bedient, boten sich doch im Hinblick auf die ArbeitsmigrantInnen vielgestaltige Ausbeutungsmöglichkeiten:

— Die monotonen, oft gesundheitsschädlichen Arbeitsplätze in der industriellen Produktion konnten durch die Requirierung der ArbeitsmigrantInnen besetzt gehalten werden. Bundesdeutsche ArbeiterInnen waren für diese Arbeitsplätze kaum mehr zu bekommen; ihnen hatte sich in der prosperierenden Republik mit dem insgesamt erhöhten Angebot an Arbeitsplätzen vermehrt die Möglichkeit des beruflichen Aufstieges eröffnet. Bekleideten ArbeitsmigrantInnen die gleichen Arbeitsplätze wie ihre bundesdeutschen KollegInnen, wurden sie oftmals schlechter bezahlt[3].

— Darüber hinaus konnte durch den *Import von ArbeiterInnen* eine Arbeitskräfteknappheit größeren Umfangs unterbunden werden, die im Falle eines Arbeitskampfes auf seiten der ArbeiterInnen der Durchsetzung höherer Lohnforderungen hätte dienen können[4]. Die Industriellen konnten aufgrund der geringgehaltenen Lohnkosten eine entsprechend höhere Profitrate erzielen, die ihrerseits neue Investitionen ermöglichte und damit die Expansion weiter vorantrieb.

— Gleichzeitig waren die Vorteile, die die bundesdeutsche Wirtschaft aus der Ar-

beitsmigration zu ziehen verstand, nicht mit nennenswerten sozialen Folgekosten verbunden: Die ArbeitsmigrantInnen stellten ihre Arbeitskraft zur Steigerung des bundesdeutschen Bruttosozialprodukts zur Verfügung, nachdem zuvor ihre jeweiligen Herkunftsländer für ihre Schul- und Berufsausbildung hatten aufkommen müssen. Auch brachten die ArbeitsmigrantInnen zunächst keine Angehörigen mit, die sozialen Leistungen (Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau etc.) in der BRD in Anspruch hätten nehmen können, deren Finanzierung die ArbeitsmigrantInnen durch ihre Steuerzahlungen jedoch ebenso gewährleisteten wie ihre bundesdeutschen KollegInnen.

Die ArbeitsmigrantInnen wurden somit nicht nur Opfer der *unmittelbaren*, alle Lohnabhängigen betreffenden Ausbeutung, sondern darüber hinaus — gegen ihren Willen — auch zum *Instrument* der Industriellen bei der Durchsetzung einer insgesamt verschärften Ausbeutung aller ArbeiterInnen. Ergänzt durch die Maßnahmen zur *sozialen* Ausbeutung, wurde den ArbeitsmigrantInnen dadurch unweigerlich der Platz am untersten Ende der gesellschaftlichen Hierarchie zugeordnet.

Foto: Abisag Tüllmann

Flankierende juristische Instrumentarien

Da zunächst keine juristische Grundlage für die Behandlung der ArbeitsmigrantInnen vorhanden war, wurde kurzerhand auf die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 zurückgegriffen[5], die schon den juristischen Rahmen für die Behandlung der ZwangsarbeiterInnen im Nationalsozialismus gegeben hatte. Sie enthielt drei Regelungsbereiche, von denen anfänglich nur der die Einreisesteuerung betreffende durch Bundesgesetz neu geregelt wurde. „Die anderen — und zudem bedeutenderen — Instrumentarien des Aufenthaltsrechtes und der Arbeitsmarktzulassung wurden dagegen allein auf bürokratischem Wege und damit außerhalb jeder öffentlichen Diskussion wiederbelebt"[6]. Die APVO räumte den ArbeitsmigrantInnen keinerlei BürgerInnenrechte ein und bestimmte, daß eine Aufenthaltserlaubnis nur denjenigen zu erteilen sei, „die aufgrund ihrer Persönlichkeit und des Zwecks ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind" (§ 1 APVO von 1938). Der nahezu unbegrenzt auslegbare Text der APVO eröffnete den Behörden die Möglichkeit, fast willkürlich über die Erteilung bzw. die Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis zu verfügen. Für die ArbeitsmigrantInnen bedeutete das ein Leben in permanenter Rechtsunsicherheit.

Erst 1965 wurde die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung durch die Verabschiedung des Ausländergesetzes im Bundestag ersetzt, wodurch sich die Situation der Betroffenen allerdings nicht maßgeblich verbesserte: Die in diesem Gesetz enthaltene Formulierung „Die Aufenthaltserlaubnis kann erteilt werden, wenn die Abwesenheit des Ausländers die Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt", sicherte der Ausländerpolizei auch weiterhin die uneingeschränkte Verfügungsgewalt im Umgang mit den MigrantInnen. Was unter den „Belangen der Bundesrepublik" zu verstehen sei, kann in der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" nachgelesen werden; daß dort als Kriterien für die Vergabe einer Aufenthaltserlaubnis „insbesondere auch Gründe politischer und wirtschaftlicher Art sowie die Belange des Arbeitsmarktes" benannt werden, überrascht eher durch die Unverblümtheit der Aussage, als durch ihren Inhalt. Dieselbe Verwaltungsvorschrift schließt übrigens die MigrantInnen vom Wahlrecht ebenso aus, wie von fast allen

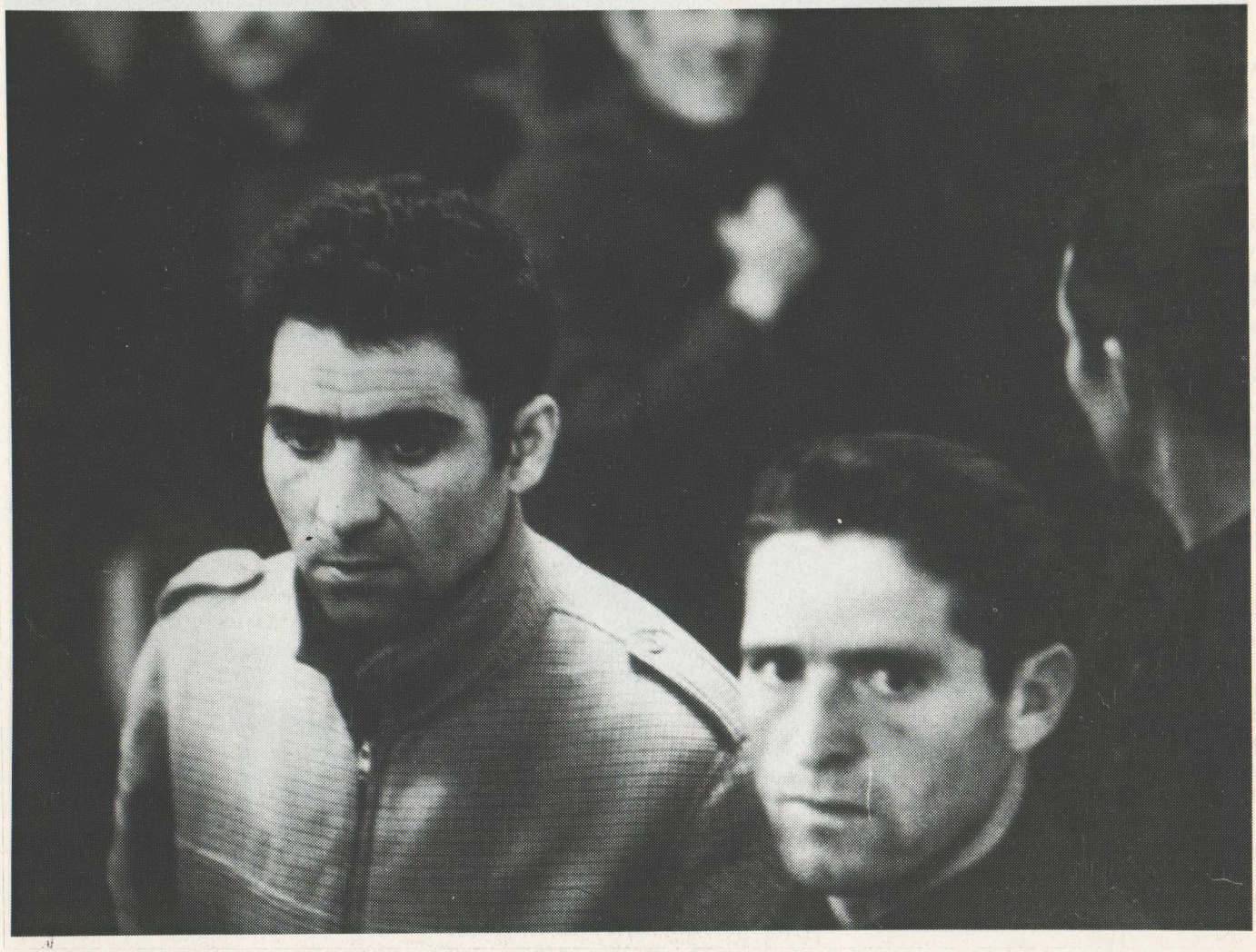
anderen wichtigen BürgerInnenrechten: „Ausländer genießen alle Grundrechte mit Ausnahme der Versammlungsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland" (Abs. 6 der Verordnung).

Was qua Gesetz möglich war, nämlich beispielsweise arbeitslos gewordene ArbeitsmigrantInnen umgehend abzuschieben, war als Prophylaxe für die stets erwartete Krise gedacht, die sich dann doch nicht so bald einstellte. Also suchten die Behörden in vorauseilendem Gehorsam einstweilen andere Anwendungsbereiche für das Gesetz und fanden sie schließlich auch; da wurde schon mal die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert, wenn der/die AntragsstellerIn sich zuvor um seine/ihre Einbürgerung in die BRD beworben hatte[7]. Immerhin gelte es, die „Belange der Bundesrepublik" zu schützen, und diese sei bekanntlich kein Einwanderungsland, erfuhren die abgewiesenen Integrationswilligen als vorgebliche Begründung ... über authentischere, aber weniger salonfähige Erklärungen darf spekuliert werden.

Als 1973 die Ölkrise das Ende des wirtschaftlichen Booms einläutete, betrug die Zahl der ausländischen Beschäftigten in der BRD 2115000, die ausländische Wohnbevölkerung belief sich auf 3070000 Personen[8]. Um die sozialen Folgekosten der Krise (insbesondere Arbeitslosigkeit) für die BRD gering zu halten, bzw. sie auf andere Nationen abzuwälzen, wurden verschiedene Maßnahmen getroffen. Den Auftakt hierzu bildete der „Anwerbestopp für Nicht-EG-Bürger" vom 23. 11. 1973, dem bald weitere, die ArbeitsmigrantInnen diskriminierende, Maßnahmen folgen sollten. So wurde nun die Arbeitserlaubnis nicht mehr verlängert, wenn für den betreffenden Arbeitsplatz eine „deutsche Arbeitskraft" zur Verfügung stand, was in der Regel den Entzug der Aufenthaltserlaubnis nach sich zog. Die weitere Familienzusammenführung wurde durch verschiedene „Stichtagregelungen" und die Verpflichtung, ausreichenden Wohnraum für nachzuholende Familienmitglieder vorweisen zu müssen, nachhaltig erschwert. Schließlich wurde durch eine Änderung des Steuerrechtes den ArbeitsmigrantInnen das Recht entzogen, Kindergeld für ihre im Herkunftsland zurückgelassenen Nachkommen zu beantragen.

Die ausländische Wohnbevölkerung in absoluten Zahlen änderte sich in den folgenden Jahren zwar nicht nennenswert, wohl aber deren Zusammensetzung. So sank der Anteil der EG-BürgerInnen an der nichtdeutschen Bevölkerung beträchtlich. In den Herkunftsländern dieser MigrantInnen war größtenteils die wirtschaftliche Entwicklung zwischenzeitlich so weit vorangeschritten, daß mit der Rückkehr die Perspektive verbunden war, dort auch wirtschaftlich wieder Fuß fassen zu können. Auch die einschneidenden politischen Veränderungen in Griechenland (Sturz des faschistischen Militärregimes 1974) und Spanien (Francos Tod im November 1975) haben für die MigrantInnen griechischer bzw. spanischer Herkunft sicherlich bei der Entscheidungsfindung eine bedeutende Rolle gespielt. Insbesondere aber für die MigrantInnen türkischer Nationalität stellte sich die Lage anders dar: zum wirtschaftlich desolaten Zustand der Türkei gesellte sich nach dem Putsch von 1980 noch der Terror der Militärjunta, die nun die Regierung an sich gerissen hatte. In dieser MigrantInnengruppe wurde deshalb trotz der verschärften Bedingungen im ungastlichen „Gastland" BRD — vielleicht auch gerade weil eine fortschreitende Erschwerung der „Fa-

Foto: Abisag Tüllmann



milienzusammenführung" befürchtet wurde — der Nachzug weiterer Familienangehöriger veranlaßt.

So blieb von 1973 bis 1979 die ausländische Wohnbevölkerung bei etwa 3 Millionen Menschen, gleichzeitig sank die Zahl der ausländischen Beschäftigten im selben Zeitraum aber von 2,1 Millionen auf knapp 1,5 Millionen.

Ab Oktober 1982 übernahm die CDU-CSU-FDP-Koalition die Regierung mit dem erklärten Ziel, die ausländische Bevölkerung noch in den achtziger Jahren um eine Million zu senken[9]. Zur Durchsetzung dieser Politik wurde Friedrich Zimmermann (CSU) zum Innenminister berufen, der dann flugs eine Vorlage zur Novellierung des Ausländergesetzes von 1965 erarbeitete. In seinem Entwurf erklärte Zimmermann die „Wahrung des Deutschtums" zum zentralen Anliegen des neuen Gesetzes, was selbst für bundesrepublikanische Verhältnisse zu menschenverachtend, weil offen rassistisch, geraten war. Der dagegen erhobene Protest umfaßte neben den Grünen, der SPD und den Gewerkschaften auch weite Kreise der evangelischen und katholischen Kirche und dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die FDP ihre Zustimmung zu diesem Entwurf verweigerte. 1988 mußte Zimmermann sein Projekt endgültig ad acta legen, was ihn nicht daran hinderte, auf administrativem Wege die Rechte der AusländerInnen weiter zu beschneiden.

Doch mit der Ablösung Zimmermanns durch Wolfgang Schäuble kam auch ein neuer Entwurf für die Novellierung des Ausländergesetzes von 1965 auf den Tisch, der am 11. Mai 1990 — ungeachtet des dagegen erhobenen Protests — auch verabschiedet wurde. Die Eckpfeiler des Gesetzes sind einerseits die „Sicherung der Integration der Ausländer, die auf Dauer im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) leben" und andererseits „die Begrenzung der Zuwanderung weiterer Ausländer aus Nicht-EG-Staaten"[10].

Um den genannten Punkten Genüge zu leisten, sind im neuen Ausländergesetz (AuslG § 85) für jugendliche AusländerInnen unter bestimmten Bedingungen (bisherige Aufenthaltsdauer mindestens acht Jahre etc.) Erleichterungen bei der Einbürgerung vorgesehen, wobei aber die Forderung nach einer Zulassung von DoppelstaatsbürgerInnenschaften gegen den erklärten Wunsch der Betroffenen nicht berücksichtigt wurde. Denn der Gesetzgeber hatte nicht die Rücksichtnahme auf die kulturelle Identität dieser Menschen im Auge, sondern in diesem Personenkreis vielmehr eine Klientel potentieller BeitragszahlerInnen gewittert, mit deren Hilfe es das Finanzloch in der gesetzlichen Rentenversicherung zu stopfen gilt. (Übrigens wird im Falle einer Einbürgerung laut § 88 AuslG eine Art *„umgekehrtes Begrüßungsgeld"* [sogenannte Einbürgerungsgebühr] in Höhe von 100 DM erhoben.)

Foto: Abisag Tüllmann

Neben den Erleichterungen bei der Einbürgerung legt das Ausländergesetz aber auch eine Ausdehnung der Aufenthaltsgenehmigungspflicht auf Minderjährige fest (§ 3). Besonders betroffen sind hiervon Familien, für die eine Einbürgerung nicht in Frage kommt. Sie müssen hinfort für jedes neugeborene Kind innerhalb der ersten sechs Lebensmonate eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, deren Erteilung unter anderem auch an den oft schwer zu erbringenden Nachweis von ausreichendem Wohnraum gebunden ist. Zusätzlich wird mit dieser Regelung erwirkt, daß die sogenannten „minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge" aus Krisengebieten, die im Verständnis der Bundesregierung ohnehin nur als unerwünschter Kostenfaktor verbucht werden, jeder Möglichkeit, in der BRD zu überleben, beraubt werden. Aber auch alle anderen „asylsuchenden Ausländer", von denen es in der Begründung des Ausländergesetzes eigentlich heißt, daß sie nicht „dem allgemeinen Ausländerrecht unterfallen", werden sehr unter dem verschärften Gesetz zu leiden haben: § 60 AuslG schreibt eine Visumspflicht für alle einreisewilligen Nicht-EG-AusländerInnen vor und ermöglicht darüber hinaus auch die Zurückweisung, „wenn der begründete Verdacht besteht, daß der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient". Dieser Paragraph bietet eine „effektivere" Handhabe, Flüchtlinge bereits im Vorfeld abzuweisen und faktisch daran zu hindern, überhaupt einen Asylantrag zu stellen[11].

Was die Ausweisung von AusländerInnen betrifft, reicht nun statt der im alten Gesetz vorgesehenen „Gefährdung bundesrepublikanischer Interessen" mittlerweile schon die bloße „Beeinträchtigung" derselben als Begründung aus. § 37 AuslG beispielsweise umfaßt zahlreiche „Verbot(e) und Beschränkung(en) bei der politischen Betätigung" von AusländerInnen, deren Nicht-Beachtung als Ausweisungsgrund herangezogen werden kann.

Foto: Abisag Tüllmann

Auch wird es in Zukunft Datenschutz für AusländerInnen nicht mehr geben: „Damit die Ausländerbehörden, die früher zutreffender Fremdenpolizei hießen, Ausweisungsgründe immer parat haben, werden Behörden ‚und andere öffentliche Stellen' verpflichtet, personenbezogene Daten auch ‚ohne Mitwirkung der Betroffenen' weiterzuleiten"[12].

Arbeitsmigration und öffentliche Meinung

Selbstverständlich ist im Laufe der Jahre auch manchen BundesbürgerInnen aufgefallen, daß die AusländerInnen zusätzlich zu dem tagtäglich sie bedrängenden Rassismus noch Opfer institutioneller Diskriminierungsmaßnahmen waren und mit dem neuen Ausländergesetz auch weiterhin bleiben werden. Das Ergebnis waren — statt praktischer Solidarität — zumeist Sätze wie „Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen", die Larmoyanz und Ignoranz durchaus zu vereinigen verstehen, indem sie die handfesten ökonomischen Interessen, die an der Ungleichbehandlung der ArbeitsmigrantInnen bestanden, als vielleicht kritikwürdige, aber doch zu verzeihende und vor allem wiedergutzumachende, *Unachtsamkeit* der bundesrepublikanischen Gesellschaft verschleiern.

Origineller nimmt sich dagegen die Behauptung aus, die BRD habe den Schwellenländern mit der Arbeitsmigration eine Art Entwicklungshilfe gewährt, da die ArbeitsmigrantInnen in der BRD in den Genuß zusätzlicher „beruflicher Qualifikation" gekommen seien und ihnen und ihren Familien „zu einem finanziell sorgenfreien Leben" verholfen worden sei[13]. Diese These bringt Gebende und Nehmende durcheinander und bedarf doch einer *geringfügigen* Korrektur. „Verwechslungen" dieser Art gibt's hierzulande allenthalben: wird doch als „deutsche Tüchtigkeit" gefeiert, was sich bei eingehender Betrachtung als schnödes Ergebnis optimierter Ausbeutung auch von ArbeitsmigrantInnen erweist.

Dagmar Ganßloser

1 Joachim Hirsch / Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg 1986, S. 48.
2 Vgl. Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Königstein/Ts. 1981.
3 Vgl. Verena McRae, Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme, München 1980, S. 12 f.
4 Vgl. dazu Karl Marx, Das Kapital, Band I, Berlin 1972, S. 657 ff (Stichwort „Überbevölkerung" bzw. „industrielle Reservearmee").
5 Vgl. Stephen Castles, Migration und Rassismus in Westeuropa, West-Berlin 1987, S. 74.
6 Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Königstein/Ts. 1981, S. 140.
7 Nachzulesen bei Verena McRae, Die Gastarbeiter, München 1980, S. 58 f.
8 Stichtag für die Erhebung war jeweils der 30. 9. 1973.
9 Vgl. Stephen Castles, Migration und Rassismus in Westeuropa, West-Berlin 1987.
10 Aus der Begründung des Gesetzesentwurfs.
11 Die derzeitige Anerkennungsquote bei Asylanträgen liegt ohnehin nur bei 2,9 %.
12 Claudia Roth / Petra Hanf, Harmonie auf unterstem Niveau, in: Konkret 6/1990, S. 46.
13 S. Balke vom Deutschen Arbeitgeberverband. Zitiert nach Verena McRae, Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme, München 1980, S. 19.

Spurensuche auf der Wartburg

Die Nation im Stande ihrer Unschuld

Für Ende Mai dieses Jahres hatten Angehörige der Universität Jena und der RCDS zu einem „Wartburgtreffen" aufgerufen. Eine „grenzenlose" deutsche Begegnung war angekündigt, ein „deutsch-deutsches Studententreffen". Was hatten die Initiatoren im Sinn? Eine Gedenkveranstaltung an die Zusammenkunft oppositioneller Studenten auf der Wartburg im Jahr 1817, eine Wiederbelebung des alten Widerstandsgeistes oder eine Neuinszenierung in Gestalt eines symbolischen Aktes, der geeignet wäre, den unmißverständlich auf die Gegenwart bezogenen nationalen Appell mit der Erinnerung an dessen Ursprungsversion zu verbinden und am historischen Ort den Gedanken an eine „Nation der Deutschen" im Stande politischer Unschuld zu erfassen? Im Stand der Unschuld deshalb, weil seine politischen Folgewirkungen zur Zeit des ersten Wartburgtreffens, bei dem die Studenten die Gründung eines deutschen Nationalstaates als Konsequenz des Befreiungskriegs gegen die Napoleonischen Armeen einklagten, noch nicht absehbar waren und es eben diesen nationalen *Staat* noch nicht gab. Sollte diese Inszenierung beabsichtigt gewesen sein, dann dürfte sie den Veranstaltern mißraten sein. Der Charme des Blockhauslagers in Wilhelmsthal bei Eisenbach, die Akkuratesse des preußisch-sozialistischen Appellplatzes und die west-östliche Lässigkeit der Jüngeren ließen sich nicht zu einer gemeinsamen politischen Symbolsprache verdichten.

Dabei schien die Suche nach dem Grund oder auch nur der Existenz einer nationalen Identität der Deutschen aus der BRD und der DDR als offene, sogar problematische Frage von den Veranstaltern inauguriert zu sein. Die Arbeitsgruppenleiter waren dann aber entweder um die Konstruktion gesamtnationaler Traditionslinien bemüht, oder aber sie suchten die Tatsache, daß jede Beschwörung nationaler Eigenart immer der Diskriminierung angeblich Andersartiger bedarf, um Substanz und Kontur zu gewinnen, dadurch zu umgehen, daß sie einen Nationalismus ohne Aggressivität nach außen einfach postulierten — und damit seine Möglichkeit erst einmal unterstellten. Was nach innen Vereinheitlichung bewirken kann, soll nach außen eben nicht mehr abschrecken. — Das Themenangebot wurde eröffnet mit den Rubriken „Nationale Identität und Nationalismus" bzw. „Nationale Identität und Internationalismus". Darüber hinaus gab es Arbeitsgruppen, die das Totalitarismusparadigma an der sakrosankten Gegenposition des demokratischen Rechtsstaates exemplifizierten oder es auf die Sprache applizierten, sowie andere über Verfassungssysteme oder die Umweltpolitik im europäischen Vergleich.

Was sich im Programm mehr oder weniger andeutete, machten die Gruppen, die zu dem Treffen aufgerufen hatten, in der Eröffnungsveranstaltung klar: es ging ihnen um die Beschwörung eines real existierenden, eines „lebendigen" und geschichtlich verwurzelten Nationalbewußtseins.

Der Einleitungsvortrag des Münchner Historikers Thomas Nipperdey setzte zu diesem Zweck bei dem historischen Wartburgtreffen an. Umsichtig, genau in die politische Landschaft der beginnenden Restauration plaziert, behutsam gereinigt von irgendwelchen Exzessen am Rande (mit der Bücherverbrennung z. B. soll die Mehrheit der damals Versammelten nichts zu tun gehabt haben) und damit auf seinen liberalen Kern gebracht, wird das Ereignis jener Studentenzusammenkunft auf dem für den Protestantismus so bedeutsamen Burgberg als Bezugspunkt präsentiert, von dem her sich ein bereinigter, gegen die Anfechtun-

gen seiner Geschichte immunisierter, neuer Nationalismus definieren lasse. Aber das Verfahren historisch relativierender Rekonstruktion, das — indem es Verständnis für seinen Gegenstand beansprucht — ihn doch auch notwendig in Distanz zur Gegenwart rückt, macht vor dem Kernbegriff der Nation Halt. Denn sobald der im geschichtlichen Horizont auftaucht, hat er sogleich die Qualität des Immergültigen. Der Historiker kann sich keine „Identität" (von „Identität" war an diesem Tag überhaupt viel die Rede, so als seien Zweifel, Unsicherheit, Brüche bei der Bestimmung der eigenen Position nicht zu ertragen) und kein stabiles Selbstbewußtsein vorstellen, ohne daß dafür „die Nation" den Resonanzraum bildete. Heftig bestreitet er, daß es gesellschaftliche Verhältnisse geben könnte — und doch wohl inzwischen gibt —,

die die nationale Identifikation als eine Orientierung entbehrlich machen. Vielmehr wird gegen die schlimmen Erfahrungen mit den politischen Horroreffekten (für die Initiatoren handelt es sich um „Entartungen" bzw. um „Mißbrauch") des Nationalismus die Besorgnis ins Feld geführt, ohne dieses Identifizierungsangebot könne sich keine verläßliche Staatsbürgerpsyche je ausbilden, ja ohne den Kondensator des Nationalgefühls drohe die politische Unberechenbarkeit des Landes.

Nun konnte dem Eröffnungsredner keiner vorwerfen, er habe die Katastrophen der Politik des Nationalstaates verschwiegen. Von seinem historischen Rückblick blieb jedoch am Ende nur die Beschwörung übrig: der neue Nationalismus dürfe nie wieder anmaßend, fremdenfeindlich, staatsfromm und militaristisch auftreten. Aber ist ein solches Postulat denn eine angemessene, irgendwie wissenschaftlich oder sonstwie vertretbare Konsequenz aus der Geschichte des deutschen Nationalstaats, seiner Kriegsunternehmen und politischen Verbrechen? Ist es nicht bloß verbaler Exorzismus der Gefahren, die man mit der Reinstallation des Nationalgedankens heraufbeschwört?

Es geht ganz offensichtlich um den Versuch, Normalität im Verhältnis zur Nation und ihrer Geschichte zu propagieren. Deshalb der ständige Verweis auf die westeuropäischen Demokratien und ihre vermeintlich ungebrochenere nationale Selbstdefinition. Nur, wie tragfähig ist denn dieses Muster angesichts der massiven Probleme mit Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß und vor allem angesichts der Auswirkungen des Nord-Süd-Gegensatzes, der sich in den ehemaligen Kolonialstaaten Frankreich und England einstweilen noch deutlicher manifestiert als hierzulande. Warum auch sonst die heftige Polemik gegen — nun wirklich liberale — Versuche (Nipperdey nahm sich den „Verfassungspatriotismus" von Habermas vor), eine Loyalität zum Staat nicht über den letztlich immer rassistischen Rückgriff auf die biologisch definierte Gemeinsamkeit der Nation, sondern als Verpflichtung auf gemeinsame politische Leitvorstellungen, eben eine parlamentarische Verfassung zu begründen?

Oder war schließlich das Ableiten in läppische Polemik, die Rede etwa von der Ablösung derer, die die „Wacht am Rhein" hielten, durch jene, die jetzt die „Wacht am Nein" betreiben, nur ein begrenzter Versuch in Rhetorik? Jedenfalls: Welche Vermengung des Nicht-Zusammengehörigen durch einen, der sich die klar- und weitsichtige Distanziertheit des Historikers zuspricht.

In den anschließenden Arbeitsgruppen war das Diskussionsklima allerdings anderer Art, so zumindest stellte es sich der beschränkten Beobachtungsmöglichkeit des Einzelnen dar. Teilnehmer aus der DDR waren offenbar nur sehr wenig da. Und Studenten aus der Bundesrepublik gaben durchweg Distanz, ja Unverständnis gegenüber einem Zusammengehörigkeitspostulat zu erkennen, das sich am Merkmal der Nation festmacht. Sie sahen eher regionale Zusammenhänge in Lebens- und Kommunikationsstilen als erfahrbar an und sprachen von Interessensgemeinsamkeiten, die mühelos die Grenzen der Nationen überbrückten. Sie artikulierten Befürchtungen über die möglichen politischen Effekte, die aus einer Haltung resultieren könnten, die überzeugt ist, daß in der Gesamtnation ein Heilmittel gegen die realen Defiziterfahrungen der Einzelnen zu finden sei. Auch das Argument bzw. die Annahme eines Bedürfnisses, sich von einer kulturellen Tradition, der „Kulturnation", umschlossen zu fühlen, wirkte alles andere als klärend, wenn dieser Begriff so dezidiert in politischem Zusammenhang benutzt wird.

Als Symptom jedoch ist diese Erwartungshaltung ernstzunehmen, die es in der DDR gerade bei ehemals politisch Aktiven gibt, daß nämlich die vereinte Nation die schützende Funktion einer sozialen Gruppe im Großen übernehmen könnte, in der alle Projektionswünsche aufgehoben und die Schwächen des Einzelnen zu kompensieren wären. Aber bietet sich solche Sehnsucht nach Gruppensolidarität, wenn sie einfach auf die Nation projiziert wird, nicht geradezu zur Legitimation einer künftigen deutschen Großmachtpolitik an? Und ist nicht überdies angesichts der bevorstehenden Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der DDR die Enttäuschung dieser Hoffnung auf Zusammengehörigkeit vorprogrammiert? Ein deutsch-deutscher Konsens war in dieser Frage auf der Wartburg nicht zu erreichen.

Dieter Seitz

Feministische Wissenschaft und Forschung

Kritisch versteh ich unsere Arbeit sowieso . . .

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Berichte interdisziplinärer Projektarbeit — Alternativen im/zum Wissenschaftsbetrieb" des Studentischen Instituts für Kritische Interdisziplinarität (SIFKI) war zu Ende des Wintersemesters *Uta Enders-Dragässer vom Frankfurter Institut für Frauenforschung (FIF)* zu Gast. Um uns ein näheres Bild von der Arbeit des FIF zu machen, einige der aufgeworfenen Fragen noch einmal und möglichst eingehender zu diskutieren, etwaige Miß- oder auch Unverständnisse vielleicht zu klären, führten Katharina Pühl und Michael Hintz Ende März ein weiteres Gespräch, aus dem wir hier Auszüge veröffentlichen.

Dies zielt nicht zuletzt darauf, daß feministische Wissenschaft und Forschung leider gerade auch von seiten der „aufgeklärten" universitären (nach wie vor von Männern dominierten) Linken kaum wahrgenommen wird. Im Anschluß an das Gespräch mit Uta Enders-Dragässer folgt eine kurze Diskussion exemplarischer Positionen zur Frage der Förderung von Frauenforschung.

Kritisch versteh ich unsere Arbeit sowieso . . .

Das Frankfurter Institut für Frauenforschung e.V. FIF (vormals Feministisches Interdisziplinäres Forschungsinstitut) wurde im Juli 1983 gegründet, um Wissenschaftlerinnen „von einem gesellschaftskritischen Interesse her", wie es im Anfang dieses Jahres vorgelegten Tätigkeitsbericht des Instituts heißt, feministische interdisziplinäre Forschung zu ermöglichen. Es sei nicht abzusehen gewesen, wann sich die Frauenforschung in der BRD jemals „ihrer gesellschaftlichen Relevanz und ihrer internationalen Bedeutung entsprechend" akademisch institutionalisieren ließe.

Uta Enders-Dragässer erläutert: „Wir haben damals ganz nüchtern gesehen: wir haben keine Chance innerhalb der Universität. Es war fast unmöglich, feministische Wissenschaft innerhalb der Universität zu machen, und zwar eben nicht nur als Lehre — und wenn die Lehre schon sehr schwierig war, Forschung schien uns noch schwieriger zu sein. Wir hatten auch keine Lust, für eine befristete Zeit an einem Drittmittelprojekt zu arbeiten und danach keine materielle Basis zu haben. Wir haben an Beispielen, wie etwa in Bielefeld oder Berlin, wo Zentren für Frauenforschung im Entstehen waren, auch gesehen, mit was für einer ungeheuren Energie die Frauen dort arbeiten mußten, um wenigstens diese Zentren in Universitäten aufbauen zu können. Da haben wir uns für den autonomen Weg entschieden. Für uns war von Anfang an klar: es muß ein autonomes Forschungsinstitut sein — wir wollen ein richtiges Institut gründen und wollen dann mal sehen, ob wir es wirklich auch zum Laufen bringen, daß wir uns qualifiziert als Wissenschaftlerinnen im Rahmen dieses Instituts ernähren können, es aufbauen können als Möglichkeit, Frauenforschung außeruniversitär zu betreiben."

Die Palette der im Rahmen des FIF abgeschlossenen bzw. laufenden Projekte ist breit: *Ulrike Teubners* 1989 im Campus-Verlag veröffentlichte Untersuchung über die Zugangsbedingungen von Frauen zu qualifizierter Erwerbsarbeit befaßt sich u.a. mit dem Stellenwert der neuen Technologien für die Veränderung traditioneller Typisierungen von Berufen sowie Maßnahmen zur Erweiterung der Qualifikationsmöglichkeiten für Frauen in diesem Bereich (siehe dazu auch das Konzept und die Arbeit des Frankfurter Softwarehauses von Frauen für Frauen und Mädchen); unter der Leitung von *Christina Klose* wurde für die hessische Frauenbeauftragte eine Studie „Zur Situation von Mädchen der offenen Jugendarbeit" erstellt; die „Interaktionsstudie" (1989 bei Juventa erschienen) und die „Jungenexpertise" von *Uta Enders-Dragässer* und *Claudia Fuchs* haben zum Ergebnis, daß bei den bisherigen Formen koedukativer Praxis in schulischen wie außerschulischen Einrichtungen geschlechtsspezifische Benachteiligungen bzw. Förderungen eine „Gleichwertigkeit der Geschlechter" verhindern. Darüberhinaus wurden Studien über die Bedrohung von Frauen und Mädchen, Untersuchungen zur Mädchenarbeit oder die Erarbeitung einer Bedarfs- und Entwicklungsplanung für Kinderbetreuung in Frankfurt erstellt beziehungsweise sind in Arbeit.

Hinter dieser beachtlichen Bilanz der Institutsfrauen verbirgt sich jedoch ein eminentes Problem. Dazu **Uta Enders-Dragässer:** Wir haben nicht realisieren können, was wir ursprünglich machen wollten — *Grundlagenforschung*. Wir sind nach wie vor ganz stark mit *Auftragsforschung* beschäftigt. Das liegt daran, daß uns die notwendige Basisfinanzierung, die die anderen Wissenschaftseinrichtungen alle haben, fehlt. Beispielsweise können wir deshalb auch kein Projekt bei der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) machen, weil uns schon die Vorlauffinanzierung fehlt, damit eine Frau mehrere Monate voll bezahlt allein an dem Antrag arbeiten kann. An den Universitäten läuft das normal so — wir machen das immer während des laufenden Projektgeschäfts, unbezahlt nebenher oder wie auch immer. Wir können das ohne Zusatzfinanzierung überhaupt nicht leisten, eine verrückte Situation.

diskus: Der Faktor Geld funktioniert so als Teil der herrschenden *Ausschlußmechanismen* im Wissenschaftsbetrieb. Kommt Ihr denn so überhaupt dazu, irgendwo einmal stringent den theoretischen „roten Faden" aufzunehmen und festzuhalten, den jeweiligen Forschungsansatz systematisch zu entwickeln?

Uta Enders-Dragässer: Wenn wir Frauen mehr Geld bekämen und nicht so hart darum kämpfen müßten, dann wäre noch unendlich viel mehr passiert, als so schon zustande kam. Es ist für mich immer wieder faszinierend zu sehen, was von Frauen aufgebaut worden ist unter diesen Bedingungen und wie unverändert Jahr für Jahr weiter um die Existenz der aufgebauten Einrichtungen gekämpft werden muß. Wenn Kürzungen anstehen — wohin wird zuerst geguckt? Auch wenn es dann vielleicht nicht durchgeht, weil der Widerstand von Frauen zu groß war, kommt dadurch immer wieder soviel Unsicherheit rein, daß

wir allein von daher nur sehr, sehr schwer gute mittelfristige, geschweige denn langfristige Perspektiven entwickeln können. Das ist nicht drin. Insofern sind wir mit unserem Institut sehr kühn.

diskus: Aber die Entwicklung Eures Projektes, die diversen Projektaufträge zeigen ja auch, daß in bestimmten Bereichen der Politik Eure Arbeit akzeptiert und anerkannt wird. In gewissem Sinne macht Ihr doch teilweise mit den Ergebnissen Eurer Arbeit auch ganz konkrete 'Politikberatung'.

Uta Enders-Dragässer: Das Wort ‚Politikberatung' ruft oft Assoziationen hervor, die der Sache nicht gerecht werden. Der 6. Jugendbericht der Bundesregierung zur Verbesserung der Chancengleicheit von Mädchen ist ein klassisches Beispiel dafür. Er ist entstanden aus einer Bewegung in der Praxis. Da waren schon vor einigen Jahren Frauen mit Problemen der Koedukation in der offenen Jugendarbeit konfrontiert und haben gesehen, daß da irgendetwas total schief lief, daß die Mädchen untergebuttert worden bzw. auch rausgegangen sind aus den Einrichtungen, daß die also mit den Füßen abgestimmt haben — weg waren sie. Diese Frauen haben ihr Problem nun in alle möglichen Zusammenhänge eingebracht, in den gewerkschaftlichen, den parteipolitischen, den kirchlichen Bereich, so daß eine zunehmende Basis da war von Unzufriedenheit mit bzw. in der Praxis, mit der Forderung: hier muß doch eigentlich etwas passieren. Diese Sache ist auf der politischen Ebene aufgegriffen worden, weil es nicht angehen kann, daß die Mädchen aus diesen Einrichtungen wegbleiben. So ist diese Kommission zustandegekommen, sind die Expertisen verteilt worden. Und die Expertisen konnten in dieser Breite auch nur gearbeitet werden, weil die Diskussion unter den Frauen in der Praxis schon so weit war, daß sie die Wissenschaftlerinnen auch schon voll erreicht hat. Es kam ein Ergebnis zustande auf einer sehr breiten Basis, das sämtliche vorherigen Erkenntnisse über Sozialisation über den Haufen geworfen hat, mindestens was Mädchen und deren Lebensrealität anbetrifft — vollkommen neue Daten, Erkenntnisse, neue Fragestellungen mit der Konsequenz, daß die damalige Regierung diesen Bericht so nicht veröffentlichen wollte, aber ihn veröffentlichen mußte, weil sie einfach einen solchen Druck bekam, daß es dann auch öffentlich gemacht wurde. Er ist ja dann damals nicht gebilligt worden.
Das sind die Prozesse, die laufen: Es fängt in einem Praxisbereich an und geht in unendlich vielen ganz kleinen Vermittlungsschritten in allen möglichen Bereichen weiter. Aber so eine Entwicklung läuft an der Universität vollkommen vorbei — der Druck ist im politischen Bereich da, an der Universität ist oft kein Druck, denn die wenden sich nicht an die Universität. Wenn die Veränderungen haben wollen, wie damals in der außerschulischen Jugendarbeit, dann läuft das über die üblichen Institutionen, von denen aus Jugendarbeit gestaltet wird, seien es auf der kommunalen Ebene die Jugendämter, dann das Landesjugendamt etc... Und dann sorgen auch diese Institutionen mit dafür, daß was passiert, daß die Geschichte untersucht wird. Aber die Uni wird in diesem Sinn gar nicht angesprochen, es sei denn, es sind Leute, die in diesen Bereichen sich auch politisch betätigen.

diskus: Wie kommt es, daß diese Anerkennung im politischen nicht auch für den wissenschaftlichen Bereich gilt, sich auch dort „auszahlt"? An für feministische Wissenschaft interessanten, als wichtig erkannten Fragen und Problemen fehlt es ja offensichtlich nicht.

Uta Enders-Dragässer: Nein, sicher nicht. Es gibt im Gegenteil in einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen Bereichen einen *enormen Bedarf* an Frauenforschung, an Forschung, die explizit auf die Realität von Mädchen und Frauen eingeht, die also Männer und Frauen nicht einfach geschlechtsneutral in ein und dieselbe Schublade steckt, sondern sehr genau guckt, wie betrifft das Frauen, wie betrifft das Männer, und was spielt sich zwischen beiden ab. Im Politikbereich wird an dem, was an Aufträgen erteilt wird auf Bundes-, Landes- oder, was bei uns eine Rolle spielt, auf kommunaler Ebene, deutlich: der Bedarf ist riesengroß. Auf den wir mit unserer Arbeit auch eingehen können, was im Unibereich zum Teil so nicht möglich ist. Wobei uns, wenn wir z.B. *maßnahmenorientiert* arbeiten können, ein Stück weit vorgeworfen wird, daß unsere Forschung nicht wissenschaftlich genug ist, nicht theoretisch, d.h. systematisch genug, und dergleichen mehr.

diskus: Akzeptanzprobleme gibt es also eher auf seiten des universitären Wissenschaftsbetriebs als bei den doch auch meist männlichen Politikern?

Uta Enders-Dragässer: Die Akzeptanz muß natürlich zuerst einmal bei uns selbst klar sein — das ist ganz wichtig. Es war ein Start, daß wir an unsere Arbeit geglaubt haben, daß wir es erst einmal hingenommer. haben, daß andere wenig damit anfangen konnten. Und dann ist es bei den Projekten so, daß wir einfach versuchen müssen, über die Anträge für dieses Problem zu interessieren. Dies ist zum Glück im Politikbereich viel einfacher als im akademischen Wissenschaftsbetrieb, weil der Handlungsbedarf in der Politik schon früher deutlich wird. Eine ganz wichtige Erkenntnis ist, daß wir derzeit wirklich eher eine Kommune, ein Landes- oder Bundesministerium für Fragestellungen interessieren und dafür dort auch Geld lockermachen können, als beispielsweise die DFG oder sonstige Wissenschaftsinstitutionen, auch die Uni. Es gibt eine ganz schöne Diskrepanz zur angeblichen Liberalität, Offenheit, Freiheit der Wissenschaft etc...
....
Unsere Art zu arbeiten ist ja sehr stark *Handlungsforschung* in ihrem besten Sinn. Wir haben es dabei zum Teil mit einer sehr viel anspruchsvolleren Arbeit zu tun, die einfach anstrengender, diffiziler, komplexer als die Grundlagenforschung ist, weil wir uns wirklich auf die Realität zu ‚beziehen' versuchen, nicht zuletzt eben auch mit dem Ziel, sie nicht nur kritisch zu beleuchten, sondern neben den Notwendigkeiten auch die Möglichkeiten für konkret greifende Veränderungen aufzuzeigen. Mir ist inzwischen klargeworden, daß wir hier einige ganz schön schwierige Projekte durchführen und daß wir, wenn wir jetzt etwas Grundlagenorientiertes zu ähnlichen Fragestellungen machen würden, es manchmal viel einfacher haben könnten: Wir könnten uns in Ruhe an ein Thema setzen, und wir müßten nicht nach allen Seiten vermitteln, erklären, erheben, und das wieder neu vermitteln und dergleichen. Es sind vollkommen andere Arbeitsprozesse. Aber bei uns — und das ist schon ein sehr deutsches Phänomen — ist ja nun einmal Wissenschaft nur das, was ‚theoretisch' ist, abstrakt, möglichst noch eine Exegese braucht etc. In dem Augenblick, wo du verständlich schreibst, für Laien verständlich schreibst (was eine Leistung ist), wo du versuchst, etwas so klar darzustellen, daß es nachvollzogen werden kann von jemand aus dem entsprechenden jeweiligen Praxisfeld, wird das schon nicht mehr als eine derartige Wissenschaftsleistung angesehen.

diskus: Ist das nicht teilweise die alte Diskussion um Wissenschaft, insbesondere Sozial'wissenschaft', überhaupt und die Problematik von kritischer Sozial'forschung'? Nicht nur im Sinne der Differenz von immer schon ‚etablierter' Wissenschaft (mit ihrem Kanon an Kriterien ‚wirklicher Wissenschaftlichkeit') und der dagegen allein schon aus ihrem konkreten Materialbezug notwendig immer kritischen, das heißt für die Wissenschaft problematischen, weil unter Umständen quergehenden, ‚innovativen' Forschung — viel zugespitzter stellt sich das für in die sozialen Auseinandersetzungen bewußt und direkt intervenierende, also ‚parteiisch' sich verstehende Wissensproduktion, die Bestandteil konkreter Kritik der herrschenden Verhältnisse von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung etc. sein will. Stellt diese nicht gleich auch den ganzen ideologischen Bezugsrahmen von ‚Theorie' und ‚Wahrheit', ‚Objektivität' und dergleichen mehr in Frage?

Uta Enders-Dragässer: Ich denke, daß ist ja ganz legitim, vom Theoretischen herzukommen, also auch auf einer gewissen Abstraktionsebene zu arbeiten. Ich selber neige nur dazu — wahrscheinlich durch die Institutssituation —, die Fragen immer von der praktischen, d.h. forschungspraktischen Seite zu betrachten.

diskus: Dann direkter auf Eure Institutsarbeit bezogen: Ihr schreibt in Eurem Tätigkeitsbericht, feministische Wissenschaft lasse sich ‚weder über das Thema Frau noch über eine spezifische Methode oder eine bestimmte Disziplin eingrenzen. Sie bedarf anderer Zugangsweisen und anderer Formen der Reflexion, um ihren jeweiligen Forschungs- und Erkenntnisgegenstand adäquat zu erfassen.' Etwas weiter heißt es: ‚Die *Setzung von Geschlecht als analytische Kategorie* bedeutet eine Neudefinition von wissenschaftlichen Kategorien, Verfahren und Theorien in allen Disziplinen.' Und dann unten: ‚Feministische Wissenschaft arbeitet historisch-ganzheitlich. Sie hat alle Lebensbereiche zum Gegenstand ihrer Erkenntnis und schließt alle Wissenschaftsdisziplinen mit ein. Sowohl die Begriffsbildung wie auch die Methodologie ist vom Ziel gesellschaftlicher Veränderung mitbestimmt. Ihr Erkenntnisinteresse zielt notwendigerweise auf die Aufhebung von Herrschafts- und Machtverhältnissen.'
Welche Bedeutung haben für Euch in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzungen um eine ‚kritische Interdisziplinarität', so wie das an den Unis verstärkt nach dem Streik 88/89 diskutiert wird? Gibt es da Berührungs-, Anknüpfungspunkte in der Art der Problematisierung mit Euren Ansätzen feministischer Sozialforschung?

Uta Enders-Dragässer: Kritisch verstehe ich unsere Arbeit natürlich sowieso, weil's Frauenforschung ist. Ein Beispiel für *Interdisziplinarität* ist für mich in meiner eigenen Arbeit, in der Schulforschung, wenn ich die Hausarbeit der Mütter miteinbeziehe bzw. über die Hausaufgabenpraxis in den Mittelpunkt stelle. Aber das wird unter Umständen von einer Theoriediskussion überhaupt nicht als etwas Derartiges wahrgenommen, daß ich wirklich zwei Fachdisziplinen in einer Weise zusammenbringe, daß keine dieser Fachdisziplinen damit klarkommt, so daß ich in diesem Forschungsbereich zwischen den Stühlen sitze. An so einer Stelle wird für mich als Person ganz praktisch an der Realität etwas klar: Ich bin dann keine normale Schulforscherin mehr oder Erziehungswissenschaftlerin, weil ich mich ja auf einmal mit Hausarbeit, gerade auch dieser unbezahlten Arbeit von Frauen im Zusammenhang mit Schule befasse. Da werde ich im günstigsten Falle für eine Außenseiterin gehalten — aber das ist ganz einfach nur ‚interdisziplinär' und notwendig, um die Situation der Frauen adäquat zu begreifen, eben auch aus einer Frauenperspektive. Eine solche Grenzverletzung kann schlecht nachvollzogen werden im etablierten Wissenschaftsbetrieb.

Da ist aber noch ein anderer ganz wichtiger Punkt bei der Frage nach der Interdisziplinarität. Ich merke, daß sie mir nicht genug auf den Nägeln brennt bzw. daß für die Art und Weise, wie ich wissenschaftlich arbeite nicht so sehr entscheidend ist, ob bzw. daß ich da nun ‚interdisziplinär' arbeite. Aber der *Praxisbezug*, der da zum Tragen kommt, ist für mich ein ganz wesentlicher, entscheidender Punkt. Und da habe ich auch inzwischen das Gefühl, so wie sich Frauenforschung entwickelt hat, daß es da jeweils auch so etwas wie eine persönliche Entscheidung gibt, daß die einen im akademischen Raum bleiben und Frauenforschung akademisch betreiben (diese Entwicklung sehe ich immer deutlicher) und es anderen — und zu denen rechne ich mich —, eben ganz stark um diesen Praxisbezug geht. Die wollen Theorie und Praxis zusammenbringen mit dem Ziel, die Praxis nicht nur zu erkennen, was ja auch schon sehr viel ist, sondern auch auf sie einwirken zu können, Veränderungen möglich machen zu können. Das scheint oft als nicht mehr genügend wissenschaftliche Arbeit empfunden zu werden. Aber das ist etwas, was mich sehr befriedigt und wo ich denke, daß die Frauenforschung wirklich auch eine ganze Reihe von Instrumenten dafür zur Verfügung stellt.

....

Was dabei nicht vergessen werden sollte: Frauenforschung oder *feministische Forschung ist im Rahmen der Frauenbewegung entstanden*, und zwar international. Auch bei uns in der Bundesrepublik haben wir diese Art von Wissenschaft erst einmal außerhalb der Universität betrieben. Über Einzelpersonen ist sie dann in die Uni hineingekommen, die wichtigen Arbeitszusammenhänge gab es erst mal außeruniversitär. Sie entwickelten sich erst später stärker in die Uni hinein und sind darüber auch insgesamt akademischer geworden. Aber auf Bundesebene sind wir quasi in diesem ursprünglichen, angestammten Bereich dringeblieben und haben jetzt eine *Vernetzung* nicht nur innerhalb dieses außeruniversitären Bereichs, sondern auch mit den Frauen im universitären Bereich, die dort Dauerstellen haben, oder auch mit Frauen, die in Mittelbaustellen ein paar Jahre wissenschaftlich arbeiten können und dann wieder rausmüssen. Das ist aber für unsere Arbeit nur der eine Bereich, das andere aber ist für mich auch enorm wichtig gewesen: die Erfahrung in einem *internationalen Zusammenhang*, der aus der Frauenbewegung heraus sich entwickelt hat. Dort mitzuarbeiten, bedeutet auf jeden Fall auch besser einschätzen zu können, wie wir eigentlich in der Diskussion international, beispielsweise im englischsprachigen Raum (USA, Australien, Großbritannien), im skandinavischen Raum und wo wir in der Bundesrepublik stehen. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Entwicklung hier ganz stark relativieren — wir sind ziemlich weit hinten. Nicht unwesentlich ist da die Sprachbarriere: Wenn ich international rezipiert werden möchte, dann muß ich englisch schreiben. Es ist einfach nicht möglich, vom Deutschen her in den internationalen Raum meine Vorstellungen einzubringen. Umgekehrt heißt das natürlich auch, daß hier mehr englischsprachige Sachen gelesen werden müssen, um den internationalen Forschungsstand mitzukriegen. Das wird an den Universitäten noch viel zu wenig miteinbezogen.

diskus: Kommen wir zurück zu Eurer konkreten Projektarbeit und den Erfahrungen, die Ihr dabei macht. Wie ist die konkrete Resonanz, welche Rückmeldungen bekommt Ihr, was verändert sich durch Eure Arbeit konkret vor Ort?

Uta Enders-Dragässer: Eine Rückmeldung ist, daß Frauen aus dem Praxisfeld damit etwas anfangen können, was wir machen, daß es sie enorm in Bewegung bringt, weil es ihnen die Möglichkeit gibt, zum einen ihre eigene Sicht, ihre eigene Wahrnehmung zu verändern, also etwas, was ihnen vorher nicht klar war, sich dann klar zu machen. Und

von daher dann entweder anhand dessen, was wir an Veränderungsmöglichkeiten aufgezeigt haben, jetzt in der eigenen Praxis anders arbeiten, oder aber auch selbst aufgrund der neuen Sicht für sich neue Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Eines spielt da immer wieder eine ganz große Rolle: Wenn so etwas Diffuses — und es ist oft erst einmal so ein Unbehagen —, wenn das auf den Punkt gebracht werden kann über eine Benennung, daß wir dann meinetwegen einen Vorschlag machen können, das und das spielt sich hier ab, so daß die Frauen dann daran anknüpfen können und so dann auch stärker politisch mit ihrer Praxis umgehen können. Die andere Seite ist die, daß ein Stück weit auch von Männern auf diese Ergebnisse reagiert wird, nicht mehr mit bloßem Nichtverständnis, sondern da wird offensichtlich etwas für sie deutlich. Zum Teil in der Weise, daß sie sich Verhaltensweisen bei sich klarmachen können, die ihnen zum Teil nicht sehr lieb sind. Also von daher auch gefordert sind, an sich zu arbeiten. Klar, daß es da auch zu entsprechenden Abwehrreaktionen kommt, aber nicht nur das, auch zu Diskussions- und zu Vermittlungsprozessen.

diskus: Welches sind die für Eure Arbeit wesentlichen Bezugspunkte, was heißt ‚anwendungsorientiert' und ‚betroffenenorientiert'?

Uta Enders-Dragässer: Es sind nicht einfach Betroffene, sondern wirklich Einzelpersonen, die in einer bestimmten gesellschaftlichen Realität stehen, über die wir so viel wie möglich erfahren wollen. Wir fragen deshalb nach dem Geschlecht, weil wir die Meinung vertreten, daß sich Frauen *in anderen sozialen Bezügen mit einer anderen Lebensperspektive* bewegen, daß die jeweilige Situation übers Geschlecht sehr grundlegend different ge- und erlebt wird. Uns ist immer auch der Kontext der einzelnen Situation sehr wichtig, das soziale Nahfeld. Das ist auch so eine Herangehensweise, die an der Universität in der Weise normalerweise einfach nicht üblich ist: eine Orientierung am Geschlecht, eine Orientierung an der Einzelperson, eine Orientierung an der konkreten Situation ...
Und das immer mit der These, daß alles auch ganz anders sein kann: Wir nehmen bspw. an, daß für Mädchen in der und der Situation das und das gilt oder für Frauen das und das, aber wir wollen doch mal gucken, ob es nicht vielleicht auch ganz anders ist. Weil wir einfach noch nicht genug darüber wissen, was sich da abspielt. Da ist Offenheit, Neugier, eine ungeheure Neugier. Das macht es dann auch immer wieder spannend, das Gefühl, immer wieder auf Neuland zu sein, ganz überraschende Sachen feststellen zu können.

diskus: Also gibt es für Euch keine verbindliche methodische Linie und inhaltliche Zurichtung?

Uta Enders-Dragässer: Im Projekt muß es schon einen *inhaltlichen Konsens über die Methoden* geben. Auf der anderen Seite muß aber auch klar sein: Feministische Forschungsarbeit kann wirklich von unterschiedlichen Ausgangspunkten her erfolgen. Es gibt da nicht *einen* breiten Konsens, außer dem, daß die Frauenperspektive eindeutig ist und daß die Arbeit, die Ergebnisse immer auf die Hauptfragestellung bezogen diskutiert werden müssen. Manche Fragestellungen, die sich oft erst in der Arbeit entwickelt haben, müssen dann u.U. auf ein weiteres Projekt vertagt werden.
Es stellt sich immer die Frage: Was wollen wir machen, was sollen wir machen? Die Projekte bewegen sich natürlich immer in einem bestimmten Rahmen und da heißt es manchmal schon, eine Sache im Moment einfach nicht in der an sich wünschenswerten Genauigkeit einbeziehen zu können, weil wir es finanziell und auch zeitlich so nicht leisten können. Das sind Auseinandersetzungen, die bis in die sprachliche Gestaltung von Texten gehen. Es müssen dann Entscheidungen getroffen werden, ob wir z.B. Texte in einer integrierten Weise schreiben, wo wir uns dann auf den einzelnen Satz verständigen, oder ob wir das aufteilen und additiv arbeiten.

diskus: Welche Kriterien habt Ihr, um zu sagen, dieses wollen wir machen und jenes nicht, wenn Euch Projekte angetragen werden? Wie geht Ihr mit der Diffusität der Fragestellung am Anfang eines Projektes um?

Uta Enders-Dragässer: Entscheidendes Kriterium für die Annahme oder Ablehnung eines Projekts ist uns die Beantwortung der Frage, wie es sich auf die Realität von Frauen bezieht, inwieweit ein Blick auf Realität verwirklicht wird, der das Geschlechterverhältnis berücksichtigt, die geschlechtliche Arbeitsteilung. Du merkst das sehr schnell an der Art und Weise, wie etwas erläutert wird und kannst dann mit der Frau, die den Antrag stellt, darüber sprechen. Vielleicht hat sie ihre Vorstellungen noch nicht adäquat formulieren können und präzisiert dementsprechend, oder aber auch es stellt sich heraus, daß sie letzten Endes doch eher traditionell, d.h. eher geschlechtsindifferent arbeiten möchte — dann ist das FIF nicht der richtige Ort für sie, dann ist es besser, sie geht woanders hin. Ansonsten: Mögliche Felder sind natürlich Frauenarbeit, der ganze Sozialisationsbereich, Gewaltforschung etc.; es können auch Themen sein, die auf den ersten Blick vielleicht nicht unbedingt geschlechtsspezifisch zu sein scheinen, wie z.B. Verkehr und Wohnen — dann finden wir das gut und unterstützen auch solche Antragsentwicklungen hier.
Getragen wird diese Phase der Antragsgestaltung letztlich jedoch hauptsächlich von den einzelnen Frauen, die in einer ganz bestimmten Weise arbeiten wollen, sich dafür entschieden haben, damit auch immer gegen anderes entschieden haben. Für die Antragsentwicklung brauchen wir dann z.T. wirklich intensive monatelange Arbeit.
Klar ist, es geht nicht, einfach x-beliebige Frauen unter dem Dach des Instituts als Trägereinrichtung zu versammeln. So funktioniert es nicht — wir können nicht beliebig erweitern. Frauen, die hier arbeiten, müssen sich auf eine Gruppe einlassen wollen und können, auch wenn diese immer wieder aufgrund der unterschiedlichen Projekte wechselt. Klar ist aber auch: Wir selber müssen noch besser als bisher lernen, Frauen diesen Zugang zur Gruppe auch zu ermöglichen. Dabei müssen wir uns allerdings auch noch genauer darüber klar werden, was Frauen mitbringen sollten, wenn sie hier arbeiten. Von den Projekten her, z.B. im Bereich Frauenarbeit, wird uns nur deutlicher, daß ein gründliches sozialwissenschaftliches Know how, gerade auch in Richtung Empirie und Statistik, dazugehört. Wenn wir versuchen, vorhandenes erhobenes, z.B. statistisches Material jetzt in irgendeinem Praxisfeld auf die Realität von Mädchen oder Frauen zu beziehen, dann sehen wir, wieviel an Arbeit da noch geleistet werden müßte, wie vieles noch nicht auf den Punkt gebracht worden ist, wie sehr wir eigentlich erst einmal dafür interessieren müssen, daß dies ein Bereich ist, der in einer viel realitätsangemesseneren Weise erhoben werden mußte.

Förderung von Frauenforschung — aber wie?

Autonomie und/oder Integration

Der „Marsch durch die Institutionen" könnte das — nicht ganz neue — Label für alle Gleichstellungspolitik sein. Aus der Frauenbewegung wurde dabei aber immer schon beargwöhnt, daß mit der Gleichstellung von Frauen bloß *formalen* Kriterien des Gleichheitsgedankens genügt würde, mit der aber einer strukturell bedingten Diskriminierung von Frauen nicht wirksam begegnet, die solcher Art nicht einmal adäquat thematisiert werde. — Quotenregelungen etwa als Instrument dieser Politik greifen zu kurz, indem sie bloß zahlenmäßige Gleichheitsverhältnisse von Frauen und Männern in Institutionen, Politik, Lehre, Forschung und Betrieben herzustellen versuchen. Der Umstand, daß Leistungsanforderungen für Frauen, etwa in Stellenausschreibungen und Bewerbungsverfahren, weiterhin über männlich dominierte Kriterien definiert und bemessen werden, bleibt dabei unberücksichtigt. Lebensbedingungen und Alltag von Frauen und die Schwierigkeiten, Beruf und Kinder(wünsche) „in Einklang" zu bringen, wird so nicht Rechnung getragen. Doch ist eine Gleichstellungspolitik deshalb ganz zu verwerfen? Kann frau nur von „außen" und aus Frauenzusammenhängen Veränderungen erkämpfen? Diese Frage hat zu Auseinandersetzungen feministischer Wissenschaftlerinnen im Frühjahr 1989 geführt, die in der taz dokumentiert sind und die grundsätzlich das Dilemma beschreiben, in dem (autonome) Frauenforschung sich oftmals befindet. Anlaß waren mehrere Tagungen zum Thema Frauenforschung und deren Krise, insbesondere jene in Berlin am 15./16. Dezember 1988 unter dem Titel „Chancen und Möglichkeiten bundesweiter Fördermodelle".

Das Ziel, die „Integration von Frauen in Beruf, Wissenschaft, Forschung und Kultur durchzusetzen" [1], und die Forderung nach „Anerkennung und Etablierung weiblicher Forschungsfragen und Wissenschaftsinteressen" kann noch gemeinsam formuliert werden. Aber wie soll der Weg dahin aussehen? Erheben Barbara Schaeffer-Hegel und Helga Foster berechtigt den Vorwurf, autonome Frauenforschungsinstitute agierten defensiv, indem sie Sondermittel für Frauenprojekte forderten, statt in allgemeinen Gremien zur Wissenschaftsförderung (etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft) mitzuwirken, dort ihren Platz sowie Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte einzuklagen? Es sei an der Zeit, „die lila Kuschelecke zu verlassen und die politische Auseinandersetzung auf einer allgemeinen Ebene anzugehen" — gemeint sind Bund- und Länderkomissionen und deren Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen. Das rief Widerspruch unter anderem von Carol Hageman-White und Karin Hausen hervor [2], die nur eine *Doppelstrategie* für sinnvoll halten: Allein die Zweigleisigkeit von Autonomie und Integration sei die entscheidende Bedingung für eine „Frauenwissenschaft, die mehr will als Eintrittskarten zu relativ gutbezahlten Beschäftigungspositionen". Die *ausschließlich* integrative Wissenschaftspoli-

tik, wie Schaeffer-Hegel/Foster sie starkmachen, falle zurück in die Abwehr aller Autonomiebestrebungen von Frauen. Feministische Forschung sei in den frühen siebziger Jahren vielmehr aus der Begegnung zwischen autonomer Frauenbewegung und den Erfahrungen von Entfremdung und Ausgrenzung innerhalb der von Männern dominierten Hochschulen entstanden. Und zum Selbstverständnis feministischer Wissenschaft gehöre deshalb noch immer, aus dem *Spannungsverhältnis zwischen politischer Praxis, Integration und Absonderung im etablierten Wissenschaftsbetrieb* produktive Energien zu schöpfen. Die Devise der Doppelstrategie ist deshalb: Stabilisierung der Autonomie (also autonomer Frauen-Arbeitszusammenhänge durch finanzielle Förderung und Netzwerke) und gleichzeitige Erhöhung der Akzeptanz in den Wissenschaftsinstitutionen, ohne den Weg einer partiellen Verstaatlichung einschlagen zu müssen. — Für die Arbeit bedeutet das inhaltlich die Abkehr von der „abgeleiteten Identität" und stattdessen die Verwirklichung eines eigenständigen weiblichen Diskurses und einer eigenständigen Frauenkultur.

Verschiedene Frauenforschungsprojekte wie das Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum FFBIZ Berlin, die Frauenakademie in München, das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel, das Frankfurter Institut für Frauenforschung FIF haben sich inzwischen in der BAFF (Bundesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauenforschungseinrichtungen) zusammengeschlossen. Dabei zielen die jeweilige Projektarbeit und dieser Zusammenschluß darauf, sowohl angesichts weniger bezahlter Stellen für Frauen an Universitäten und in Drittmittelprojekten *überhaupt* als Feministinnen wissenschaftlich arbeiten zu können als auch Arbeitsbedingungen zu suchen , die *nicht fremdbestimmt* und patriarchalen Bevormundungen unterworfen sind. Dies, so Eva Brinkmann to Broxten, „ist eine Antwort auf die übliche akademische Ausbildung, die eine Anpassung an die Regeln männlicher Wissenschaftsdiskurse verlangt, d.h. an die Aufteilung menschlichen Wissens in streng voneinander unterschiedenen Disziplinen, an die Trennung zwischen dem forschenden Subjekt und dem Forschungsgegenstand als Objekt, an eine Vorstellung von Natur, die diese ganz dem Willen und der Verfügung des Menschen unterwirft, an das Gebot der ‚Objektivität' usw." (3)

Selbstorganisierte Projekte wie das FIF können weibliche Lebensformen, zu denen eben auch die nicht mit „Erwerb" verbundene Arbeit wie Familienarbeit rechnet, berücksichtigen und als eigene Qualifikation aufwerten. Das ist in den üblichen Beschäftigungsverhältnissen in Wissenschaft und Arbeitsleben bisher nicht denkbar, muß vielmehr als Ziel von Frauenförderungspolitik eingeklagt werden. In Frauenprojekten ist es eher möglich, andere Strukturen, einfach die, „die Frauen für effektiv und angenehm halten" (to Broxten, 29), zu entwickeln. Kooperationsbereitschaft unter den Frauen und die Gestaltung der Innenbeziehungen spielen dabei eine große Rolle — eine größere als der Erwerb von Statussymbolen.

Explizite Diskriminierung bezeichnet den erschwerten Zugang von Frauen zu Forschungsarbeit und in universitäre Stellen, aber auch die Forschungsinhalte sind davon betroffen und der ‚Habitus' derer, die sie betreiben. Dies ist oft ein strukturell bedingter, weniger schnell dingfest zu machender Umstand. — Erika Bock-Rosenthal hat sich mit der Rolle der Frauen in der Denkwelt und im Wissenschaftsbereich befaßt (4) und untersucht die vorhandenen Diskriminierungsmechanismen. Die „Gesellschaft in uns" (Pierre Bourdieu) spiegelt danach verinnerlichte Koordinaten wieder, mit denen männliche und weibliche Verhaltens- und Sprechweisen, Ideen, Gedanken, Gefühle, Bewertungen beschrieben werden können, die die jeweilige soziale Identität ausmachen und die die unterschiedlichen Perspektiven auf objektiv gleiche soziale Tatsachen bedingen. Dies führt zu geschlechtstypischen Bewertungen mit den entsprechenden Zuschreibungen von aufgewerteten männlichen und abgewerteten weiblichen Eigenschaften.

Geschlechtsbezogener Ungleichheit — manifest in männlicher und weiblicher Arbeits(zu)teilung und der Tatsache, daß Reproduktions- und „Familienarbeit" nicht anerkannt, sondern von Frauen immer noch stillschweigend erwartet werden — muß Frauenförderungs- und Gleichstellungspolitik entgegenwirken. Sie bewegt sich dabei notwendig in dem Zwangsverhältnis, die herrschenden gesellschaftlichen Spielregeln anerkennen zu müssen, um dort überhaupt konkrete Veränderung kritisch ansetzen zu können, indem sie den „Umtauschkurs für weibliche Qualifikationen zu verbessern" sucht (Bock-Rosenthal, 39).

Konkrete Forderungen bestehen also sowohl in der Durchsetzung von gleichen Rechten, Quotenregelungen und einer Gleichstellung(spolitik), die durchaus Institutionalisierung anstrebt wie Frauenbüros, Frauenbeauftragte usw., um überhaupt Raum für Frauen zu schaffen. Als strategisches Argument kann gelten, daß Frauenpolitik um so mehr Eigendynamik entwickelt, je ‚selbstverständlicher' sie wird. Weit darüber hinaus muß für Erika Bock-Rosenthal — und dies scheint nach wie vor der Betonung zu bedürfen — „Frauenförderung = Gesellschaftsveränderung" sein. Wenn gesellschaftliche Spielregeln (wobei dies eine euphemistische Formulierung für harte politisch-ökonomische Machtverhältnisse ist) nicht so einfach und nicht in kurzer Zeit, „umgeworfen werden können, so ist es umso wichtiger, so viele Freiräume wie nur möglich zu schaffen, in denen Frauen ihre eigenen Spielregeln aufstellen können" (Bock-Rosenthal, 40). Diese „Freiräume" sind aber als Ansätze und Ausdruck einer möglichen Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse zu nutzen, um über notwendige Bewußtseinsbildung (gerade auch der Männer!) und institutionellen Umbau, über die Neubewertung von privater Reproduktionsarbeit und Transformationen im Bereich der anerkannt „gesellschaftlichen" Arbeit die herrschende geschlechtliche Arbeitsteilung und den herrschaftlichen Charakter der Geschlechterverhältnisse umzuwälzen. Es gilt, in der ebenso gegenwärtig konkret verändernden wie strategisch perspektivierten, insofern „revolutionären Realpolitik" (Rosa Luxemburg) die ökonomischen, politischen und ideologischen Bedingungen der Möglichkeit für wirklich individuelle Lösungen des kollektiven (und nicht nur „weiblichen") Konflikts zwischen Beruf und Familie, zwischen selbst- und fremdbestimmter Arbeit und Forschung zu schaffen.

Autonome Frauenforschung ist *ein* notwendiger Ansatz politischer Praxis, diese Situation zu ändern und frauenbestimmte Maßstäbe dafür zu entwickeln.

Katharina Pühl/Michael Hintz

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03

Anmerkungen

(1) Barbara Schaeffer-Hegel/Helga Foster: „Raus aus der lila Kuschelecke". In: taz, 9.2.1989

(2) Carol Hageman-White/Karin Hausen: „Autonomie ist keine Kuschelecke". In: taz 16.2.1989

(3) Eva Brinkmann to Broxten: „Kein Geld und keine Sicherheit — aber hochmotiviert und lebendig. Frauenforschung in den selbstorganisierten Zusammenschlüssen feministischer Wissenschaftlerinnen". In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/1990, S. 25 — 32.
Eva Brinkmann to Broxten ist Sprachwissenschaftlerin und arbeitet am FIF.

(4) Erika Bock-Rosenthal: „Strukturelle Diskriminierung — nur ein statistisches Phänomen?" in: Dies. (Hgin.): Frauenförderung in der Praxis. Frauenbeauftragte berichten. Frankfurt/New York, 1990, S. 11 — 54.

Demokratie, Revolution und Sozialismus

von Adolfo Sánchez Vazquez

Adolfo Sánchez Vázquez, Professor emeritus für Philosophie an der Universidad Nacional Autónoma de Mexico (UNAM), hielt den im folgenden gedruckten Vortrag im Juli 1989 in Managua auf einem von den Sandinisten anläßlich des zehnten Jahrestages der Revolution organisierten internationalen Symposium über „Demokratie und Revolution" und in erweiterter und überarbeiteter Form im November 1989 in Mexiko-Stadt auf der Herbsttagung der philosophischen Fakultät der UNAM über „Gesichter und Masken der Demokratie". Unserer Übersetzung liegt der Text des zweiten Vortrags zugrunde.

Für Adolfo Sánchez Vázquez steht die theoretische Diskussion um Demokratie, Revolution und Sozialismus in direktem Verhältnis zur politischen Praxis. 1915 in Algeciras (Cádiz/Spanien) geboren, nahm er als Jugendlicher auf der Seite der Republikaner am spanischen Bürgerkrieg teil und mußte nach dem Sieg der Franquisten im Jahre 1939 wie ein großer Teil seiner Genossen und Genossinnen nach Mexiko emigrieren. Dort war es vielen der geflüchteten spanischen Intellektuellen möglich, eine Anstellung an den staatlichen Universitäten zu erhalten.

Nach der Stalinisierung der Sowjetunion wurden in erster Linie die kubanische Revolution von 1958 und die sandinistische von 1979 zu Hauptbezugspunkten der lateinamerikanischen Linken. Als einer der profiliertesten marxistischen Intellektuellen Mexikos stand und steht Sánchez Vázquez in ständigem Austausch mit der politischen Linken in Lateinamerika. So ist es kein Zufall, daß die Sandinisten ihn bemühten, an einer Diskussion über das Verhältnis von Demokratie, Revolution und Sozialismus teilzunehmen.

Auch jenseits des Drucks von außen war das Thema „parlamentarische Wahlen" unter den Sandinisten in Nicaragua heiß umstritten. Während die einen befürchteten, die Errungenschaften der Revolution könnten im Falle einer Wahlniederlage kurzerhand wieder zerstört werden, wurde von anderen entgegnet, die historische Erfahrung in der Sowjetunion habe gezeigt, daß die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung und die Vermeidung demokratischer Wahlen als ein Wegbereiter des Stalinismus begriffen werden können.

Für Adolfo Sánchez Vázquez ist der Grenzverlauf von Politik und ihrer Reflexion nicht abstrakt zwischen Reformismus oder Revolution, Gewaltlosigkeit oder Gewalt angesiedelt.

„Das Bewußtsein der Gewaltlosigkeit drückt fast immer eine reale Ohnmacht aus: die Unmöglichkeit, die Welt tatsächlich auf den dafür unerläßlichen Weg umzuformen. (. . .) Der Reformismus bietet seinerseits die Hoffnung auf eine Befreiung innerhalb des Systems selbst an, mittels einer allmählichen Anhäufung von Reformen, ohne daß zur Gewalt gegriffen werde, ohne den Versuch, die Geschichte selbst zu beschleunigen, dabei setzend, daß die Geschichte sich selbst verwirkliche. Aus der Not eine Tugend machend, wird die Gewalt in allen Fällen nicht als Anzeichen von Kraft, sondern von Schwäche vorgestellt. Die wahre Stärke sei im Geist oder, in Übereinstimmung mit dem reformistischen Ökonomismus, in dem naturwüchsigen Verlauf der Dinge." (Filosofía de la praxis, Mexico D.F. 1980, S. 442, Übers. hier wie im folgenden S.G.) Dies ist nicht als Apologie der Gewalt mißzuverstehen. Der Autor betont, daß es erfreulich wäre, wenn eine Revolution wirklich ohne Gewalt ablaufen könnte, und obwohl alle geschichtliche Erfahrung gegen diese Möglichkeit spricht, will er sie, wie auch schon Marx, als Potentialität der Geschichte offenhalten: „Wenn es sich um radikale, qualitative Veränderungen handelt, bleibt die Gewalt die allgemeine Regel, aber deshalb sind mögliche Ausnahmen nicht auszuschließen. Die kreative Praxis und die Revolution, die, wie wir gesehen haben, eine Form derselben ist, duldet niemals eine starre Bestimmung des Möglichen und weniger noch ihrer Verwandlung in Wirklichkeit." (ebd. S. 450f.)

Für Adolfo Sánchez Vázquez ist die Frage der revolutionären Gewalt in Anlehnung an die zweite Feuerbachthese keine scholastische, sondern eine praktische. Spricht er also davon, daß jene heute nicht auf der Tagesordnung stehe, so ist das im wörtlichen Sinne zu verstehen, das heißt dieser Punkt ist verschoben — vielleicht schon auf die nächste ‚Sitzung'. Die Frage der Demokratie jedoch stellt sich jederzeit und an jedem Ort.

In unseren Tagen hat sich die Demokratie in einen Wert verwandelt, der über jeden Verdacht erhaben ist. Ausgehend von den verschiedensten und am stärksten entgegengesetzten ideologischen und politischen Positionen scheint es einen breiten Konsens über den reinen und unbefleckten Wert der Demokratie zu geben. Und dieses Gut ist so anerkannt, daß auch Regierungen, die ihre Völker unterdrücken oder andere ausbeuten, es sich erlauben, mit diesem sich reinzuwaschen oder Demokratierezepte auszubreiten. Es ist nicht weiter schwierig, diesen Konsens nachzuvollziehen, wenn über die Demokratie abstrakt und generell gesprochen wird; die Probleme beginnen — die Probleme, welche beim Verständnis der Demokratie entstehen — wenn man auf den Boden zurückkehrt oder den Fuß in die Realität setzt. Aber was verstehen wir unter Demokratie, was ist es, das eint oder trennt, wenn von ihr gesprochen wird? Das ist im folgenden zu untersuchen.

Eine Minimaldefinition der Demokratie

Die Demokratie kann in zwei Bedeutungen verstanden werden, die einander nicht ausschließen: als System oder Regierungsform sozialer Organisation, in welcher die Macht, die Entscheidungsfindung einer gewissen Kontrolle der Gesellschaft unterliegt. Aber auch als Weg, um an diese Macht zu gelangen, oder aber als eine Ansammlung von Verfahren, um die Macht unter Kontrolle der Gesellschaft auszuüben. In beiden Fällen ist die Demokratie untrennbar von einem bestimmten

Maß an Partizipation der Mitglieder der Gemeinschaft. Das Demokratische besteht in der kollektiven Annahme oder Kontrolle von Entscheidungen.

In einer Definition dieser Art gehen sowohl die klassischen Konzeptionen, die die Teilnahme des Subjekts in den Vordergrund stellen („Volksregierung", „Mehrheitsregierung"), als auch die modernen Konzeptionen auf, die einen besonderen Nachdruck auf die Form seiner Partizipation legen (kollektive Annahme und Kontrolle der Entscheidungen).

Die Demokratie solchermaßen definiert, scheinen wir ein gutes Stück vorangekommen zu sein, obgleich es sich lediglich um eine Minimaldefinition handelt, genau wegen ihres — auch wenn dies paradox erscheinen mag — Umfanges und generellen, abstrakten und formalen Charakters: natürlich erlaubt dies, daß das Haus der Demokratie von sehr verschiedenen Gästen bewohnt sein kann. Die Probleme beginnen, wie bereits erwähnt, wenn die Realität uns dazu zwingt, diese allgemeine Formulierung zu konkretisieren. In der Tat, wenn es sich um die Demokratie in einer gegebenen Situation oder in einem bestimmten Moment handelt, erkennen wir, daß sich die Beschaffenheit des teilnehmenden Subjektes, der Raum oder der Ort an dem es partizipiert, die Form der Partizipation verändern; und ebenso der Gegenstand, die Materie, die seiner Partizipation anheimfallen.

Subjekt, Raum, Form und Gegenstand der Demokratie

Führen wir uns zum Beispiel die in den modernen, bürgerlichen Gesellschaften real existierenden Demokratien vor Augen; eben diejenige Demokratie, die unter dem Gesichtspunkt ihrer Ursprünge, Schranken und ihres Gehalts als politische, liberale oder auch als parlamentarische oder Wahldemokratie bezeichnet wurde. Und stellen wir die Frage: **wer** partizipiert und **wo, wie** und **an was**? Auf die erste Frage, die nach dem partizipierenden Subjekt, antworten ihre Ideologen, und so lautet auch die programmatische oder verfassungsmäßige Formulierung: alle Mitglieder der Gemeinschaft, soweit sie vor dem Recht gleiche Bürger sind. Daher die Aussage: jedem Individuum eine Stimme. Weitab der kulturellen oder ökonomischen Grenzen — die zum Teil dank der Kämpfe der sozialen Bewegungen überwunden wurden — ist, wegen des Rechtes der Partizipation, das partizipierende Subjekt — und insofern auch das Wahlrecht — universal.

Die zweite Frage ist nicht die, wer partizipiert, sondern **wo** diese Partizipation ausgeübt wird. Wie ohne Schwierigkeit zu bemerken ist, sind beide Fragen überaus stark miteinander verflochten. Wir haben vorhin festgehalten, daß das partizipierende Subjekt universell ist, niemandem wird das Recht der Partizipation abgesprochen. Aber sicherlich übt es dieses nicht überall aus. Noberto Bobbio[2] weist mit Recht darauf hin, daß die Demokratie im augenblicklichen System an den Toren der Fabriken ein unüberwindliches Hindernis gefunden hat. Das Subjekt der Demokratie ist dies nur in seinem eigenen Raum: in den Wahlkabinen, in denen es seine Stimme abgibt, oder im Parlament durch die Repräsentanten, an die es seinen Willen delegiert hat.

Bei der Diskussion der Frage, **wer** das partizipierende Subjekt ist, und **wo** es partizipiert, hat sich ebenfalls die Antwort auf eine dritte Frage ergeben: die, **wie** partizipiert wird. Es partizipiert durch seine Stimmabgabe, ausgehend von der Annahme, daß sein Willen respektiert werde. Der Bürger übt dieses Recht alle vier oder fünf Jahre aus, und indem er es ausübt, hört seine Partizipation auf, obwohl sie sich indirekt über seine Repräsentanten weiterverlängern kann, wenn diese sich an den ursprünglichen Willen der Bürger halten.

Gehen wir jetzt zur letzten Frage über: **Über welche** Gegenstände können der Wähler oder sein Mandatsträger entscheiden? Wenn der Bürger ein Arbeiter ist, bleiben die Fragen der Produktion oder des Kapital-Arbeit-Verhältnisses, die für seine Arbeit von vitalem Interesse sind, außerhalb seiner Partizipation. Können wir von Demokratie sprechen, trotz der Tatsache, daß das partizipierende Subjekt, der Raum, in dem es partizipiert, die Form der Partizipation und der Gegenstand seiner Partizipation sich in den von uns genannten Grenzen eingeschränkt befinden? Wir denken, daß man von Demokratie sprechen kann, sobald eine bestimmte Partizipation möglich ist, obgleich dann anzuerkennen sein wird, daß es sich um eine formale, politische oder repräsentative und deswegen beschränkte Demokratie, handelt. Und es gälte gleichfalls anzuerkennen, daß die bestehenden Schranken sie in dem oben genannten, doppelten Sinne beträfen: als Ordnung des Zusammenlebens in einer bestehenden Gesellschaft, und als Methode oder Gesamtheit von Verfahren, die kollektiven Beschlüsse zu fassen, zu denen jede Partizipation führt.

Wert und subversives Potential der Demokratie

In realen, durch die Gesellschaft, in der man lebt, vorgegebenen Schranken werfen, weit davon entfernt, die Notwendigkeit von Demokratie zu negieren, im Gegenteil die Notwendigkeit auf, sie auszudehnen und zu vertiefen, von einer formalen, politischen oder parlamentarischen Demokratie — ohne sie zu verlassen — zu einer wirklichen ökonomischen und sozialen Demokratie überzugehen: zu einer Demokratie, welche sich in der Überwindung der aufgezeigten Schranken in einem ununterbrochenen Prozeß der Partizipation immer reichhaltiger und verschiedenartiger ausdifferenziert, in den vier von uns aufgezeigten Punkten ausdehnt: Subjekt, Raum, Form und Gegenstand der Partizipation. Aufgrund dessen, daß Demokratie eine bewußte, vernünftige Partizipation bei Entscheidungsfindungen, welche die Gemeinschaft betreffen, verlangt, und vorausgesetzt, daß diese Partizipation ein Freiheitsanspruch ist, ist die Demokratie ein Wert, nach dem man nicht aufhören kann zu streben. Sobald die Verwirklichung dieses Wertes eine Überwindung seiner realen Schranken notwendig macht, ist die Demokratie angesichts ihrer Notwendigkeit, sich zu erweitern und zu vertiefen, subversiv. Wenn dieses subversive Potential die Schranken, welche ihm das bestehende gesellschaftliche System auferlegt, überwindet, sind wir — mit dieser Überwindung — bei dem, was wir in seinem richtigen Sinne Sozialismus nennen.

Die autoritäre Ader der lateinamerikanischen Linken

Auf unserem Kontinent ist die revolutionäre oder sozialistische Linke, die die Schranken der formalen, politischen, repräsentativen Demokratie legitimerweise anklagt, dabei angelangt, den Wert der Demokratie selbst zu verleugnen. Sie hat nicht immer die notwendige Unterscheidung zwischen formaler und wirklicher Demokratie gemacht, nicht ihre wechselseitige Beziehung, was zu verwerfen und was zu retten ist, bestimmt. Das erklärt, warum sie erst verspätet die Notwendigkeit einer Demokratisierung des politischen Lebens eingefordert hat. Und dies auf einem Kontinent, wo — bis vor kurzem — die völlige Abwesenheit von Demokratie die Regel gewesen ist und wo Demokratie — einschließlich der noch so begrenzten — die Ausnahme gewesen ist.

Man muß zugeben, daß in diesem Vergessen oder der Unterschätzung der Demokratie das Gewicht einer politischen Kultur spürbar wird, welche, obgleich sie sich nicht auf Marx berufen kann, bei Lenin Punkte der Unterstützung findet, und dies vor allem bei dem Lenin, der, gemeinsam mit Marx, als **Marxismus-Leninismus** kodifiziert wurde. Es handelt sich um eine politische Kultur mit reichlich autoritärem und daher antidemokratischem Anklang. Den Schranken der formalen Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft, die untrennbar von ihrem Klassencharakter sind, setzte man lange Zeit die Diktatur des Proletariats entgegen, nicht in ihrem marxistischen Sinn, vereinbar mit einer weitergefaßten Demokratie, sondern in dem Lenins (dem nach der Revolution) von Macht, die „keinem Gesetz unterworfen" ist, was bei Stalin mit Diktatur im gewöhnlichen Sinne identifiziert werden sollte. Die Demokratie blieb solchermaßen disqualifiziert und es war der Aufstieg des Faschismus und Nazismus zur Macht notwendig, damit das Wort Demokratie eine positive Konnotation in der politischen Sprache der revolutionären Linken in der leninistischen Tradition erlangte. Teil dieser politischen Kultur war jedoch nicht nur eine falsche Konzeption, die verhinderte, die Beziehungen zwischen ihrem universalen Wert und ihrem Klassencharakter sowie zwischen Demokratie und Sozialismus zu sehen,

sondern auch die Ablehnung der inneren Demokratie in den politischen Avantgarde-Organisationen, welche den Kampf für den Sozialismus dirigieren und kanalisieren sollten. Diese antidemokratische Praxis im Inneren der Partei und in ihrem Verhältnis zu den Massen gründete ihrerseits in dem Erkenntnisprivileg, das der Partei — und damit auch ihrer Führung — zugeschrieben wurde, der Verwahrer des Wissens zu sein, ein Privileg, das nicht — demokratisch — geteilt werden konnte.

Die Überwindung dieser autoritären Konzeptionen und Praktiken hat es in den letzten Jahren gestattet, die Demokratie nicht nur in das Innere der revolutionären Parteien, wie auch in ihre Verhältnisse zu den Massen und sozialen Bewegungen zu tragen, sondern auch den Wert der Demokratie zurückzufordern, trotz der Schranken, die sie in der gegenwärtigen Gesellschaft vorfindet. Weit von einer Verneinung der demokratischen Werte — wie es in der Vergangenheit die revolutionäre Linke zu tun pflegte — entfernt, muß die Anerkennung dieser Schranken in der real existierenden Demokratie dazu führen, sie in einem Prozeß des unermüdlichen Kampfes — inner- oder außerhalb des Systems — zu befördern, und daher dafür zu streiten, sie auszudehnen und zu vertiefen. Und wenn der Widerspruch zwischen formaler und wirklicher Demokratie innerhalb des herrschenden gesellschaftlichen Systems nicht zu überwinden ist, auch wenn er sich mildern läßt, dann handelt es sich darum, das System selbst zu überwinden und diese Überwindung hat einen Namen: Sozialismus. Daher kommt es, daß der Kampf für die Demokratie, wenn er als Prozeß ihrer Ausdehnung und Vertiefung konsequent ist, untrennbar vom Kampf für den Sozialismus ist. Dieses Ziel im Namen der Demokratie aus den Augen zu verlieren, begrenzt nicht nur den demokratischen Gehalt gerade des demokratischen Kampfes, sondern beschränkt gleichzeitig den demokratischen Annäherungsweg zum Sozialismus selbst. Und dies auf Grund von der Einheit, die Marx immer verteidigt hat, die zwischen Demokratie und Sozialismus.

Repräsentative oder direkte Demokratie: Ein scheinbares Dilemma.

In jeder konkreten historischen Situation, in der man nicht nur nach einer effektiven Partizipation des Volkes in der politischen Sphäre, den Wahlen, sondern in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens trachtet, annulliert dieses Streben keineswegs die real existierende Demokratie, aber zwingt gewiß, die vorgefundenen Barrieren zu denunzieren und um ihre Überwindung zu kämpfen. Es handelt sich folglich zwar nicht darum, eine Demokratieform wie die repräsentative zu verwerfen, aber doch die Schranken des repräsentativen Prinzips im bestehenden System offenzulegen (eine Kritik, die bereits vor mehr als einem Jahrhundert Marx, die historische Erfahrung der Pariser Kommune analysierend, erarbeitete). Es handelt sich nicht darum, die Abschaffung der repräsentativen Demokratie oder der delegierten Partizipation im Namen einer direkten Partizipation zu verfechten, die weit davon entfernt ist, erstere auszuschließen, sondern dahin gelangen könnte, sie zu vervollständigen oder zu bereichern.

Die revolutionäre Linke hat während vieler Jahre, obgleich diese Tendenz heute schwächer ist, dazu geneigt, die direkte oder **Räte**-Demokratie zu bevorzugen, geblendet von der Rolle, die sie in den ersten Jahren der Oktoberrevolution spielte, als die Sowjets die direkte Partizipation in den Arbeitszentren sicherten und sich noch nicht in ihre Karikatur, in die Transmissionsriemen der staatlichen Macht, verwandelt hatten, zu denen sie Stalin machte.

Aber wie die repräsentative Demokratie immer das Risiko enthält, in einen abstrakten Universalismus zu verfallen, indem sie sich

Foto: Jan Erik Posth

aus dem Konkreten, dem Pratikularen, zurückzieht — eine Absonderung, die wie wir gesehen haben Subjekt, Raum, Form und Gegenstand der delegierten oder repräsentativen Partizipation betrifft —, schließt die direkte Demokratie der Räte oder der betrieblichen Selbstverwaltung das Risiko des Partikularismus ein, wenn die sie in begrenzten Arbeitszentren oder Produktionseinheiten praktizierenden Gruppen wegen ihrer partikularen Interessen oder korporativem Egoismus das allgemeine Interesse aus den Augen verlieren. Eine beständige Vorsicht vor dem einen und dem anderen Risiko und eine unablässige Vervollständigung ihrer beiden Seiten — der repräsentativen und der direkten — werden erlauben, die Demokratie zu bereichern.

Der Ausschluß der repräsentativen Demokratie im Namen der wirklichen Demokratie, verstanden als direkte Partizipation, macht mit der Demokratie selbst, das heißt jeglicher Form der Demokratie, Schluß. Dies ist es, was uns die Erfahrung der Oktoberrevolution mit der Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung und der Übertragung aller Macht an die Sowjets lehrt. Schon Rosa Luxemburg hatte darauf 1918 warnend aufmerksam gemacht, das heißt bereits in den Anfängen des revolutionären Prozesses. Man beginnt mit der Abschaffung der repräsentativen Demokratie und endet mit der Abschaffung jeglicher Demokratie. Diese Voraussage, die Rosa Luxemburg bereits in dem Jahr, in welchem die Bolschewiki an die Macht kamen, machte, sollte sich während mehr als 60 Jahren erfüllen, bis in der sowjetischen Gesellschaft der Demokratisierungsprozeß unter dem Zeichen der Perestroika begonnen wurde, ein Prozeß, der in der Eigenschaft einer politischen und sozialen Reform die Wiederherstellung der repräsentativen Demokratie und, wenn auch in embryonaler Form, die selbstverwalteten Betriebsdemokratien in den Produktionszentren, als Leitmotiv hat.

Demokratie und Sozialismus

Was die historische Erfahrung der Gesellschaften des sogenannten real existierenden Sozialismus mit dem Ausschluß jeglicher Form von Demokratie, wie auch der revolutionärer Bewegungen leninistischer Ausrichtung zeigt, ist das, worauf Marx hingewiesen hatte und was viele Marxisten vergaßen: nämlich, daß Demokratie und Sozialismus eine unauflösliche Einheit bilden, weil die konsequente Demokratie, indem sie sich nicht auf die politischen Sphäre beschränkt und in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens eindringt, zum Sozialismus führt. Und der Sozialismus seinerseits, aufgefaßt als die unter der Kontrolle der Gesellschaft befindliche Ökonomie und Staatsmacht oder als die Partizipation ihrer Mitglieder in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, ist nichts anderes als die radikale Demokratie und konsequenterweise die weit- und tiefgehendste.

Die Demokratie und die Geschichte

Aber die Demokratie kann nicht von der Realität, und ihrer Geschichte abstrahiert betrachtet werden. Ihre Formen, ihre Möglichkeiten, ihr Umfang und ihre Grenzen sind historisch und sozial bestimmt. Die Demokratie ist keine Pflanze, die auf jedwedem historischen und gesellschaftlichen Boden wüchse. Es ist kein Zufall, daß die antike Demokratie Athens die direkte Demokratie in all ihrer Fülle gekannt hat, indem sie den Mitgliedern der **polis** gestattete, ihren Willen ohne Vermittler oder Repräsentanten auszudrücken. Gewiß handelte es sich dabei um die **freien** Menschen (hombres bedeutet im Spanischen zugleich Männer und Menschen, d. Übers.) (ein Drittel der Bevölkerung; die anderen beiden Drittel, die Athener Sklaven hatten dieses Recht nicht). Da es sich um eine kleine und territorial begrenzte Bevölkerung handelt, kann von einer direkten Demokratie die Rede sein, von der noch im 18. Jahrhundert Rousseau träumte, die aber heute, auch in einem territorial und bevölkerungsmäßig kleinen Staat unmöglich ist. Aber auch abgesehen von diesen quantitativen Faktoren, ist die Athener Demokratie nicht von einem gesellschaftlichen System zu trennen, in welchem die größte Freiheit derer, die sie ausüben, einhergeht mit der größten Knechtschaft derer, die sie nicht praktizieren können: den Sklaven. Diese Beziehung zwischen Demokratie, Geschichte und Gesellschaft finden wir ebenfalls in der modernen Demokratie. Es ist kein Zufall, daß sie im 18. Jahrhundert auftaucht, mit dem Aufstieg des Bürgertums und den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen, die sich in England, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich entwickeln.

Demokratie und Kapitalismus

Es kann nicht geleugnet werden, daß eine bestimmte Demokratie einen Teil des politischen Überbaus des Kapitalismus gebildet hat und bildet. Es ist die begrenzte, politische, formale Demokratie, welche der Kapitalismus akzeptiert, solange sie der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbedingungen nützlich ist oder aber, wenn man sich unter dem Druck sozialer Kämpfe (luchas populares) gezwungen sieht, sie zu akzeptieren, wenn der kapitalistische Akkumulationsprozeß nicht in Frage gestellt wird. Die Geschichte zeigt jedoch auch, daß der Kapitalismus nicht zögert, sich von jeder Form der Demokratie, so begrenzt sie auch sei, freizumachen, wenn es seine fundamentalen Interessen erfordern. Das Beispiel des Nazismus ist in diesem Punkt vielsagend. Auf die formale, parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik folgt die Nazi-Diktatur, der es fern lag, mit dem Großkapital zu brechen oder sich von ihm unabhängig zu machen, vielmehr sich in die beste Garantie für seine Interessen verwandelt. Obschon der Kapitalismus in bestimmten historischen Situationen eine Demokratieform wie die bürgerlich-liberale über Bord zu werfen vermag, ohne aufzuhören, Kapitalismus zu sein, bedeutet dies nicht, daß über die großen Unterschiede zwischen einer demokratischen Form, ungeachtet ihrer Grenzen, und der völligen oder abgestuften Negation der Demokratie hinwegzugehen ist. Die Unterschiede innerhalb der strukturellen Grenzen des Systems nicht wahrgenommen zu haben, war in den der Machtergreifung der Nazis vorausgehenden Jahren einer der historischen Fehler des deutschen Kommunismus, den sie auf dermaßen tragische Weise in der Praxis bezahlen mußten. Doch dieses und andere historische Beispiele betrachtend, gilt es sich davor zu hüten, eine Gleichung zwischen Kapitalismus und Demokratie herzustellen. Auch dann, wenn in den gegenwärtig am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern die Demokratie mit dem Wohlfahrtstaat größte Räume innerhalb des Systems erlangt — was auf der anderen Seite nicht geringgeschätzt werden sollte —, handelt es sich um einen Kompromiß zwischen Kapitalismus und Demokratie, daß man den kapitalistischen Akkumulationsprozeß nicht in Frage stellt. Es handelt sich selbstredend nicht, wie die europäische Sozialdemokratie behauptet, um einen Wohlfahrtstaat, mit dem die Demokratie die strukturellen Schranken überwunden hat, die das kapitalistische System auferlegt. Der demokratische Kapitalismus hört nicht auf, Kapitalismus zu sein.

Universeller Wert der Demokratie

Die Schlußfolgerung, zu der wir jetzt gelangt sind, ist, daß die Demokratie ein Wert ist, der eingefordert werden sollte, nicht nur angesichts der Ablehnungen, der Unterlassung oder der Unterschätzungen, sondern auch angesichts der Schranken der real existierenden Demokratie. Es ist kein Zufall, daß die Notwendigkeit der Demokratisierung heute ein universelles Banner ist. Und sie ist es sowohl in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen es notwendig ist, die bestehende Demokratie auszuweiten, zu vertiefen oder zu radikalisieren, wie auch in den halbentwickelten oder unterentwickelten Ländern, die gerade beginnen, den schmalen Weg der repräsentativen oder politischen Demokratie zu gehen und endlich, in den Gesellschaften des **Realsozialismus**, die, nachdem in ihnen erst die Demokratie im Namen des Sozialismus negiert wurde, nun einen schwierigen und ungewissen Prozeß der Demokratisierung beginnen.

Die Kritiken an der Demokratie

Obgleich die Demokratie heute als ein allgemein angenommener Wert erscheint und — wie wir zu Beginn gesagt haben — über jeglichem Argwohn steht, bedeutet dies nicht, daß sie sich in einem Rosenbett befindet oder vor jeder Kritik oder Anfechtung geschützt sei. Wir beziehen uns jetzt nicht auf diejenigen

Kritiken, — einige von ihnen haben wir bereits vorgestellt — welche eine bestimmte Form der Demokratie hervorruft, Kritiken, die den Wert der Demokratie bereits voraussetzen und genau von den Hindernissen und Begrenzungen, die sich ihrer Realisierung in den Weg stellen, ausgehen. Wir beziehen uns vielmehr auf diejenigen Kritiken, die aus ihr ein unmögliches oder nicht zu realisierendes Projekt machen, wie auch immer die Formen, die sie in der Realisierung annimmt, aussehen mögen.

Lassen Sie uns vier dieser Demokratiekritiken untersuchen. Die erste bezieht sich auf ihre Möglichkeit und schneidet diese Frage im Kontext der menschlichen Natur an. Das, was die menschliche Natur oder das menschliche Verhalten charakterisiert, sind seine egoistischen Impulse, sein extremer Individualismus, seine Intoleranz hinsichtlich der Interessen, dem Streben oder der Entscheidungen der Anderen; mit einem Wort seine fehlende Solidarität. Jede Demokratie — unabhängig vom Grad ihrer Realisierung oder ihrer Schranken — setzt umgekehrt einer bestimmten Gemeinschaftssinn oder Solidarität voraus, insofern als es darum geht, über den zügellosen Egoismus oder Individualismus hinweg, ein bestimmtes soziales Zusammenleben zu organisieren. Sie setzt gleichfalls diesen Kollektiv- oder Solidargeist voraus, insofern als gewisse allgemeine, öffentliche Angelegenheiten oberste Priorität erlangen und es darum zu tun ist, über diese bestimmte kollektive Entscheidungen zu treffen. Die Demokratie ist — haben wir vorhin gesagt — vor allem Partizipation und dies setzt voraus, die Existenz des Kollektiven nicht nur für das partizipierende Subjekt und für den Ort an dem es partizipiert, sondern auch für die Form und für den Gegenstand seiner Partizipation zu begreifen. Die Partizipation des Einen setzt die Partizipation der Übrigen und zugleich den Respekt und die Toleranz dieser Partizipation voraus.

Wenn also die Demokratie immer einen bestimmten solidarischen Geist und eine positive Haltung gegenüber denen, die in diese gemeinschaftliche Partizipation eingreifen, einschließt, und wenn auf der anderen Seite die menschliche Natur grundsätzlich egoistisch ist und nicht partizipativ oder nur aus einem unsolidarischen Beweggrund partizipativ, sind Demokratie und menschliche Natur unvereinbar. Die Demokratie ist folglich, diese menschliche Natur vorausgesetzt, unmöglich.

Das, was sie unmöglich macht, kann mit der Idee variieren, die man von ihr hat. Es kann auch, wie bei Nietzsche in „Jenseits von Gut und Böse" die blinde Ergebenheit sein, die eine charismatische Regierung oder die Tyrannei ermöglicht und in der Konsequenz die Demokratie verunmöglicht.

Ob es sich nun um die egoistische Natur des Menschen oder um seine Passivität und blinde Ergebenheit handelt, die Demokratie gerät in Widerspruch mit der Natur des Menschen.

Indes kann diese verheerende Kritik der Demokratie nur zugelassen werden, wenn man annimmt, es bestehe eine mit unveränderlichen Charakterzügen ausgestattete menschliche Natur außerhalb der Geschichte. Allein, eine solche menschliche Natur gibt es nicht, denn das, was wir als solche betrachten können, ergibt sich nur in der Geschichte und für die Geschichte. Wenn auch die in den skizzierten Vorstellungen enthaltenen Charakterzüge — der Egoismus und der blinde Gehorsam — vorkommen können, so ergeben sie sich nur unter bestimmten historischen Voraussetzungen. Auf die gleiche Weise gedeiht humanes Verhalten — solidarisch, tolerant und so weiter —, ohne welches die Demokratie nicht zu begreifen ist, nur unter bestimmten historischen Bedingungen. Die Demokratie mit ihren Eigenarten, Formen und Schranken, wie auch ihre Abwesenheit — als Diktatur, Despotismus oder Tyrannei — hängen von bestimmten historischen und gesellschaftlichen Bedingungen ab und sind selbstverständlich nicht in eine abstrakte menschliche Natur eingemeißelt. Damit ist die These der Möglichkeit der Demokratie erhärtet. Indes, ihr Beweis, und zwar ihr definitiver, ist die Realität selbst. Die Demokratie mit ihrer Mannigfaltigkeit von Formen und mit ihren wechselnden Grenzen hat bestanden und besteht tatsächlich.

Eine zweite Kritik zielt nicht mehr auf ihre mit ihrer Realisierung bestätigte Möglichkeit, sondern auf ihre Realität selbst ab. Ihre These ist: Die Demokratie degeneriert im Augenblick ihrer Realisierung oder verwandelt sich in ihr Gegenteil. Demnach besteht eine Eigenlogik ihrer Entwicklung, derzufolge die Demokratie, der es fernliegt, sich auszuweiten oder zu vertiefen, schlußendlich verderben wird. Es handelt sich um keine neue These. Schon Platon hatte in der Antike kategorisch erklärt: „Die Demokratie verwandelt sich in Despotismus." (‚Die Republik') Und in unseren Tagen formuliert Robert Michels[3], bezugnehmend auf die Demokratie im Innern der Parteien oder Gewerkschaften, das eherne Gesetz der Oligarchie, demgemäß die Praxis der Demokratie in diesen Organisationen Interessen erzeugt, welche die Demokratie schließlich zerstören.

Unzweifelhaft fehlt es nicht an Beispielen, dafür, wie die demokratische Praxis in ihre Entstellung mündete (ein extremes Beispiel ist die demokratische Entwicklung von der Weimarer Republik zum Aufstieg der Nazis zur Macht). Und es gibt viele Beispiele von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die in ihrem Inneren von einer demokratischen Praxis zu ihrer Entstellung übergegangen sind, die herangezogen werden könnten. Aber in all diesen Fällen, unabhängig von anderen empirischen, spezifischen Faktoren, liegt der fundamentale Grund dieses Prozesses nicht in der konsequenten Anwendung der Demokratie, sondern genau in ihrer Verengung und Beschneidung, kurz, in ihrer Inkonsequenz.

Diese Auffassung der Notwendigkeit, die Demokratie auszubauen oder zu erweitern, gibt gerade zu einer dritten Kritik Anlaß, die in der Gegenwart vor allem von den konservativen Medien formuliert wird: die der **Ausschweifungen** der Demokratie. Die maßlose Demokratie produziert das, was ihre Ideologen **Unregierbarkeit** nennen. Bobbio begreift diese als die Konsequenz des bestehenden Mißverhältnisses zwischen den immer größer werdenden Ansprüchen der bürgerlichen Gesellschaft (sociedad civil) und den Möglichkeiten des gesellschaftlichen Systems, sie einzulösen. Aber Bobbio sieht keine Lösung dieses Mißverhältnisses, solange es nicht möglich ist, die Ansprüche zu vermindern (was die autoritäre Lösung wäre), oder ihnen, die staatlichen Leistungen verbessernd und stärkend, gerecht zu werden (was die angesichts der Krise des Wohlfahrtstaates ungangbare sozialdemokratische Lösung wäre).

Diese Fragestellung an die Brauchbarkeit oder Regierbarkeit der Demokratien warf bereits die Trilaterale Kommission[4] im Mai 1975 auf. Und sie tat dies ohne Umschweife mit den folgenden Worten:

„Wir sind zu der Erkenntnis gelangt, daß es mögliche wünschenswerte Grenzen für das wirtschaftliche Wachstum gibt ... (wie) es auch mögliche Grenzen für die Ausdehnung der Demokratie gibt." Und sie fügte hinzu: **„Ein Übermaß an Demokratie bedeutet einen Verlust an Regierbarkeit; eine mühelose Regierbarkeit legt eine defekte Demokratie nahe."**

Es ist richtig, daß es diese Unvereinbarkeit gibt, doch sie muß auf einen konkreten Boden gestellt werden. In einer bestimmten Demokratie wird die Gesellschaft unregierbar gemäß der von den herrschenden Interessen diktierten Regierungsmodelle. Und die Lösung ist wirklich nicht — wie Bobbio sagt — die autoritäre und ebensowenig die sozialdemokratische, sobald der Wohlfahrtstaat vom System nicht mehr geduldet ist. Die Lösung liegt genau in einem Übermaß an Demokratie — verstanden als ihre Erweiterung und Vertiefung — die die herrschenden Interessen vertreibend, eine neue Regierbarkeit ermöglicht.

Die Verringerung der demokratischen Entscheidungsräume angesichts der Zunahme der Technokratie ist eine weitere Kritik an der Demokratie, die Bobbio wiedergibt, ohne sich ihr zu stellen. Gesetzt, daß nicht alle über alles entscheiden können, und gesetzt, daß die Entscheidung über immer spezialisiertere Fragen in den Händen der Experten, derer die wissen, zu bleiben hat, ist die Demokratie unvereinbar mit der Technokratie. Dieser Unregierbarkeit und damit dem Vorrang der Experten, Techniker oder Technologen stattzugeben, heißt, die Vernünftigkeit der Ziele und Werte mit der instrumentellen Vernunft oder der der Mittel, zu verwechseln. Wenn die zweiten den ersteren unterworfen sein müssen

und sich deshalb nicht in Ziele an sich verwandeln dürfen, darf die selektive Partizipation von Experten auf ihrem Spezialgebiet nicht die demokratische Partizipation der Gemeinschaft in allen Angelegenheiten, die sie wegen ihres Zusammenhangs mit den Zielen und Werten, die auf dem Spiel stehen, vital betreffen, ausschließen.

Revolution und autoritäre Staatsform Revolution und Demokratie

Es steht noch eine letzte Frage aus, die bereits im Titel unseres Vortrags genannt wurde: Die Beziehungen zwischen Revolution und Demokratie. Präzisieren wir dahingehend, daß hier Revolution in einem eingeschränkten Sinne verstanden wird, als Prozeß oder Zusammenspiel von gewalttätigen Handlungen, die zur Ergreifung der Macht führen, und nicht in dem weiten Sinne einer radikalen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf einem demokratischen Prozeß fußen kann. In diesem eingeschränkten Sinn nehmen wir uns nun die Beziehungen zwischen Revolution und Demokratie vor. Diese Aufgabe ist notwendig, da es ja in der Gegenwart welche gibt, die eine radikale Unvereinbarkeit zwischen der einen und der anderen sehen, oder auch welche, die in der Revolution Schranken für die Entwicklung einer demokratischen Regierungsform sehen, an denen nichts zu ändern ist. In der Revolution sei der Ursprung der Übel einer nachmaligen Gesellschaft angelegt, unter ihnen die Abwesenheit von Demokratie. So zum Beispiel versichert Gianni Vattimo[5], daß „die Revolution ... niemals wirklich die neue Geschichte des emanzipierten Menschen wird eröffnen können." (Más allá del sujeto, Editorial Paidós, Buenos Aires 1986, S. 16). Und Ludolfo Paramio behauptet seinerseits: „Im Gegenteil beginnt man nun die Revolution mit der Geburt autokratischer Regimes und auf Terror aufbauenden Regierungsformen gleichzusetzen." (Tras el diluvio, Siglo XXI Editores, México, 1988, S. 147) Wie wir also sehen, bringt gemäß diesen Positionen die Revolution, weit davon entfernt, die Demokratie zu schaffen, ihr Gegenteil hervor: die Autokratie. Und dies auf Grund ihrer gewalttätigen Natur oder, wie auch Paramio sagt:

„Ein revolutionärer Bruch erzeugt in dem Maße, wie er einen tiefergehenden Riß im gesellschaftlichen Gewebe schafft, den Ursprung für eine starke Expansion der Repressionsmöglichkeit des Staates ... und entwickelt vom ersten Moment an einen bewaffneten Apparat von höchster Macht."

In wenigen Worten: die autoritäre, gewalttätige Natur der Revolution kann nur zu einer autoritären Regierungsform führen mit dem entsprechenden Ausschluß der Demokratie. Wir haben hier zwei Behauptungen: eine über die Natur der Revolution und eine andere, über die Auswirkungen, die sich aus dieser Natur ergeben („eine logische Konsequenz, die von der Revolution zur Autokratie führt"). Sprechen wir nun das Problem der Beziehung von Revolution und Demokratie auf diesen beiden Ebenen ihrerseits logisch und historisch, theoretisch und empirisch an.

Die erste Behauptung — über die Natur der Revolution — ist dadurch verbürgt, daß sie bei Engels erscheint, wenn er sagt: „Es gibt nichts Autoritäreres als eine Revolution." Entbehrt diese Versicherung der Grundlage? Nein, weil es sich um eine empirische Evidenz handelt. Es ist eine Tatsache, daß man Revolutionen nicht in einem Rosenbett macht, sondern mit der Stärke, der Gewalt und gelegentlich mit einem organisierten und lang eingeübten Verband als militärischen bewaffneten Kampf. Und in diesem Sinne gibt es nichts antidemokratischeres, da autoritär oder hierarchisch, als das bewaffnete Hilfsmittel, dessen sich die Revolution bedient. Auf der anderen Seite können sich die Revolutionen, wie uns die historische Erfahrung der siegreichen Revolutionen von gestern — die französische, die russische, die mexikanische oder die cubanische — oder der sandinistischen Revolution heute zeigt, nicht entwaffnen, weil sie nach innen und nach außen der Konterrevolution zu widerstehen haben. Es gibt deshalb in jeder Revolution eine autoritäre Seite, die ihr durch den bewaffneten Kampf auferlegt wird, den sie erst um zu siegen, später um zu überleben führen muß.

Lassen wir uns nun auf die zweite Frage ein: die, nach den Auswirkungen der Revolution für die Demokratie. Beginnen wir anerkennend, daß die autoritären Gesichtspunkte der Revolution, die Beschränkungen oder der Ausschluß der Demokratie im gewalttätigen, bewaffneten Kampf, sich über die Ziele der Revolution selbst hinaus ausdehnen oder, wenn die Zustände aufgehört haben, die sie erforderten, bestehen bleiben können. Aber es kann keine Rede davon sein, daß sich ein mögliches Risiko unerbittlich in Realität zu verwandeln hat, bis zu dem Punkt, uns zu zwingen, die Revolution mit einem antidemokratischen , auf den Terror fußenden, Regime gleichzusetzen. Es würde sich nicht mehr um einen bestimmten historischen Umstand handeln, der ein vorübergehendes Verschwinden der Demokratie nach der Revolution erklärte, sondern gerade um ihre Negation als deren **logische Sequenz**. Und daher, behaupten Vattimo und Paramio, stünden wir vor dem Zusammenbruch des Paradigmas der Revolution als Übergang zu einer emanzipatorischen oder gerechteren Gesellschaft.

Die Fakten scheinen die These zu rechtfertigen, daß die Revolutionen autoritären Herrschaftsformen oder Methoden Eingang verschafft haben. So zum Beispiel ist die erste siegreiche bürgerliche Revolution (die englische) untrennbar mit der Diktatur Oliver Cromwells verbunden; die französische Revolution beherbergte in ihrem Inneren die jakobinische Diktatur, eine Epoche des Terrors, welche von der autoritären Staatsform des napoleonischen Imperiums gefolgt war, die sich später im Bonapartismus nach Marx als Farce wiederholte; die russische Revolution kannte eine lange Periode des Terrors und der Negation der Demokratie, die als Stalinismus bekannt ist; und die mexikanische Revolution brachte zunächst eine Regierungsform von „Caudillos"[6] hervor und später einer Staatspartei, die erst seit dem 6. Juli 1988[7] begann, Risse zu bekommen.

Und dennoch, ungeachtet dieser Tatsachen, die für die These einer **logischen Sequenz** zwischen Revolution und den Übeln, die die Demokratie bedrängen, zu bürgen scheinen, arbeiteten in den modernen Zeiten die Revolutionen an den Ursprüngen der Demokratie und sind ihre notwendige Voraussetzung. Niemand könnte leugnen, daß die englische Demokratie die Tochter einer Revolution ist, die französische Demokratie undenkbar wäre ohne die Revolution von 1789, daß die demokratischen Fortschritte in Mexico ihre Ursprünge in der Revolution von 1910 haben und daß der gegenwärtige Demokratisierungsprozeß in der sowjetischen Gesellschaft, trotz der langen Finsternis seine Wurzeln in der Oktoberrevolution hat. Endlich, in unseren Tagen, wäre die nicaraguanische Demokratie — eine einzigartige Demokratie, in welcher sich das Repräsentationsprinzip und die direkte Partizipation vereinigen — undenkbar ohne die sandinistische Revolution.

Ungeachtet der Aggressionen von außen, die einen Nährboden für eine autoritäre Staatsform hätten bilden können, erweitern sich die demokratischen Räume im Einklang mit dem sozialen (popular), nationalen und antiimperialistischen Charakter der sandinistischen Revolution. Mit einem Wort, die Prinzipien der Freiheit, der Repräsentation und der gesellschaftlichen Machtkontrolle, die trotz ihrer Grenzen die modernen Demokratien unserer Zeit formen, sind Frucht verschiedenartiger Revolutionen. Folglich haben wir, weit von der Betrachtung entfernt, daß es eine unvermeidbare Abfolge zwischen Revolution und autoritärer Staatsform gibt, einen unauflöslichen Zusammenhang ausfindig gemacht zwischen Revolution und Demokratie, die desto weitgehender und tiefgehender wird, je mehr sie von einer politischen Ebene zu einer ökonomischen und gesellschaftlichen Ebene voranschreitet.

Diesen Zusammenhang zwischen den großen Revolutionen der modernen Zeiten und der Demokratie — ungeachtet ihrer Finsternisse, Entstellungen oder Verirrungen — anzuerkennen, bedeutet nicht zu behaupten, daß Demokratie, oder zumindest ein bestimmter Typ derselben, nur auf revolutionärem Wege (oder durch eine Revolution im strengen Sinne) zu erreichen wäre, und weniger noch, daß die Demokratie kein wesentliches Element einer Revolution (im weitergehenden Sinne) sei.

In der Tat ist die Demokratie, oder genauer ausgedrückt, eine bestimmte Form der Demo-

Foto: Jan Erik Posth

kratie, nicht immer eine Folge einer Revolution, sondern manchmal auch eines friedlichen Überganges, doch können selbstverständlich frühere gewalttätige Faktoren ihrer Erlangung nicht außer Acht gelassen werden. So geschieht es zum Beispiel im Übergang von der Diktatur zur Demokratie im heutigen Spanien, oder in den Gesellschaften des real existierenden Sozialismus, die den Weg von einer autoritären Regierungsform zu einer demokratischen Staatsform angetreten haben, obgleich hier das spezifische Profil noch nicht festzumachen ist, welches diese Demokratie in den genannten Gesellschaften übernehmen wird. Zwar steht die Revolution, oder genauer gesagt der gewalttätige revolutionäre Zugangsweg zur Macht heute nicht auf der Tagesordnung. Aber dies impliziert nicht zwangsläufig, daß es bei anderen Voraussetzungen nicht so sein könnte, um die Demokratie zu erkämpfen.

Die Aktualität des Kampfes für die Demokratie

Gegenwärtig stellt die Demokratie, welcher Weg auch immer verfolgt wird, einen universellen Wert dar. Dem gilt in der Gegenwart der Kampf, um sie dort zu erreichen, wo sie noch nicht besteht; um ihren Prinzipien Beachtung zu verschaffen, wo ihre Existenz proklamiert wird oder um sie zu erweitern und zu vertiefen, wo sie bereits vorkommt, ohne aus den Augen zu verlieren, daß ihre Erweiterung und Vertiefung innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems strukturelle Schranken hat. Was zugleich bedeutet, anzuerkennen, daß die wirkliche menschliche Emanzipation untrennbar von der vollständigen und wirklichen Demokratie ist und daß diese desgleichen untrennbar von der radikalen Umgestaltung des Systems ist. In wenigen Worten und ein letztes Mal zusammengefaßt: Demokratie und Sozialismus als Überwindung des herrschenden kapitalistischen Systems stellen eine unzertrennliche Einheit dar.

Übersetzung: Stefan Gandler

1 Titel des spanischen Originals: Democracia, revolución y socialismo. In: UTOPIAS, Facultad de Filosofía y Letras de la Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), Nr. 5 vom Januar/Februar 1990

2 Noberto Bobbio (geboren 1909) spezifiziert in seinen Schriften die demokratischen Rahmenbedingungen, innerhalb welcher die Ideale sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit im persönlichen wie im öffentlichen Bereich — die als originär sozialistische Ziele aufgefaßt werden — zu verwirklichen sind. Er ist Mitglied der italienischen Sozialisten. Literatur: Die Zukunft der Demokratie. Berlin 1988.

3 Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig, 1911. Michels (1876-1936) war Verfechter eines revolutionären Syndikalismus und Anhänger der deutschen Sozialdemokratie. Nach einer Professur in Basel lehrt er in den USA und später in Italien. Dort schließt er sich bruchlos dem italienischen Faschismus an und heißt die imperialistische italienische Außenpolitik gut.

4 In der Trilateralen Kommission der kapitalistischen Weltmächte wurde die globale ökonomische Struktur der Nachkriegszeit organisiert.

5 Gianni Vattimo (geb. 1936) ist Professor für Ästhetik und Philosophie in Turin.

6 „Caudillo" bezeichnet in der lateinamerikanischen Tradition einen despotischen, von Korruption, Intrigen und Willkür bestimmten (Allein-) Herrscher in Politik und/oder Militär.

7 Tag der letzten Präsidentschaftswahlen in Mexiko, bei dem die Regierungspartei erstmals seit ihrem Bestehen nur durch Wahlbetrug im Amt bleiben konnte, da die Linksopposition erhebliche Stimmengewinne zu verzeichnen hatte.

Abschaffung der Todesstrafe!

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Im Dezember 1989 wurde in der „konkret" in einem Hintergrundbericht über die Lage des zum Tode verurteilten US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal informiert und zu einer Kampagne gegen seine Hinrichtung und die Praxis der Todesstrafe weltweit aufgerufen. Wie die taz vom 13.6.90 berichtete, sind in der ersten Hälfte dieses Jahres in den USA bereits vier Menschen hingerichtet worden. Wir dokumentieren:

Aufruf zur Internationalen Aktionswoche vom 1.-7. Juli 1990

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!
Stoppt die rassistischen „legalen" Lynchmorde!
Weg mit der Todesstrafe!
Solidarität mit allen politischen Gefangenen in den USA!

Mumia Abu-Jamal, schwarzer Journalist und politischer Aktivist gegen den Rassismus in den USA, sitzt nach wie vor in der Todeszelle. Am 3. Juli 1990 jährt sich zum achten Mal jener Tag, an dem er zum Tod durch den elektrischen Stuhl verurteilt worden ist. Im Juli ist auch der Jahrestag der Wiederinkraftsetzung der Todesstrafe, die von 1972 bis 76 vom Obersten Gerichtshof der USA ausgesetzt worden war. In allen Ländern, in denen bislang die Kampagne für Mumia Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe mitgetragen worden ist, wird deshalb für die erste Juliwoche zum breitestmöglichen Protest aufgerufen. Mumia Abu-Jamal muß sofort raus aus der Todeszelle!

Mumia Abu-Jamal war Ende der sechzigerJahre Mitglied der Black Panther Party. Als die Schwarzenbewegung später vom FBI zerschlagen worden war, arbeitete er als freier Journalist für schwarze Zeitungen und Radiosender. Weil er in seiner Arbeit immer engagiert und kritisch Partei für die Unterdrückten und gegen Rassismus und die Arroganz des weißen Amerika ergriff, war er schon bald als **voice of the**

voiceless im ganzen Land bekannt. Seine KollegInnen wählten ihn deshalb 1980 zum Präsidenten der **Vereinigung schwarzer JournalistInnen** von Philadelphia.

Aber in der Stadtverwaltung und Polizeiführung Philadelphias hatte er sich im Laufe von mehr als zwanzig Jahren politischen Engagements Feinde gemacht, wurde verfolgt und öffentlich als Staatsfeind gehandelt. Die Hetzkampagne gegen Jamal erreichte ihren Höhepunkt, als er wegen seiner Artikel indirekt für den Tod eines Polizisten verantwortlich gemacht wurde, der bei einer Razzia erschossen worden war — von den eigenen Kollegen, wie sich später herausstellte.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre geriet er im Dezember 1981 in eine Auseinandersetzung zwischen weißen Polizisten und Schwarzen, an deren Ende Jamal durch eine Polizeikugel schwer verletzt und ein Polizist getötet wurde. Eine Waffe wurde nie gefunden, und die Täterbeschreibungen von Zeugen paßten nicht auf Jamal. Und doch wurde er als der einzige Mordverdächtige verhaftet. Der Prozeß, der im Sommer 1982 folgte, war gekennzeichnet von Unrecht und Rechtsbeugung. Am Ende wurde Jamal von einer aus 11 Weißen und einem Schwarzen bestehenden Geschworenenjury zum Tode verurteilt. Die letzten Skrupel bei der Jury hatte der Staatsanwalt ausgeräumt, als er behauptete, Jamal werde nicht hingerichtet, er könne ja **„Berufung nach Berufung nach Berufung"** einlegen.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Unser **Dringender Aufruf** vom September 1989 hatte zum Anlaß, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania am 6. März 1989 das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal bestätigt hatte. Mittlerweile hat dieses Gericht Jamals Antrag, sich erneut mit seiner Berufung zu befassen, am 26. Januar 1990 zurückgewiesen und ihn damit dem elektrischen Stuhl einen Schritt näher gebracht. Der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls durch Gouverneur Casey steht kaum noch ein Hindernis entgegen. Jamal hat jetzt nur noch die Möglichkeit, seinen Fall vor das Bundesberufungsgericht zu bringen.

Ungeachtet der juristischen Formalien kann eine Aufhebung des Todesurteils oder seine Umwandlung in eine Haftstrafe nur dadurch erreicht werden, daß internationaler Druck den Verantwortlichen diese Entscheidung aus Gründen politischer Opportunität aufzwingt. Denn „Recht" ist nach Jamals Erfahrungen der letzten acht Jahre nicht mehr zu erwarten.

Gouverneur Robert Casey wirbt für Pennsylvania mit dem Slogan **„Amerika beginnt hier"**. Verhindern wir, daß Casey in Pennsylvania damit beginnt, die Todesstrafe in den USA an politischen Dissidenten vollstreckbar zu machen!

In den USA hat sich der Rassismus drastisch verschärft und eine Atmosphäre erzeugt, in der die „legale" Lynchjustiz gegenüber schwarzen Insassen der Todestrakte zunimmt. In den letzten Monaten mehren sich die Meldungen über Hinrichtungen. Eine Gesetzesinitiative des Justizausschusses unter Leitung des früheren Bundesrichters Lewis F. Powell verfolgt das Ziel, die Zeitspanne zwischen Verurteilung und Vollstreckung der Todesstrafe auf zwei Jahre zu beschränken — **„weil den Gefangenen jahrelanges Warten nicht zugemutet werden kann"**, wie es zynisch heißt.

Mumia Abu-Jamal ist in akuter Lebensgefahr. Auch deshalb, weil er sich unbeugsam zeigt und mit seinen in vielen Zeitungen veröffentlichten Kolumnen **„Aus dem Todestrakt"** und mit anderen Beiträgen aus der Haft heraus immer wieder zu Wort meldet und auf die Seite der Unterdrückten stellt.

Wir rufen zu regionalen und lokalen Protestaktionen vor Vertretungen und Einrichtungen der USA auf. Bedenkt dabei, daß am 4. Juli in den USA der Unabhängigkeitstag gefeiert wird und dann auch alle Vertretungen in der BRD geschlossen sind.
Sorgt dafür, daß die hier anwesenden US-Medien von den Protesten erfahren.
Schickt während dieser Woche konzentriert Telegramme und Protestschreiben an Gouverneur Casey und die US-Botschaft (auch wenn Ihr das schon einmal getan habt).
Schickt Grüße an Mumia!
Sammelt weiterhin Unterschriften unter die Petition an Gouverneur Casey und unter unseren Aufruf „Sofortige Aufhebung des Todesurteils!"
Sammelt Spenden.
Setzt Euch wegen Infomaterial und zum Zwecke der Koordination mit Agipa-Press in Verbindung. Die Kampagnenzeitung erscheint ab Mitte Juni.
Schickt uns nach der Aktionswoche Zeitungs- und Aktionsberichte, damit wir einen Überblick in die USA vermitteln können.

Amerika Gegeninformationspresse (Agipa-Press)
Eichenberger Str. 53
FRG-2800 Bremen 1
Tel. 0421-354029 / Fax 0421-74219 (Vermerk: für Agipa)
(Kampagnen-Bürozeiten: Mo 15-18 / Mi 15-18 u. 20-22 / Sa 12-14 h)
Spendenkonto: Agipa-Press, BfG Bremen Nr. 100 587 7600
BLZ 290 10111
Stichwort „Jamal"

Mumia Abu-Jamal
AM-8335
Drawer Rd
Huntington, PA 16652
USA

Partisan Defense Committee
P.O. Box 99
Canal Street Station
New York, NY 10013
USA

Governor Robert Casey
Main Capitol Building
Room 225
Harrisburg, PA 17120
USA

Botschaft der Vereinigten
Staaten von Amerika
Deichmanns Ave 2
5300 Bonn 1
Tel. 0228/399-1

CAMPUSFEST

DI 17. 7.
20 UHR

CONTROPOTERE (NEAPEL)

ACID RAIN DANCE (BREMEN)

WE ARE LOUD (RÜSSELSHEIM)

VERANSTALTER: ASTA/Linke Liste/KOZ-Kneipenamt